

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 8.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Aannahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Leipziger Gastwirte nahmen mit 1100 gegen 2 Stimmen eine Resolution an, durch die sie sich verpflichten, nur Bier zu alten Preisen zu kaufen und zu verkaufen.

Die schwedische Regierung hat eine Vermittlung zwischen den kämpfenden Parteien erneut abgelehnt.

Die dritte Zählung der Streikenden in Schweden ergab, daß die Arbeiter nach wie vor fest im Kampfe stehen.

Die sozialdemokratische Dumafraktion wird zur Harting-Affäre eine Interpellation einbringen.

Der Parteitag und die Reichsversicherungsordnung.

Leipzig, 28. August.

II. (Schluß.)

gn. Die Resolution, die im Jahre 1902 unser Parteitag in München zur Arbeiterversicherung annahm, forderte:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehenden Personen.

Diese Forderung soll, soweit sie die Arbeiter betrifft, nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung einzig und allein in der Krankenversicherung erfüllt werden. Von dem Zwange zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung dagegen sind die Hausgewerbetreibenden ausgeschlossen. Viel größer noch ist die Zahl der Arbeiter, für die die Unfallversicherung nach wie vor nicht eintreten soll; zu ihnen gehören namentlich viele Arbeiter, die in Kleinbetrieben beschäftigt sind. Die den Arbeitern wirtschaftlich gleichstehenden Personen bleiben fast in demselben Maße wie bisher unberücksichtigt.

2. Vereinheitlichung der Versicherung.

In dem Entwurf erklären sich die Geheimräte im Reichsamt des Innern für unfähig, die Vereinheitlichung durchzuführen. Die als Ersatz für die Vereinheitlichung versuchte „Annäherung“ der einzelnen selbständigen Versicherungszweige ist ganz ungenügend. Selbst dort, wo ein einheitliches Verfahren sich schon längst als unbedingt notwendig herausgestellt hat, fehlt es in dem Entwurf. So ist noch nicht einmal dafür gesorgt, daß die Heilbehandlung der verunglückten Arbeiter vom Beginn bis

zur Beendigung der Krankheit einheitlich durchgeführt wird. Ebenso sollen die Entschädigungen an die Versicherten in den einzelnen Versicherungszweigen auch fernerhin nach ganz verschiedenen Grundsätzen bemessen werden.

3. Volle Selbstverwaltung durch die Versicherten.

Der Entwurf kommt nicht nur dieser Forderung nicht nach, sondern er ist sogar bekanntlich auf das entgegengesetzte Ziel gerichtet: in den Ortskrankenkassen sollen den Arbeitern die letzten Reste ihres Selbstverwaltungsrechts entzogen werden. In der Unfallversicherung wird allerdings ein schwächerer, völlig unzureichender Versuch gemacht, die arbeitersindliche Alleinherrschaft der Unternehmer etwas einzugehen. Das soll aber so geschehen, daß auch in diesem Versicherungszweige, ähnlich wie schon jetzt in der Invalidenversicherung, den Staatsbeamten in einzelnen Angelegenheiten der maßgebende Einfluß eingeräumt wird.

4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten.

Die Verteilung der Kosten ist scheinbar nur in der Krankenversicherung geändert worden. Und hier angeblich im Interesse der Arbeiter, deren Anteil von $\frac{1}{3}$ auf $\frac{1}{2}$ der Beiträge herabgesetzt ist. So sehr wir dafür eintreten, daß die Kosten der Arbeiterversicherung aus dem Profit der Kapitalisten gedeckt werden, müssen wir doch bestreiten, daß die in dem Entwurf vorgeschlagene „Entlastung“ der Arbeiter im Interesse der Arbeiter liegt. Diese „Entlastung“ der Arbeiter soll nur zur Rechtfertigung der Entscheidung der Arbeiter in bezug auf die Leitung der Ortskrankenkassen dienen. Um ein solches Einsengert werden aufgeklärte Arbeiter nie und nimmer ihre Rechte verkaufen. In der Invalidenversicherung sollen durch die freiwillige Zusatzversicherung und durch den indirekten Zwang zur freiwilligen Weiterversicherung der Arbeiterfrauen die Lasten der Arbeiter vergrößert werden. Denn die Beiträge der freiwilligen Versicherung müssen von den Arbeitern allein bezahlt werden, während zu den Beiträgen der Zwangsversicherung die Arbeitgeber die Hälfte beizusteuern haben.

5. Bekämpfung der Volkskrankheit durch die Arbeiterversicherung.

Diese Forderung kann nur dann in genügendem Maße erfüllt werden, wenn die Arbeiter selbst den entscheidenden Einfluß auf die Leitung der Arbeiterversicherung haben und dafür sorgen, daß die Versicherung sich auf diesem Gebiete mit der nötigen Umsicht und Tatkraft betätigt. Da diese Voraussetzung ganz und gar nicht erfüllt werden soll, ist eine wirksame Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung auch für die Zukunft nicht zu erwarten.

6. Weiterer Ausbau der Unfallversicherung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten.

Die einzige Änderung, die hierher zu rechnen ist der Vorschlag, daß auch das Versicherungsamt die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften in seinem Bezirke überwachen kann. Da in dem Versicherungsamt bei den Streitfragen zwischen den Vertretern der Arbeiter und den Vertretern der Arbeitgeber der Vorstehende, der ein Beamter ist, den Ausschlag gibt, so kann dieser Vorschlag nicht als ein vollgültiger Ersatz unserer Forderung angesehen werden. Denn wir hatten zur Durchführung unserer Forderung insbesondere verlangt: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe; die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden.

6a. Voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen.

Die Entschädigungen sollen genau so ungenügend bleiben, wie sie sind. Die Entschädigungssätze der neuen Hinterbliebenenversicherung bleiben weit hinter den Almosen der Armenpflege zurück.

7. Unterstützung der Schwangeren.

In dem Entwurf ist zwar vorgeschlagen, daß weiblichen Versicherten, die mindestens 6 Monate der Kasse angehören, wegen einer durch Schwangerschaft verursachten Arbeitsunfähigkeit als Unterstützung der Betrag des Krankengeldes für eine Zeit bis zu 6 Wochen gewährt werden soll. Diese Leistung ist aber nicht allen Kassen vorgeschrieben, sondern in das Belieben jeder einzelnen Kasse gestellt. Und da in Zukunft die Arbeiter nicht mehr das entscheidende Wort in den Vorstands- und Ausschußsitzungen haben sollen, so wird die schöne Bestimmung nur in ganz verschwindend wenig Fällen durchgeführt werden. Im übrigen soll die Bestimmung gelten, daß eine Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen „vor und nach der Niederkunft“ an Wöchnerinnen gewährt werden soll; von den 8 Wochen müssen mindestens 6 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen.

8. Organisation des Arbeitsmarkts und 9. Einführung der Arbeitslosenversicherung.

Von der Erfüllung dieser Forderungen ist in dem Entwurf gar nicht die Rede.

10. Einführung der Witwen- und Waisenversicherung.

Nachdem die Zollwucherparteien die Erfüllung dieser Forderung feierlichst versprochen hatten, und da das Versprechen sogar in dem Zolltarifgesetz aufgenommen worden ist, mußte etwas geschehen, was als eine Erfüllung des Versprechens hingestellt werden konnte. Jedoch soll nach

Arbeiter, gedenkt des schwedischen Generalstreiks!

Seuilleton.

Der Teufel vom Sande.

Erzählung von Hans Hoffmann.

Es stand jedoch in einem andern Betracht noch recht sonderbar um diesen Ort, davon man noch nicht wissen konnte, sollte man's als eine Günst oder Ungünst des Zufalls ansehen! Es ging nämlich an eben diesem quer durch den See und über die Nehrung eine wichtige Landesgrenze: zwar pommerisch war das Gebiet zur Rechten wie zur Linken und von alten Rechts wegen sowie tatsächlich dem Herzog Bogislaw gehörig und untertan. Doch aber trug dieser den westlichen Teil nach Stolp und Kügenwalde zu vom römischen Kaiser, die östlichen Kemter Lauenburg und Bütow hingegen, da auch Leba lag, von der polnischen Krone zu Lehen. Nun waren aber die alten Grenzsteine bei der großen Sandstut klaffertief verweht und nicht wieder aufzufinden; es trug auch niemand Sorge darum, sie aufzugraben oder durch neue zu ersetzen, teils der tollen Zeitläufte wegen, teils schon, weil sie in Wahrheit überflüssig schienen, da doch der Sandstreif deutlicher als jedes menschliche Zeichen die Grenze markierte und selbst das Hin- und Herspielen derselben auf dem schmalen Raum bei der vollkommenen Wertlosigkeit des Bodens eine sehr gleichgültige Sache war. Man ließ nach stiller Uebereinkunft das Herrschaftsgebiet von beiden Seiten „bis zum Sande“ gehen, und damit war man fertig, zumal doch ein und derselbe Landesherr zur Rechten wie zur Linken gebot, und ein und derselbe Gutsherr oben-
Nachdruck verboten.

So sah das neue Dorf denn gemächlich zwischen zwei großen Reichen, unkundig, welchem von beiden es sich zu rechnen oder ob es zwischen beiden sich teilen müsse. Das hätte den ehrlichen Fischern zwar wenig Kopfschmerzen gemacht, so lange die Reiche sie in Ruhe ließen; allein es fand sich unter ihnen ein weisheitsreicher, schlauer und witziger Kopf, welcher berechnete, daß man durch diesen Umstand mit einiger Klugheit sehr leicht zu einem Vorteil und andernfalls noch leichter in Nachteil kommen könne. Das war ein gewesener Küster, dem sie seinen geistlichen Herrn mit dem schwedischen Trunke übersättigt hatten, daß er starb und ihn gleichsam als eine Waise in der unchristlichen Welt zurückließ. Er hieß Mahle Adebahr und pflegte den Leuten des Sonntags, so gut er konnte, mit kunstvoll nasehender Stimme aus der heiligen Schrift vorzulesen, weil es zu weit bis nach Leba war, um jede Woche dorthin zur Kirche zu fahren.

Dieser tat den Vorschlag, man soll ihn mit einem oder zweien Begleitern nach Stettin zum Herzog senden; er wisse schon, was er Gutes mit dem verhandeln wolle. Etwelches kleine Geschenk aber mitzubringen, sei immer empfehlenswert bei großen Herren.

Das ward denn ausgeführt. Sie hatten vor kurzem ein Stück Bernstein von seltener Größe und Schönheit, hellgelb und milchig, gefunden, darin eine zierliche Mücke mit eingeschlossen war: das ward für den Herzog zu einem Angebinde bestimmt. Eine feste Snigge, die sie hatten, ward ausgerüstet, der Küster mit etlichen andern darauf gesetzt, und so fuhren sie an der Küste entlang nach Stettin, woselbst der Herzog in seinem Schlosse ein kümmerliches Leben führte.

Mahle Adebahr mit den Seinen ward empfangen und übergab nicht nur mit verständigem Wort den schönen Bernstein, sondern zugleich ein andres Geschenk, das un-

gleich großartiger schien, nämlich das ganze Dorf, das auf dem Sande neu entstanden war, mit allem, was darinnen lebte und webte. Er gab aber kluglich winkend zu verstehen, daß sie ganz aus freien Stücken sich unter seine Herrschaft begäben, indem sie in aller Wahrheit bisher überhaupt in seinem Lande wohnten, sondern gewissermaßen auf dem Meeresgrunde, nämlich in einem Teile desselben, der sich jetzt freilich zu ihrem Nutzen ans Tageslicht geworfen habe. In Unbetracht dessen bätten sie den Herrn Herzog, er möge diese neue Ortschaft zwar unter den Schutz seines Szepters stellen, sie jedoch gleichsam von der Ostsee allein und vom lieben Gotte zu Lehen nehmen, nicht aber von der polnischen Krone noch vom römischen Reiche, mit denen beiden sie nichts zu tun habe. Und er möge die Gnade tun, ihnen das ausdrücklich und urkundlich zu bestätigen.

Solches sprach Mahle Adebahr, und der Herzog vernahm es mit nachdenklichem Erstaunen. Nun war aber dieser Herzog Bogislaw, seines Namens der vierzehnte und letzte, der geplagteste Mensch einer im vielgeplagten Reiche. Er lag zwischen seinen beiden lieben Freunden und Schützern, dem Schweden und dem Kaiser, so schön gebettet wie ein schwaches Kindlein, das von zwei starken Kerlen auf einem Tuche geprellt und in den Lücken herumgeworfen wird. Und er hätte doch, wie der Schwedenkönig scherzend zu ihm sprach, am liebsten sein Bierchen in Ruhe getrunken.

Dieser arme Fürst nun lächelte zwar über den wunderlichen Vorschlag, allein im geheimen schmeichelte es ihm doch ein wenig, daß er in aller seiner Bedrängnis noch ein verborgenes Bröckchen Land besitzen sollte, in welchem nicht zugleich und über ihm ein Kaiser oder König gebiete, sondern da er ganz allein und von Gottes wegen selber Kaiser, König und Herzog sei. Und er entschloß sich denn

dem Entwurf die Verwaltung der Hinterbliebenenversicherung so bürokratisch sein, und die Leistungen so ungenügend, daß die Vorschläge von den Arbeitern geradezu als eine Verhöhnung empfunden werden müssen. —

Alles in allem entspricht demnach der Entwurf der Reichsversicherungsordnung ganz und gar nicht den Forderungen, die unsre Partei bereits vor 7 Jahren aufgestellt und eingehend begründet hat. Der diesjährige Parteitag wird hieraus sicher die notwendigen Schlüsse ziehen.

Demonstrationen.

Man schreibt uns: Die bürgerliche Presse freut sich, weil gerade vor dem Parteitag die Gegensätze innerhalb der Partei wieder einmal scharf hervortreten. Zwar sind es an sich belanglose Handlungen einiger Parteigenossen, um die es sich handelt — das Einnehmen eines Frühstücks, das Veröffentlichung eines harmlosen Artikels, beides an einem unrichtigen Ort. Aber gerade durch diesen Ort werden es Handlungen, die zu dem Denken und Empfinden weiter Arbeiterkreise in schroffem Widerspruch stehen. In ihnen bekundet sich daher der ganze grundsätzliche Gegensatz, der zwischen den Richtungen in der Partei besteht, und in diesem Sinne, als Symptome, sind sie nicht bedeutungslos.

Man hat Bernstein vorgeworfen, daß er durch seinen Artikel im Berliner Tageblatt die Dresdner Resolution übertreten hat, die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, die die Partei in häßlicher oder gehässiger Weise bekämpfen, verbietet. Zweifellos muß das Berliner Tageblatt schon als Organ der fortschrittlichen Berliner Intelligenz sich anständigeren Formen bedienen, als viele andere Bourgeoisblätter; aber kein Organ der bürgerlichen Klasse kann im Kampf gegen das Proletariat ohne gelegentliche gehässige Angriffe auskommen. Aber es genügt nicht, die Sache nur vom formalen Standpunkte zu behandeln; die Frage eines formellen Verstößes gegen eine Parteitagresolution, wobei alles von der subjektiven Auffassung einiger Ausdrücke abhängt, kann für uns nicht die Hauptfrage sein.

Kauf man sich die Entstehung der Dresdner Resolution ins Gedächtnis, so sieht man, daß dort an einen solchen Fall, wie der heutige Bernsteinsche, nicht gedacht ist. Die bürgerliche Presse besteht außer den eigentlichen Parteiblättern, die auf einem bestimmten politischen Parteistandpunkt stehen, aus einer Unmasse sogenannter neutraler, parteiloser Blätter. Können daran Genossen mitarbeiten? Im Grunde dienen sie alle, von den ernstesten wissenschaftlichen Zeitschriften, soweit sie sich über gesellschaftliche Fragen äußern, bis zu der schmutzigsten Sensationspresse, trotz der angeblichen Neutralität, nur der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung und der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Parteitag hat in dieser natürlichen Tatsache keinen Grund gesehen, die Genossen in ihrer Mitarbeit daran zu behindern. Die Freiheit sollte nur durch das elementarste Anstandsgefühl eingeschränkt werden. Die Art und Weise, in der unsre Partei in dieser neutralen Presse bekämpft wird, sollte der Prüffstein sein.

Mit der Mitarbeit an der erstgenannten Gruppe bürgerlicher Blätter, an gegnerischen Parteiblättern, beschäftigt sich der Parteitag nicht. Dazu lag keine Veranlassung vor. Die Möglichkeit, daß vielleicht einmal Schippel an der Deutschen Tageszeitung, Calwer an der Nationalzeitung oder Bernstein an dem Berliner Tageblatt mitarbeiten könnte, lag dem Parteitag fern. Daß ein Mitglied einer Partei das Organ einer gegnerischen Partei zu seinen Veröffentlichungen benützt, ist eine so ungewöhnliche Sache, um daran in einer Resolution zu denken. Bernstein hat darin dem Georg Bernhard entschieden übertrumpft, denn dieser konnte sich damals darauf berufen, daß das Blatt, worin er schrieb, die Zukunft, allen Richtungen offenstehe, und daß er daher mit den andern darin enthaltenen Artikeln nichts zu tun habe.

Eine andre Frage ist, weshalb Bernstein zu dieser ungewöhnlichen Handlungsweise griff. Mag ein gutes Gabelfrühstück an sich etwas Schönes sein, mag für jeden deutschen Mann ein noch viel erhabenerer Genuß darin liegen, an eines Königs Tisch zu essen, mag es für einen aus der vaterlandslosen Rotte ein Genuß sein, von einem anständigen Ordnungsblatt als begabter Kopf gepriesen und in den Kreis seiner Mitarbeiter aufgenommen zu

werden — das alles könnte nicht gegen den Willen der Partei, der, wie man wußte, heraufbeschworen würde, ins Gewicht fallen. Aber in diesen Handlungen lag ein höherer Zweck. Sie sind symbolische Handlungen. Sie sind Demonstrationen.

Otto Bauer hat einmal im Der Kampf die Frage behandelt, warum unsre Partei auf bestimmte immer zurückkehrende Handlungen, die keinen unmittelbaren Nutzen haben, so großen Wert legt. Wir lehnen jede Beteiligung an monarchischen Kundgebungen ab; wir verweigern das Budget, wir demonstrieren am 1. Mai und nicht am 30. April. Weshalb? Sie sind symbolische Handlungen. Sie sind Taten, die in scharfer, treffender, jedem Arbeiter sofort faßlicher Weise unsre prinzipiellen Auffassungen bekunden. Was sonst ausführliche Auseinandersetzungen über unsre Stellung zum Königtum, zum Staate, zu den verschiedenen Klassen erheischte, wird durch eine einzige Tat blühend klar gemacht. So eine demonstrative Tat wirkt erzieherischer, aufklärender als tausend Reden.

Diesen Wert von Demonstrationen wissen auch die revisionistischen Praktiker zu würdigen. Was hilft es, ob sie tagtäglich auseinandersehen, daß wir uns zu der herrschenden Ordnung nicht in schroffem Gegensatz setzen dürfen, daß wir entgegenkommen müssen, woszu wir was erreichen! Gegen die festgewurzelten Ueberzeugungen eines überlieferten Radikalismus richten diese Reden nichts aus. Also nicht länger Worte, sondern Taten. Sie nehmen an einer monarchischen Kundgebung teil. Das rüttelt die Leute aus dem „dogmatischen“ Schlummer auf. Selbstverständlich wird der Bogen nicht sofort zu stark gespannt; zuerst eine kleine Kundgebung, die zu entschuldigen ist; dadurch wird die Partei allmählich daran gewöhnt und wird immer weitergehende Demonstrationen dulden müssen. Gefahr ist für die Revisionisten nicht dabei, denn die Partei wird nicht leicht um anscheinender Kleinigkeiten willen zum äußersten schreiten.

Wir bekunden durch unsre Demonstrationen vor aller Welt den prinzipiellen Gegensatz unsrer Partei zur bestehenden Staatsordnung. Durch ihr Gabelfrühstück verkünden die sieben Schwaben demonstrativ der ganzen Welt: wir stehen der heutigen Staatsgewalt nicht grundsätzlich gegenüber, wir sind zum Entgegenkommen, zum Paktieren, zu Kompromissen bereit, das Gabelfrühstück war eine Demonstration für die revisionistische Politik, ein Symbol der Versöhnung der Klassen.

Und ähnlich hat auch Bernsteins Mitarbeit am Berliner Tageblatt eine symbolische Bedeutung. Er demonstriert damit für seine Auffassung der Politik, die die Partei befolgen soll. Er verkündet damit: diese Freisinnigen sind nicht in erster Linie Feinde, sondern die natürlichen Bundesgenossen des Proletariats; in dem großen politischen Kampf gehören Bürgertum und Arbeiter zusammen, gegen die Junkerklasse. Diese Tat soll jedem klar machen, daß das Berliner Tageblatt ihm gerade so nahe, oder vielleicht noch näher steht, als der Vorwärts.

Diese Demonstrationen verfolgen also einen propagandistischen Zweck. Nun sieht jedem natürlich die Propaganda seiner privaten Ansichten in der Partei frei. Die Partei darf jedoch von ihren Vertretern und Wortführern fordern, daß sie dafür keine Formen wählen, die die Partei kompromittieren und zu ihren anerkannten Auffassungen im Widerspruch stehen.

Parteiversammlung

des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises.

Im Sanssouci tagte gestern abend eine Parteiversammlung für die beiden Leipziger Wahlkreise, die sich mit der in Zittau abgehaltenen Landeskonferenz und den kommenden Parteitag beschäftigte.

Genosse Schrörs berichtete zunächst über den Verlauf der Landeskonferenz, die unter dem Zeichen der kommenden Landtagswahlbewegung gestanden habe. Mit dem Ergebnis der Verhandlungen könne man zufrieden sein. Es habe sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie Sachsens vorwärtsstreite und immer mehr an Stichtkraft gewinne. Die in Zittau gefassten Beschlüsse hätten wiederum zur Festigung der Organisation beigetragen, so daß die Genossen wohlgerüstet in die Landtagswahlbewegung eintreten könnten, die nur die Einleitung zum Kampfe für das allgemeine gleiche Wahlrecht sei.

In der Diskussion wandte sich Genosse Deyer gegen eine

Äußerung Mähners auf der Landeskonferenz, der bei der Beratung über den Entwurf des Gemeinbewahlprogramms die Ausführungen eines einzelnen Landgemeinbewerbers dazu benützt habe, gegen die Leipziger Landgemeinbewerbersfraktion mit folgenden Worten Stellung zu nehmen: „In Leipzig hat sich in der Stadtverordnetenversammlung vor nicht so langer Zeit ein außerordentlich bedeutender Vorfall ereignet. In der Großstadt Leipzig waren unsre Genossen im Stadtparlament nicht einmal klar über das Polizeiwesen, ein Teil hat für die Forderung gestimmt, ein Teil dagegen, und zwei haben sich überhaupt gedrückt. Ja, wenn man aus solchen Gründen eine Programmänderung verlangt, dann sage ich nein. So etwas können wir mit einem Programm überhaupt nicht treffen, und wenn verhältnismäßig so einfache Dinge nicht richtig behandelt werden, so liegt das nicht an dem Programm, sondern daran, daß die Genossen nicht klar sind. Ich muß sagen, es ist nichts Gutes, was da von Leipzig gekommen ist.“

Diese Äußerung könnten die Leipziger Stadtverordneten unter keinen Umständen in die Welt hinausgehen lassen, ohne Aufklärung zu schaffen, die so notwendig sei, da auf der Landeskonferenz selbst kein Delegierter Verantwortung genommen habe, die Sache richtigzustellen. Die Fraktion lege deshalb Wert darauf, eine Erklärung abzugeben. (Die Erklärung ist an der Spitze der 3. Beilage abgedruckt. Die Red.)

Lipinski bemerkte: Wenn Mähner den Antrag Mähners als Antrag von Leipzig bezeichnet habe, könne ihm daraus kein Vorwurf gemacht werden. Denn der Antrag, der ursprünglich in einer Versammlung des 13. Wahlkreises gefaßt und nur vereinfacht nicht bei der Landesversammlung eingereicht worden sei, sei mit einer einzigen Ausnahme von allen Leipziger Delegierten unterzeichnet worden. Es sei also völlig korrekt, wenn von einem Leipziger Antrage gesprochen worden sei. In der Sache selbst habe Mähner nichts weiter getan, als das gesagt, was bereits in der Leipziger Volkszeitung gestanden habe. Diese Tatsachen selbst habe auch Genosse Deyer, der zu der Sache gesprochen habe, nicht ablegen können. Ob eine so lange Erklärung, wie sie die Fraktion abgebe, in der Presse veröffentlicht werde oder nicht, sei Geschmacksache. Man könne jedoch nicht dagegen einwenden, wenn sich die Redaktion damit einverstanden erkläre. Einen falschen Sachverhalt er aber bei der Veröffentlichung nicht stehen lassen. Es heiße in der Erklärung: „Die Urheber des Beschlusses werden sich deshalb auch dem Verlangen nicht entziehen können, ihrerseits zunächst zu erklären, was sie von Leipziger Volkszeitung für annehmbar und was sie für unannehmbar halten.“ Das sei eine völlige Verkennung der Stellung des Agitationskomitees. Die Entschließung über die Positionen des Orts müsse der Fraktion überlassen bleiben. Wenn dann über einige Fragen noch Unklarheit herrschen sollte, könne man gemeinsam beraten, um die Zweifel zu beseitigen.

Weiter wandte sich Lipinski gegen den in der Presse gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß er gegen das Zentralkomitee Mähner gehandelt habe, weil er seinen Antrag über die Vermehrung von Doppeltmandaturen dem Zentralkomitee nicht vorher vorgelegt habe. Dieser Vorwurf sei ganz unberechtigt. Der Antrag sei notwendig gewesen, um Klarheit über den Planener Beschluß zu schaffen. Eine Klärung sei um so mehr notwendig gewesen, da der Antrag von den Komitees verschiedentlich ausgelegt worden sei. In der Komiteesitzung am Sonnabend vor der Landeskonferenz sei aber nicht einmal eine Vorlage gemacht worden, sondern man habe nur beraten, welche Stellung man einnehmen solle. Man hätte aber den Einbruch gehabt, als wenn diese Stellung direkt auf einige Personen zugeschnitten war, die gern ein Doppelmandat auf Umwegen haben wollten. Deshalb sei von einigen Genossen der Antrag eingereicht worden, um endlich Klarheit zu schaffen. Der Umstand, daß er einstimmig angenommen sei, beweise am besten, wie berechtigt er war.

Genosse Röhling bemerkte, durch die Erklärung der Stadtverordneten werde die ganze Angelegenheit ungeheuerlich aufgebauscht. In Dresden hätte man der Sache sehr wenig Bedeutung beigegeben. Bei den Verhandlungen in Dresden habe sich bei einigen Delegierten der Revisionismus in ganz trauerlicher Form gezeigt. Geradezu skandalös sei es, wenn man sich angeheißelt der politischen Situation immer noch nicht von einem Lieblingen mit bürgerlichen Politikern ganz frei machen könne und wie in Mem-Dresden von „anständigen, widerwilligen National-Liberalen und Freisinnigen“ spreche. Solche Delegierte, bei denen die Grundzüge der Partei so wenig gefestigt seien, sollten einfach unmöglich sein.

Schreiber erklärte, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß in der Versammlung des 13. Kreises nur der Antrag Mähners, den Entwurf des Gemeinbewahlprogramms erst noch einmal zur Diskussion zu stellen, behandelt worden sei, daß die Genossen des 12. Kreises aber mit aller Entschiedenheit die Verantwortung für die private Meinung Mähners über die Vergebung von Arbeitsstellen in den Gemeinden abweisen.

Genosse Lange stellte fest, daß er wegen bringender Abhaltung nicht an der Beratung über die Änderung des Gemeinbewahlprogramms teilnehmen konnte. Er habe aber auch nicht gewünscht, daß weitere Änderungen als die durch den Planener Beschluß vorgesehenen vorgenommen werden sollten, und habe Sindermann brieflich mitgeteilt, daß er mit der schon vorher in der kommunalen Praxis besprochenen Änderung ein-

nach wenigem Bedenken, den Abgesandten die Urkunde auszustellen, welche den Sand für ein frei herzogliches Gebiet erklärte, daran weder Kaiser noch Polenkönig lehnsrechtliche Rechte hätten.

Der Herzog durfte sich aber solch einen politischen Scherz ganz leichtem Herzens gestatten, indem er seit langem daran gewöhnt war, daß seine Urkunden nichts anderes waren als ein beschriebenes Papier oder Pergament, darum sich in Taten keine Seele kümmerte. Um jedoch gar keine Ungelegenheit zu gewinnen, ermahnte er freundlich, als er die Leute abgehen ließ, sie möchten nur kein Wesens von dem Dinge machen, sondern das Glück ihrer Freiheit mit Verstand im Stillen genießen. Da hatte er leicht mahnen, denn sie waren soeben des Willens gewesen, daselbe als eine Günst von seiner Gnade zu erbitten.

So kehrten Mähle Adebahr und die um ihn wohlverrichteter Sache nach Hause zurück, und er verlas die neue Urkunde daselbst am Sonntag mit vieler Feierlichkeit. Danach verwarfen sie das Dokument mit Sorgfalt und machten weislich kein Geschrei davon.

Nicht sehr lange nach diesem kam der arme Herzog zu sterben, der letzte und unglücklichste des Herrschergeschlechts vom Greifenstamme, das durch länger als ein halbes Jahrtausend in pommerischen Landen gewaltet hatte. Und alsbald nun fielen die lachenden Erben über diese Beute her, wie die Strandkrähen über einen ausgeworfenen Seefisch.

Nach ganz gemeinem Rechte wäre der Brandenburger allein der sichere Erbe gewesen: das ungleich bessere Recht aber hatte der Schwede, denn er saß breit und fett im Besitze. Dazu aber kam auch der Kaiser, sein Wörtchen mitzureden, und der Pole erhob seine Stimme und der Däne und was sonst noch für merkwürdige Leute einen Anspruch auf irgendeinen Teil zu haben meinten. Inzwischen blieb im Lande alles beim alten; des Herzogs hinterlassene Räte regierten, und die Schweden drang-

fallierten das Volk wie zuvor. — Unter diesem wirren Gezänk fand aber am wenigsten jemand Zeit, sich um das Dörfchen im Sande zu kümmern, und Mähle Adebahr hatte keine Gelegenheit, seine Urkunde in streitbarem Sinne hervorzuholen. Um so besser gediehen sie untereinander Jahr für Jahr, und indem sie weit hin längs der Rüste ihre Fische ausführten, kamen sie auch zu barem Gelde, packeten sich Wiesen über dem See und vermochten sich Vieh in den Ställen zu halten, das fett und rund ward, so sehr auch die Lebkaischen spotteten, sie betrieben die Mast ihrer Kinder mit Krähenfedern, Fischschuppen und Dänensand.

Wie aber jedes Gedelien ein neues Bedürfnis zu erzeugen pflegt, so begannen auch die vom Sande nun bald ein neues Begehren zu empfinden. Zwar nach einem Landesherren mit oder ohne höhere Bezeichnung trugen sie weiter keine Sehnsucht, wohl aber mochten sie einen eignen Geistlichen nicht länger entbehren, der ihnen mit voller Kraft ihre Sünden vorhielte; denn es war ihnen, als wenn Gott sie so recht nicht mehr liebte, wenn er sie nicht durch den Mund seines Dieners allwöchentlich einmal vernehmbar andonnerte: ganz wie so manches gute pommerische Eheweib an der feurigen Liebe ihres Gatten zweifelt und irre wird, sobald sie von ihm nicht mehr das gewohnte Maß von Prügel empfängt.

Darum begannen sie unter der Hand einem ledig laufenden Geistlichen nachzuspüren: denn ordnungsgemäß beim Konfessorio sich darum zu melden, trugen sie einige weise Scheu, damit sie nicht in die Bücher kämen noch irgendeiner Behörde ein Recht über sich einräumten.

Mähle Adebahr als Kenner geistlicher Dinge empfahl ihnen zwar, sie möchten zu allererst eine Kirche oder doch ein Bethaus und eine recht saubere Pfarre erbauen: da würden die Prediger schon von selber anschwärmen wie die Bienen nach einem wohlgerichteten Korbe; doch schüttelten sie die Köpfe und meinten, eine Kirche sei ein

leeres Gehäuse, wenn keiner darin predigte, ein lebendiger Gottesmann aber könne ihnen das Wort im Notfall auch wohl in den Wohnhäusern oder im Sommer auf freier Düne auslegen.

So suchten sie einen Hirten, fanden aber keinen, der ihnen behagte. Wohl gab es heimtöfische Pfarrer genug im Lande, die ohne Gemeinde umirrten und gern sesshaft geworden wären; allein ihre Art gefiel den Fischern im Sande nicht: sie waren ihnen allzumal nicht feurig genug. Denn durch die Not der Zeiten waren sogar die geistlichen Herren demütigt und gelinde geworden und hatten verlernt, die rechten gottesfreudigen Donnerweiser aus ihrem Munde gehen zu lassen. Das aber sei keine rechte, pommerische Art, so meinten die Fischer, auf der Kangel kläglich zu bäen wie ein Lamm, sondern sie wollten etwas hören, das an die Ohren fahre und mit Brausen die Herzen gewinne. Und wie sie einem geistlich gehorchten könnten, der noch sanftmütiger sei als sie selber?

In solcher Erwägung kühlten sie ihre Sehnsucht und ließen sich lieber noch etliche Jahre hindurch vom Rüste ein ungepfeffertes Wort Gottes schlüpfen aus der Bibel vorlesen.

Unter diesem Zuwarten geschah es, daß eines Tags ein sehr sonderbares Gefährt vom Seefirande herauf mißsam über die Düne und an das Dorf herangefahren kam. Es war das, von einem schweren Gaul gezogen, ein geschlossener Wagen gleich einem riesigen Kasten oder einem beweglichen Hause, statt der Fenster mit kleinen Schießscharten versehen, aus denen ein Dutzend Flintenläufe drohend hervorstarren. Dieser stahtliche Wagen, der sonst aussah wie die Fuhrwerke, auf denen die Wunderdoktoren und andre fahrende Leute auf die Jahrmärkte zogen, trug aber in seiner Mitte ein hölzernes Türmchen mit einer ganz ansehnlichen Glocke darin, die zwischen den Holzsposten sichtbar blieb.

(Fortsetzung folgt.)

verstanden sei. Die Ausführungen Plehners über die Leipziger Stadtverordneten seien nur eine plumpe Anrede. Es habe Plehner anscheinend ein großes Vergnügen bereitet, den Leipziguern, die früher für eine radikale Umgestaltung des Gemeindepogramms eingetreten seien, so eine Art Prinzipienverrat unterzujubeln.

Hierauf referierte Genosse **Pipinski** über den diesjährigen Parteitag, der, da das Organisationsstatut mit zur Beratung steht, noch mehr als die früheren Parteitage das Signum tragen werde, daß er sich mit rein geschäftlichen Angelegenheiten befaßt. Aber man werde jedenfalls auch wieder mit einer Parteipolemik zu rechnen haben. Es sei eine Eigentümlichkeit der letzten Jahre, daß immer kurz vor dem Parteitage derartige Streitfragen von einzelnen Genossen provoziert werden. Er, Plehner, habe überhaupt das Empfinden, daß eine Reihe von Genossen, die sich früher, als sie ein Mandat hatten, ziemlich radikal gebärdeten, nach dem Verlust ihres Mandats wieder weicher geworden seien und sich zu allen Dingen hergeben, die man nicht mitmachen sollte. Trotz aller Gegenanträge einiger süddeutscher Genossen, wird sich der Parteitag mit dem Verhalten der württembergischen Landtagsabgeordneten befassen, und ihnen klar machen, daß sie als Abgeordnete lediglich die Interessen der Wähler zu vertreten, alle übrigen Dinge aber, die mit den Interessen und Anschauungen des Proletariats unvereinbar sind, zu unterlassen haben. Weiter werde es sich um die Mitarbeit an bürgerlichen Zeitungen handeln, die durch die Geschmackslosigkeit des Genossen Bernstein zu einer Affäre aufgebauscht worden ist. Wenn die Parteigenossen dem immer wieder ruhig zusehen, würde der Skandal überhaupt nicht mehr aufhören. Es müßte einmal ausgesprochen werden, daß solche Dinge nicht vorkommen könnten, wenn die Parteigenossen bei der Vergewöhnung von verantwortungsvollen Ämtern nicht so oft die Gutmütigkeit als oberstes Prinzip gelten ließen, sondern mehr die prinzipielle Haltung der Kandidaten berücksichtigen würden. Es gäbe eine ganze Reihe von Parteigenossen, die die Interessen der Partei verlegt haben und immer wieder ausgenommen werden. Das müsse dazu, daß Personen, die an der Spitze stehen, glauben, sich alles herausnehmen zu können. In dem Bericht des Parteivorstandes sei auch die Finanzfrage erwähnt worden. Wie notwendig es sei, in dieser Beziehung eine Regelung zu treffen, ziele eine Zusammenstellung der Finanzverhältnisse einzelner Bezirke. Wenn man als Wochenbeitrag 10 Pfg. und den Durchschnittsbeitrag von 80 Wochenbeiträgen pro Jahr und Mitglied annimmt, so hätte der Parteivorstand pro Mitglied 80 Pfg. zu erhalten. In Wirklichkeit sehe die Sache so aus:

Name	Mitglieder	Beiträge Pfg.	an den Parteivorstand abgeteilt	pro Mitglied	Vom Parteivorstand empfangen
Bayern	54 000	25 u. 30	16 481,00	0,30	18 850*
Württemberg	19 176	20, 30 u. 40	7 777,57	0,40	5 950
Baden	13 481	30 u. 40	5 705,30	0,43	10 000
Anhalt	5 625	15 u. 25	954	0,17	—
Sachsen	80 043	30 u. 10 p. 20	60 816,38	0,78	8 700
Chemnitz	21 180	30—40	18 700	0,05	8 700
Südau	6 742	30—40	4 130	0,01	3 700
Leipzig	28 742	30 u. 40	27 820	0,98	—
Berlin	106 274	30	180 262,28	1,76	—

*) Darunter 8000 M. für die Presse.

Das ganze Finanzgebaren zeige, daß überall da, wo die Mitgliederbeiträge niedrig seien, die Mitgliedszahl nach Berlin auf das denkbar kleinste Maß beschränkt ist, während der Zufluß von Berlin um so reichlicher fließe.

Auch die Malfelerfrage werde wieder Staub aufwirbeln. Das Bestreben, die Arbeitsruhe einzubüßeln, mache sich unverkennbar bemerklich. Dem müsse ganz energisch entgegengetreten werden. Die vom Parteivorstand und der Generalkommission gemachten Vorschläge zur Unterstutzung der Maltausgesperrten seien unannehmbar, weil dadurch eine ganz ungerechtfertigte Befassung der Partei eintrete. Die Parteileitung empfehle folgende Entschliessung:

Die Versammlung erklärt nach wie vor die Arbeitsruhe am 1. Mai als die wirksamste Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit und erwartet von den Leipziger Delegierten, daß sie auf dem Parteitag für die Beibehaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten.

Im übrigen erachtet die Versammlung auch den neuen Vorschlag für die Unterstutzung der Maltausgesperrten in dieser Form für unannehmbar, sie hält vielmehr an folgenden Grundsätzen fest:

Die Schaffung von Bezirksfonds unter Ausschaltung der Mitwirkung der Zentralkassen der Gewerkschaften ist ebenso, wie die früher vorgeschlagenen Zentralfonds, eine Aufhebung des seit Jahrzehnten erlängten zentralistischen Prinzips.

Grundbedingung für Schaffung derartiger Fonds ist, daß die Zentralverbände Träger der Unterstutzung auch für die Maltausgesperrten sind.

Mitgliederbeiträge der politischen Organisationen dürfen für bezirksweise Fonds nicht verwendet werden, da eine solche Verwendung bei den geringen Beiträgen eine Einschränkung der politischen Aktion herbeiführen muß.

Genosse **Orenz** bemerkte, daß die Malfeler nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem auch eine große politische Bedeutung habe, deshalb seien Partei und Gewerkschaften verpflichtet, Opfer zu bringen. Das Nächste wäre, zur Unterstutzung der Maltausgesperrten einen besonderen Fonds zu schaffen. Er habe sich aber vor allem gemeldet, um zu einem Antrag von München Stellung zu nehmen, der verlangt, daß die Mehrheitsbeschlüsse der Fraktion für deren Haltung bestimmend sein sollen. Es müße sonderbar an, daß ein solcher Antrag gerade von München komme. Und es müße spähig sein, wenn die Sache nicht einen so ersten Hintergrund hätte. Man rechne in München, der Wiege des Revisionismus, mit der Tatsache, daß der Revisionismus nicht in der Masse, wohl aber unter den Führern an Boden gewonnen habe, und glaubt durch diesen Antrag dem Revisionismus in der Fraktion ein Stück vorwärts zu helfen. Der Parteitag werde zweifellos an den alten Grundsätzen festhalten, aber es sei bedauerlich, daß es überhaupt schon soweit kommen konnte. Daran seien die Parteigenossen selbst schuld, weil man nach rechts die Samtpflichten herausstreckte, sich von links aber gar nichts gefallen lasse und jede Meinungsäußerung von dort unterdrücke. Mit diesem Zustande müsse aufgeräumt werden. Er verlange nicht, daß man nun nach rechts mit Ausschlußanträgen vorgehen solle. Man solle aber auch der andern Seite mehr Spielraum lassen, dann würde der Revisionismus bald in die Brüche gehen. (Beifall.)

Ueber die Resolution der Leitung zur Malfelerfrage wurde auf Antrag des Genossen **Grenz** getrennt abgestimmt. Der erste Teil wurde einstimmig, der zweite Teil gegen einige Stimmen angenommen.

Ferner wurde ein von **Blotke** und 17 Genossen eingebrachter Antrag angenommen, der den Delegierten empfiehlt, alle Anträge auf Einschränkung des Alkoholgenußes zu unterstützen.

Der Antrag lautet:

Der Parteitag möge aussprechen: Durch den Raubzug auf die Taschen der Konsumenten mit dem sogenannten Reichsfinanzreform ist bewiesen, daß die herrschenden Parteien gar nicht daran denken, zur Erhaltung des Militarismus und Marinismus, die lediglich den Interessen der Besitzenden dienen, diese Bestehenden heranzuziehen. Das Kapital wird auf jede erdenkliche Weise geschont und dabei den Kapitalisten und Junkern erhebliche Extraprozente zugeschanzt.

Die Hauptmaßnahmen des Reiches kommen aus den indirekten Steuern. Die beste Steuererweiterung ist die Einschränkung der schädlichen Genußmittel. Unter diesen nimmt der

Alkohol die erste Stelle ein. Sein Genuß wirkt nicht nur schädlich, sondern verschafft Brauerei- und Brennerei-Kapitalisten große Gewinne und Liebesgaben. Der Staat zieht einen großen Teil seiner Einnahmen aus dem Alkoholkonsum. Mit der Enthaltensamkeit der Konsumenten würde dem Staat ein Teil seines Lebensnervens abgegriffen werden. Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen die Enthaltensamkeit von alkoholischen Getränken als besten Protest gegen die Steuerausplünderung und als Mittel, die revolutionäre Energie der Arbeiterschaft zu stärken.

Ein weiterer Antrag, den Parteigenossen, die zur Zeit der Tagung des Parteitages arbeitslos sind, sind auf Verlangen Freikarten auszuhandigen, eventuell, sind das Parteimitgliedsbuch und die Arbeitslosenkarte als Legitimation zum freien Eintritt für den Parteitag anzusehen, wurde abgelehnt, nachdem Genosse **Pipinski** darauf hingewiesen hatte, daß diejenigen Arbeitslosen, die wirklich ein Interesse an der Partei haben, sich dem Parteitagskomitee zur Verfügung stellen müßten.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Verband der Lithographen und Steinbrucker im Jahre 1908.

Der Verband der Lithographen und Steinbrucker, in dem auch die Chemigraphen, Photographen, Kupferbrucker, Tapetendrucker organisiert sind, hat 1908 trotz der wirtschaftlich ungünstigen Zeit bei seinen rund 16 800 Mitgliedern in 56 Bewegungen gestanden, die 168 Betriebe in 52 Orten umfaßten und 2083 Kollegen in den Kampfrufen, also rund 12 1/2 Prozent aller Organisierten überhaupt. Es sind, und dies erscheint besonders beachtenswert, zum größten Teile Angriffsbewegungen; sie umfassen 158 Betriebe mit 1750 Mitgliedern. Die Hauptforderung bei diesen Bewegungen war die Verkürzung der Arbeitszeit. Von den Forderungen wurden ohne Streit die Bewilligungen für 1666 Personen erreicht.

Die Resultate aller Angriffs- und Abwehrkämpfe waren die folgenden:

	Bewegungen	Kollegen
Erfolgreich ohne Streit	42	1755
Teilweise erfolgreich ohne Streit	7	181
mit	4	98
Ohne Erfolg mit Streit	3	24
Insgesamt	56	2 083

Die Errungenschaften betragen für 1282 Personen zusammen 2330 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, es kommt auf den Kopf der daran Beteiligten 1 1/2 Stunde, ein Resultat, das sich in Beachtung der besonderen ungünstigen Arbeitsmarktverhältnisse, die sich im Steinbruckerhandwerk bemerkbar machten, als gut bezehmet werden kann. Für 208 Mitglieder wurden 342 M. wöchentliche Lohnzulage erreicht, es kommt auf den Kopf dieser Beteiligten 1,68 M. 724 Mitglieder erreichten sonstige Verbesserungen. Tarifverträge wurden in 17 Fällen und 1260 Beteiligten abgeschlossen. Der Verband der Lithographen und Steinbrucker hat, alles in allem, ein starkes Kampfsjahr hinter sich.

Leipzig und Umgebung.

An die Gewerkschaftskarteile Sachsens.

Das mit den Vorarbeiten betraute Gewerkschaftskarteile Dresden beruft für Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, eine Konferenz der Gewerkschaftskarteile Sachsens ein. Die Konferenz findet in Dresden im Volkshaus, Algenbergstraße 2 statt. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Die Förderung der Organisation der Hausangestellten und die schließliche Gesundheitsordnung. Referent **Eda Baar**, Berlin.
 2. Die Förderung der Organisation der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter. Referent **Georg Schmidt**, Berlin.
 3. Schuß der gewerkschaftlichen Arbeiter in Sachsen (Gewerbetätigkeit, Bauarbeiter, Erziehung von Gewerdegewerkschaften usw.). Referent **Karl Thiemig**, Dresden.
 4. Die gewerkschaftliche Agitation in Sachsen. Referent **Karl Thiemig**, Dresden.
 5. Die Zentralisierung der Arbeitsnachweise und die Erziehung kommunaler Arbeitsnachweise und Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Gemeinde. Referent **Johann Göttsch**, Dresden.
 6. Die Handhabung des Vereinsgesetzes durch die sächsischen Behörden. Referent **Wilhelm Vuck**, Dresden.
 7. Beratung geheimer Anträge.
- Die Arbeiten der Konferenz werden voraussichtlich bis spätestens Dienstagabend erledigt sein. Die Kosten der Delegationen haben die Karteile selbst zu tragen. Größere Karteile sollen nicht mehr als 3 Delegierte entsenden. Die Delegierten werden ersucht, dem mit der Erledigung der für die Konferenz nötigen Vorarbeiten betrauten Geschäftsführer des Dresdener Gewerkschaftskarteils, **D. Seibald**, Dresden-Al., Algenbergstraße 4, 1, von ihrer Delegation rechtzeitig Mitteilung zu machen. Anträge sind ebenfalls an denselben rechtzeitig einzubringen.

Wie sich die Christlichen in Leipzig einführten.

In der letzten öffentlichen Bäckerversammlung wurde von dem bekannten Ostermann, der sich vom Gelben zum Christlichen durchgemauert hat, Flugblätter verteilt, worin die Kollegen aufgefordert wurden, in einer Versammlung am Donnerstag, 28. August, zu erscheinen. 43 Kollegen hatten dem Ruf Folge geleistet. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Verhandlungen aufgeschoben, den Saal zu verlassen! Es entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, und wurde von den Kollegen **Stitz** und **Freilinger** das Verhalten des Versammlungsleiters kritisiert. Es nütze aber nichts; die Verhandler müßten raus, sie sind nicht christlichnational. Sämtliche Kollegen, bis auf „vier treue Schächeln“, verließen den Saal und unterhielten sich in einer sofort arrangierten Versammlung im Iwoki über die Christlichen. Verband der Bäcker, Filiale Leipzig.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter in Eilenburg.

Die Tischler, Drechsler, Bildhauer und Maschinenarbeiter haben den mit dem Arbeitgeberverband vor zwei Jahren abgeschlossenen und bis zum 1. September d. J. geltenden Vertrag gekündigt und Forderungen eingereicht. Die statgefundenen Verhandlungen waren ergebnislos. Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab, da es ihnen unmöglich sei, bei den jetzigen Verhältnissen irgend welche Zugeständnisse zu machen. Zuzug ist zu vermeiden.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Gau Mitteldeutschland des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter.

Im Jahre 1908 fanden bis jetzt in 24 Städten Lohnbewegungen statt und zwar in 480 Betrieben mit 2859 Arbeitern und 70 Arbeiterinnen. In 15 Städten wurden die Bewegungen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen erledigt, für 4 Städte waren zentrale Verhandlungen erforderlich und in 5 Städten mußten die Arbeiter zum Streik greifen, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. In den Städten, wo die Bewegungen

auf dem Wege friedlicher Verhandlungen sich abwickelten, sind Lohnsteigerungen von 8, 10, 12, 13, 14, 15, 23 und 25 Prozent zu verzeichnen. Dort, wo zentrale Verhandlungen nötig waren, von 5, 18 und 18 Prozent und wo gestreift werden mußte, von 8, 10 und 11 Prozent. Tariflos in den 24 Städten sind noch 165 Firmen mit 435 Arbeitern.

Um Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 50 Stunden und um 5 Pfg. Lohnzulage kämpfen die Holzarbeiter in Magdeburg nun schon seit 8 Wochen. Das Unternehmertum will den Kampf bis zum Weißbluten führen. Die Organisation ist ihnen schon lange ein Dorn im Auge, sie soll vernichtet werden. Aus eigenen Reihen gibt es keine Streikbrecher, deshalb sollen von auswärts nützliche Elemente importiert werden. Streikbrecheragenten sind jetzt allerorts an der Arbeit. So hat der Tischlermeister **Kohwan** in Dresden einige Klausuristen — **Dirsch-Dundersche Gewerksvereiner** — nach Magdeburg vermittelt. In einem hannoverschen Blatt werden 30 tüchtige Möbeltischler für eine größere Stadt der Provinz Sachsen durch **Haasenhein** u. **Vogler-Halle** gesucht. Nachforschungen ergaben, daß Magdeburg der Ort ist. In Königsberg bemüht sich ein Agent, für die **Villard- und Tischfabrik** von **Andlein** Arbeitswillige zu fördern. Auch von Schlesien wird ähnliches gemeldet. Und das, obwohl die Herren behaupten, vor Weihnachten überhaupt keine Leute zu gebrauchen.

Zur Lohnbewegung der Binnenschiffer auf der Elbe melden bürgerliche Blätter, daß mehrere Betriebe der Binnenschifffahrt den Bootleuten einen besonderen Arbeitsvertrag zur Unterschrift unterbreitet haben. Wird die Unterschrift verweigert, so erfolgt die Entlassung. In einem Aufruf der Schiffsbesitzer werden die Arbeiter zu einer Ermäßigung ihrer Lohnforderung ermahnt, da die Binnenschifffahrtunternehmungen in diesem Jahre fast durchweg keine Ueberschüsse erzielt und vielfach die Kapitalrücklagen angegriffen hätten, um den Betrieb fortzuführen. Man befürchtet allenthalben einen baldigen Ausbruch des Kampfes.

Ausland.

Der Generalfreil in Schweden.

Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands Sozialdemokrat schreibt in seiner (sieben erschienenen) Augustnummer:

Die Arbeiterklasse Schwedens ist berechtigt, auf die wärmste Sympathie und die einmütigste Unterstützung der Arbeiter aller Länder zu rechnen. Wir sind überzeugt, auch die Arbeiter Russlands werden diesem Ruf folgen. Ihre Parteiorganisationen, ihre Gewerkschaften werden alles, was in ihren Kräften steht, anbieten, um den schwedischen Arbeitern eine moralische und materielle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Für den Generalfreil bewilligte die Parteistelle Dresden des Verbandes der Zimmerer abermals 1000 Mark. — Der Zentralvorstand der Bildhauer sandte 500 Mark.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Sieg der freien Gewerkschaften. Bei den Neuwahlen der Besitzer zum Gewerbeamt für den Landkreis Hannover wurden das erstmal die Kandidaten der freien Gewerkschaften glatt gewählt, während bei den früheren Wahlen noch unorganisierte Mandate eroberten. Die freien Gewerkschaften erhielten 322, die Zentrumschriften und Polen 87 Stimmen.

Betriebs Einstellung. Infolge der neuen Tabakerneuerungsbewegung beabsichtigt die Zigarrenfabrik von **Rose** u. **Schweiggöffer** in **Krauthal**, ihren Betrieb am 1. Oktober einzustellen. Sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ist zu diesem Termin gekündigt.

Soziale Rundschau.

Revoltierende ungarische Bäckermeister.

Die bereits mitgeteilt wurde, läßt die Stadtverwaltung von Budapest eine Brotfabrik errichten, um den unerschwinglich hohen Brotpreisen ein Ziel zu setzen. Die Errichtung der Fabrik konnte aber nicht so leicht vorgenommen werden. Denn obgleich die Brotpreise höher bemessen wurden, als man sie ursprünglich festzusetzen beabsichtigte, so haben doch die Konturen fürstlichen Bäckermeister, die im Stadtrat ein kräftiges Wortlein mitzureden haben, noch bis zum letzten Augenblicke alles in Bewegung gesetzt, um den Plan der Stadtverwaltung zu vereiteln. Sie drohten unter anderem, eine allgemeine Bäckerstreikung zu veranstalten. Da sie aber mit dieser Drohung keine Wirkung erzielten, reduzierten sie ihre Ansprüche. Sie hätten nichts gegen die Errichtung der Fabrik, führten sie beim steilwertenden Bürgermeister aus, nur soll man darin nur Schwarzbrot herstellen. Die Stadtverwaltung, die auch von den Mittelschichten abhängt, die ebenfalls von den Brotweirerern ausgezogen werden, konnte darauf natürlich nicht eingehen. Es war nun zu erwarten, daß die Bäckermeister was Schreckliches vornehmen würden. Am 24. dieses Monats wurde die Fabrik eröffnet. Und was taten sie? Sie reduzierten die Brotpreise um 8 Heller pro Pfund.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichenbach, 28. August, 3/4 Uhr mittags. Der Ballon überflog soeben in sehr langamer Fahrt Reichenbach in der Richtung nach Greiz.

Greiz, 28. August. 3. III wurde 3/4 Uhr sichtbar und überflog die Stadt in ruhiger Fahrt. Das Luftschiff war etwa 3/4 Stunde lang sichtbar und fuhr dann auf Gera weiter.

Weida, 28. August. (1 Uhr 35 Minuten. 3. III kommt soeben aus der Richtung Greiz in Sicht und hat Fahrtrichtung auf Gera.

Altenburg, 28. August. 3. III ist um 2 Uhr in Ortmitzschau gesichtet worden, er wird gegen 3 Uhr Altenburg passieren.

Bauarbeiterschütz-Kommission

Telephon 3497. Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zeltner Straße 53. Alle wichtigen Angelegenheiten sowie alle anderen Umstände sind sofort in unserem Bureau, bei Herrn **Wolfgang** Herrmann, zu melden. Alle übrigen Besprechungen sind an die Vertrauensleute der einzelnen Bezirke zu richten.

Partei-Sekretariat für den XIII. sächs. Reichstagswahlkreis

Bureau: Volkshaus Leipzig, Zeltner Str., Portal rechts, 1. Etage. Wahlkreis- und Auskunftsstelle für alle den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis betreffenden Angelegenheiten. — Sprechzeit: Nur an Wochentagen mittags von 12—1 Uhr und nachmittags von 5—8 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von 9—4 Uhr. — Telephon 14610.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Karl Reimling** in Leipzig.

Verantwortlich für den Inzeratenteil: **Friedrich Weller** in **Borsdorf-Beipziger**.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei **Kittling** & Co.

Diese Nummer umfaßt 24 Seiten.

Landtagswahl betr.

Die für die Wahl von Abgeordneten für die 7 Landtagswahlkreise der Stadt Leipzig von uns aufgestellten Wahlkreise mit Ausschluß der Wählerlisten für die diesen Wahlkreisen zugewiesenen Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirke, werden

vom 3. bis mit 9. September dieses Jahres

und zwar an den Wochentagen, mit Ausnahme des Sonnabends, von 8 Uhr vormittags bis 1/2 1 Uhr mittags und von 3 bis 1/2 7 Uhr nachmittags, Sonnabend, den 4. September, ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonntag, den 5. September, ebenfalls ununterbrochen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags zur Einsichtnahme öffentlich auslegen, und zwar die Wählerlisten

1. von Alt-Leipzig im Wahlamt, Neues Rathaus, Zwischengesch., Zimmer 204 — Eingang von der Burgstraße;
2. von Leipzig-Butsch und Leipzig-Gohlis im früheren Gemeindeamtgebäude zu Leipzig, Gohlis, Kirchplatz 1, 1. Obergesch., Zimmer Nr. 3;
3. von Leipzig-Neuschönefeld, L.-Neustadt, Leipzig-Remnitz und Leipzig-Volkmarisdorf im vormaligen Rathaus zu Leipzig-Remnitz, Dresdner Straße 43, Erdgesch. links, Zimmer Nr. 4a;
4. von Leipzig-Anger-Crottendorf, Leipzig-Neureudnitz, Leipzig-Neusellerhausen, Leipzig-Sellerhausen und Leipzig-Thonberg im Restaurant „Ländchen“, Leipzig-Anger-Crottendorf, Ländchenweg 87;
5. von Leipzig-Connewitz und Leipzig-Lössnig im vormaligen Gemeindeamtgebäude zu Leipzig-Connewitz, Basendowstraße 5, 1. Obergesch., Zimmer Nr. 11;
6. von Leipzig-Kleinschocher, Leipzig-Plagwitz und Leipzig-Schleussig im Erdgesch. des Rathauses zu Leipzig-Plagwitz, Eingang Alte Straße 22;
7. von Leipzig-Lindenau in den Geschäftsräumen der Steuerheberei zu Leipzig-Lindenau, Lindenauer Markt 17, im Hofe links.

Unter Hinweis auf § 18 des Wahlgesezes für die Zweite Kammer der Ständeversammlung vom 5. Mai dieses Jahres und § 9 der Ausführungsverordnung in Verbindung mit der Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern vom 15. Mai dieses Jahres wird dies mit dem Bemerkten bekannt gegeben, daß nach § 19 Abs. 1 des Gesezes Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerliste bei Verlust des Einwendungsrechtes spätestens eine Woche nach Ablauf der Auslegung, mithin spätestens zwei Wochen nach dem Beginne der Auslegung, d. i. bis mit 16. September, schriftlich oder mündlich beim Wahlamt, Neues Rathaus, Zwischengesch., Zimmer Nr. 203, anzubringen und unter Vorlegung der erforderlichen Nachweise zu begründen sind.

Wir ersuchen daher alle Wähler in ihrem eigenen Interesse, die Wählerlisten einzusehen und zu prüfen, ob die ihnen zukommende Zahl der Stimmen richtig eingetragen ist. Insbesondere werden die Wahlberechtigten, die im Jahre 1908 nicht in Leipzig, sondern in einem anderen Orte des Königreichs Sachsen ihr Einkommen zur Staatsinkommensteuer versteuert haben und die unserer Bekanntmachung vom 15. Juli dieses Jahres bis jetzt noch nicht nachgekommen sind, anderweit dringend aufgefordert, den mit Quittungsvermerk versehenen Steuerzettel des Jahres 1908 dem Wahlamt vorzulegen, damit auf Grund dieses Steuerzettels nach Befinden die in der Wählerliste angegebene Zahl der Stimmen berichtigt werden kann. Wer es unterläßt, rechtzeitig unter Vorlegung von sekundären Nachweisen die erforderlichen Berichtigungsanträge zu stellen, kann sein Wahlrecht nur auf Grund der Wählerliste ausüben, auch wenn ihm nach dem Gesetze eine größere Stimmenzahl zukommen würde, als in der Wählerliste angegeben ist.

Leipzig, am 29. August 1909.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Stukkateure

Montag, den 30. August, abends 6 Uhr
Versammlung im Volkshaus.

- Tagesordnung:
1. Vortrag zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Referent: Kollege Wengels-Beilin.
 2. Diskussion. 8. Verchiedenes.
- Gleichzeitig wird in der Versammlung die Urabstimmung vorgenommen. Kollegen, Grund dieser wichtigen Angelegenheit darf keiner fehlen. Verbandsbücher sind mitzubringen. [15848] Der Vorstand.

Dejch-Gautsch.

Sonntag den 29. August
im Gasthof zur **Oetzsch**
Familienfest des Ortsvereins im grünen Linde in
Stellen zum Umzug **Sielers Gasthof, Gautzsch**
nachmittags 1 Uhr in
von 3 Uhr an Konzert im Garten. Beginn des Balles 6 Uhr.
Um vollständige Beteiligung bitten [15295] Der Vorstand.

Konsumverein für Liebertwolkwitz

und Umgegend. (Eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftpflicht.)
Donnerstag, den 9. September, abends 1/2 9 Uhr
General-Versammlung
im Gasthof zum schwarzen Roß, Liebertwolkwitz.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht sowie
Richtigprechung desselben und Beschlussfassung über den Ge-
winntverteilungsplan. 2. Bericht über die stattgefundene Revision.
3. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes sowie eines Stellvertreters.
4. Anträge der Mitglieder nach § 18 des Statuts (Anträge sind
bis 5. September einzureichen). 5. Verchiedenes. — Zahlreichen
Besuch erwartet Der Vorstand.
[15254*] Karl Haferkorn, Ernst Börner, R. Martin.

Humoristisches „Velodrom“

Hochinteressant für jedermann!
Wer herzlich lachen, sich stundenlang köstlich amu-
sieren will, besucht mein „Velodrom“!
[15267] Hochachtung Hermann Kretzschmar, München.

Möbeltransport-Geschäft

**Matthäi-
kirchhof**
Nr. 31
Tel. 599

**Volkm.,
Bergstr.**
Nr. 29
Tel. 2861

übernimmt die Ausführung von Umzügen mit Verschluß-
wagen und geübtem Personal. [15189*]
Wagen von Uer nach auswärts ohne Umladung.

Formerheim, Restaurant

Lindenau, Kanzlerstr. 48.
Empfehle mir freundl. Lokal zur gest. Benutzung. Speisen
und Getränke hochfein. — Freitag und Sonnabend
Schwlnsknochen. — Sonnabend von 10 Uhr abends an
Speckkuchen. Hochachtungsvoll Oskar Schmidt.

Volks-Haushaltungsschule

für schulentlassene Mädchen
Leipzig-Remnitz, Mühlstrasse 14, pt.

Beginn des Winterkurses: Montag, den 4. Oktober.
Gründlicher Unterricht in der gesamten Wirtschaftsführung:
kochen, waschen, plätten, flicken, nähen und Hausarbeit täglich
außer Sonnabends von 8—1/2 1 Uhr.
Der halbjährige Kursus kostet 3 Mk., außerdem für Wasch-
unkosten 2 Mk., die Portion selbstzubereitetes Essen 12 Pfg.
Jeden Mittwoch, abends 7—9 Uhr, Unterricht im Nähen und
Flicken, für Fortgeschrittenere im Zuschneiden. Für Schülerinnen
der Anstalt unentgeltlich, für andere Frauen und Mädchen 25 Pfa.
monatlich.
Anmeldungen werden entgegengenommen 2. Remnitz, Mühl-
straße 14, part.:
Sonntag, den 12. September, vormittags 11—1 Uhr,
Montag, den 13. September, nachmittags 4—5 Uhr.
Freistellen sind vom 21. September an, morgens zwischen
8—10 Uhr, bei Frau L. Windscheid, Paerstraße 11, zu
vergeben. Der Vorstand der Volkshaushaltungsschule,
Frau L. Windscheid, Vorsitzende.



Nur echt mit dem Namenszug Franz Hoffmann.
In Flaschen zu 20 Pfg. und 50 Pfg.
Schampon flüssig, parfümiert und erweichend, wirkt mundbar und überausend für
Kopfbau und Haar. Sehr geruchvoll. Ein Dutzend 1/2 Liter zu dauerndem Gebrauch.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Engros-Depot: **C. Berndt & Co.**
Leipzig, Halle u. Plauen.
General-Vertreter:
Hermann Landgraf, Leipzig-Vo., Elisabethstr.
und **Otto Hofmann, Leipzig.**

Leipz. Verein d. Kinderfreunde (Kinder- schutz) e. V.

Geschäftsstelle: Hainstrasse 2, II.
geöffnet von 9—1 und 3—8 Uhr, nimmt Meldungen von
Kindereltern und Mithandlungen entgegen. [2518*]

Mittwoch abend 9 Uhr verschied nach langem, schwerem
Leiden unser braver Sportsgenosse [15200]
Friedrich Gleseke
im Alter von 42 Jahren. Durch seinen offenen und ehr-
lichen Charakter hat er sich ein dauerndes Andenken gesichert.
Radsfahrerverein Vorwärts, Knautkleeberg.

! Mess-Platz !
Leipziger Vereinsbier-Hallen
Artur Bertram
Tägl.: Grosse humoristische Konzerte
Motto: Immer fidel!
Auftreten v. Künstler-Spezialitäten I. Ranges
Sensationell! Unerreicht! Unvergleichlich!
Neu Das Weltwunder „Paullini“ Neu
Ein Phänomen auf dem Gebiete der höheren
:: Magie und Zauber!! Non plus ultra ::
Die lebende Lampe! Schnellmalerei etc.
Interessant! Grand success! Amüsant!
Ab Mittwoch den 1. September cr.
Vollständig neues Programm!!!
Der Clou der diesjährigen Michaelismesse! U. A.:
Das berühmte Damen-Trompeterkorps „Edelweiss“
Hochelegant! Prima Leistungen! Chlo und schnellig!
Jeden Sonntag: Grosse Matinee!
Rostbratwürste wie bekannt!

Wo gehen wir auf der
Leipziger Messe hin?
In **Sandrocks**
Grand-Salon-Spiegel-Hippodrom.
Allen geehrten Freunden und Bekannten die ergebene Mit-
teilung, daß ich zur diesjährigen Messe obgenanntes Hippo-
drom bewirtschafte. Für aufgeschüttete Getränke und ff. Speisen
ist bestens gesorgt. [15285]
Einem geneigten Wohlwollen entgegengehend, zeichne
Mit Hochachtung **W. Grau jun.**
Stabgeschäft: Stadt Kassel, L.-Ostl. Telephon 13376.

Vereinigte Leipziger Beerdigungs-Institute
Gegr. 1878. Firma **A. Reiche** Fernspr. 8071.
vorm. Gust. Schulze.
Buchhalterei: Markthallenstrasse 16.
„Zum Frieden“ Markthallenstr. 16.
„Zur Ruhe“ Südstr. 22.
„Zur Ruhe“ Sternwartenstr. 35/37.
„Carl Güttig“ Markthallenstr. 12.
Feuerbestattung.
Vom Rat der Stadt verpflichtete Konduktführer:
C. Prager und O. Heyne. [8854*]
17 elegante Beerdigungswagen. — Ca. 300 Särge zur Auswahl.

Ihrem werten Parteigenossen
Hermann Klaus nebst Frau
zu ihrer heute stattfindenden
Silbernen Hochzeit
die besten Glückwünsche. [15384]
Die Parteigenossen von Thonberg-Neureudnitz.

Nachruf.
Vergangenen Dienstag früh entriß uns der Tod
nach längerem Krankenlager unsere, im 19. Lebens-
jahre stehende Jugendfreundin [15302]
Anna Jähnichen.
Wir rufen ihr in ihre kühle Gruft ein „Ruhe
sanft“ nach!
Ein ehrendes Andenken wird ihr allzeit bewahren
Mölkau, den 27. August 1909
Die Jugend zu Mölkau.

Nach langer schwerer Krankheit verstarb gestern früh
unser langjähr. Vereinsmitglied u. Parteigenosse der Maurice
Karl Böhme
in seinem 57. Lebensjahre.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Liebertwolkwitz, den 28. August 1909
[15294] **Ortsverein Liebertwolkwitz.**
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 1/2 4 Uhr,
vom Trauerhause, Reichmannstraße 106, aus statt.

Todes- und Begräbnis-Anzeige.
Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß
heute Sonnabend früh unsere gute Gattin und Mutter
Frau Helene Friedemann geb. Rohsburg
im vollendeten 40. Lebensjahre nach langem, schwerem
Kranksein verschied ist.
Um hilfes Beileid bitten
L.-Connewitz, Brandstraße 28
[15403] **Albin Friedemann.**
Max Friedemann.
Die Beerdigung erfolgt Dienstag, früh 9 Uhr, von der
Parentationshalle des städt. Krankenhauses St. Jakob aus.

Politische Uebersicht.

Vom schwedischen Generalstreik.

Aus Malmö schreibt man uns unter dem 27. August: Es liegt etwas in der Luft! Nur wenige Tage noch und der Streik wird zu Ende sein! In bürgerlichen Kreisen und in den Reihen der Unternehmer wird sieberhaft gearbeitet, um den Frieden herzustellen. Daß die Arbeiter nicht abgeneigt sind, Frieden zu schließen, das hat der Genosse Branting erst wieder am Sonntag in einer großen Versammlung in Uppsala gesagt. Aber sie können nur einem Frieden zustimmen auf Grundlage der Rechtslage vor dem Streik. Geschehen ist bis jetzt zwar noch nichts außerordentliches, was auf einen baldigen Friedensschluß schließen läßt, aber man merkt es an allem, was um einen herum vorgeht.

Die Stimmung unter den Arbeitern ist nach wie vor ausgezeichnet. Die Lügen der Presse üben auf sie nicht die geringste Wirkung aus, im übrigen sind die Lügen auch weniger hanebüchen. Die kapitalistische Presse scheint es selbst gemerkt zu haben, daß das Weiterlügen keinen Zweck mehr hat. Selten ist das alte Sprichwort: „Lügen haben kurze Beine, so schnell zur Wahrheit gelangt, wie im schwedischen Generalstreik. Die Organisationen halten jetzt reiche Ernte. Tagtäglich strömen neue Mitglieder hinzu, die Beweise der internationalen Solidarität, die Kraft einer geschlossenen Organisation hat ihnen die Augen geöffnet. In Stockholm haben sich in den letzten Tagen 875 neue Mitglieder gemeldet, in Södertelje 385, in Uppsala 155, in Eskilstuna 203, in Lintöpping 220, in Kalmar 260, in Malmö 793, in Warberg 144, in Tidaholm 250. Aus den übrigen Orten ist der Zugang ebenfalls groß, doch liegen zahlenmäßige Angaben noch nicht vor. Wenn der Generalstreik sonst keinen Erfolg für die Arbeiter bringen würde, so wäre doch die Erweckung des Solidaritätsgefühls in der bisher indifferenten Masse der Arbeiter ein unschätzbare Erfolg.

Doch wie die Verhältnisse liegen, ist gar nicht daran zu denken, daß die Arbeiter in diesem gewaltigen Kampfe unterliegen. Die Industrie leidet kolossale Verluste. Einer der größten nordschwedischen Sägewerksbesitzer hat ausgerechnet, daß allein die Sägewerke im nördlichen Schweden in diesem Jahre für mindestens 8 Millionen Kronen weniger abgehen als bisher. Viele Betriebe können die Verluste nicht ertragen, und gehen bankrott, wie ein großes Zieglwerk bei Eskilstuna.

In die Kasse des Fabrikantenbundes kommt allmählich Ebbe. Viele Unternehmer verlangen Unterstützung, um ihre Verpflichtungen erfüllen zu können. Allein dafür sind aus der Kasse bereits über 4 Millionen Kronen gezahlt worden. Da die übrigen Ausgaben täglich 1/4 Million betragen, so kann man leicht ausrechnen, daß der 8 Millionen-Kredit des Bankfortiums völlig aufgebraucht ist. Und wenn man das weiß, versteht man auch, warum jetzt Hals über Kopf auf den Frieden hingearbeitet wird.

Die kapitalistische Presse ist unter diesen Verhältnissen ganz kleinlaut geworden. Man merkt es, daß nicht mehr alles stimmt. Zwar läßt sie weiter, aber anscheinend hängen die Lügen von der Bezahlung ab; je besser bezahlt wird, desto kräftiger die Lügen! Und da es jetzt mit der Bezahlung hapert, stutzt auch das Lügen nicht mehr so, als zu der Zeit, als noch das Geld im Kasten klang.

Von den aus Deutschland importierten Streikbrechern arbeiten 114 im Stockholmer Hafen. Doch will dies nicht viel bedeuten, da die gewöhnliche Arbeiterzahl ca. 1400 beträgt. In diesen Streikbrechern hat man es mit einem internationalen Streikbrecherkorps zu tun, das zuletzt in Amsterdam gebraucht wurde und jetzt nach Schweden verfrachtet ist. Es setzt sich zusammen aus dem Abhub aller Länder, also nicht ausschließlich aus deutschen Arbeitern, und wird von einem Ort zum andern geschickt, wo es eben gebraucht wird.

Heute Freitag kommt ein Bataillon Infanterie aus der Provinz Smaaland zum Schutze der Streikbrecher nach Stockholm. Ueberhaupt sind die Behörden fürchtbar nervös geworden. Wie der Kampfesmut in den Reihen der Arbeiter mit jedem Tage steigt, so wächst die Unruhe der Polizei. Es ist wirklich rührend, wie sie sich um den Schutz der Streikbrecher bemüht. Schärfer kann kein deutsches Gericht eine Beleidigung dieser „nützlichen“ Elemente ahnden, wie es gegenwärtig in Schweden geschieht. Jeder Landbürgermeister hat das Recht, gegen Streikende, die einem Streikbrecher zu nahe treten, Strafen bis zu 100 Kronen auszusprechen. Durch Ministerial-Erlaß ist das sogenannte Streikprovisorium publiziert worden, wonach den Arbeitswilligen größter Schutz gewährt werden soll.

Ob man hofft, den Ausbeutern mit solchen Maßregeln in letzter Stunde noch helfen zu können? Die Regierung hat seit Beginn des Kampfes eine rücksichtslose Parteilichkeit zugunsten der Unternehmer walten lassen. Doch alles war vergeblich, und so wird auch diese Maßregel ihre Wirkung verfehlen. Der Sieg in diesem Kampfe ist den Arbeitern sicher; mit der Regierung werden sie gelegentlich an anderer Stelle abrednen.

Nach heute eingegangenen Mitteilungen hat die Regierung die ihr unterbreiteten Vermittlungsvorschläge geprüft. Wahrscheinlich handelt es sich um die Vorschläge der Frauendeputation, sowie um den Vorschlag eines Großindustriellen, des Freiherrn von Adelswärd in Övidaberg. Die Regierung erklärt indes, daß diese Vorschläge ihr zu irgendwelchen Maßregeln keinen Anlaß geben können.

Die ersten Teilergebnisse der neuesten (der dritten) offiziellen Zählung der Streikenden werden jetzt bekannt. Für 5 größere Regierungsbezirke und zwar: Stockholm-Land, Södermanlands, Kristianstads, Västerbottens und Norrbottens sind die Endziffern folgende:

Am 9. August wurden insgesamt 35 000 Kämpfende gezählt, am 18. August 34 400 und am 26. August 32 700. Der Rückgang der Zahl der Ausständigen in diesen 5 großen Bezirken beträgt also nach dreiwöchiger Dauer des Streiks erst 2300. Das heißt, nach den offiziellen Ziffern, deren Verlässlichkeit heut noch geringfügiger ist,

als bei der ersten Zählung. Nämlich nach der von der schwedischen Regierung in deutscher Sprache an eine Anzahl Korporationen und Zeitungen versandten offiziellen Denkschrift sind die ins Leben gerufenen bürgerlichen Schutzwehren auch dazu verwendet worden, um in bestimmten Betriebsarten die Streikenden zu erfassen; so beispielsweise bei den Straßenbahnen, im Droschkenverkehr usw., so daß man ohne weiteres als feststehend erachten muß, daß in der Zahl 2300 eine große Anzahl aus diesen Schutzwehren enthalten ist.

Die offizielle Totalziffer der Streikenden beträgt, wie sich der Vorwärts aus Stockholm telegraphieren läßt, 255 668, in Wirklichkeit ist diese Zahl beträchtlich höher. Trotz alledem legt sie schon ein stolzes Zeugnis vom dem feststen Zusammenhalt der schwedischen Arbeiterschaft nach dreieinhalbwöchigem Kampfe ab. Selbst die Gegner müssen konstatieren, daß 92 Proz. unerschütterte im Kampfe stehen.

Deutsches Reich.

Die Belastung durch Steuern.

Wie das deutsche Volk durch direkte und indirekte Steuern belastet wird, zeigt nachstehende Aufstellung: Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen an Staatssteuern 1908: 12,72, 1907: 11,84, 1906: 11,17, 1903: 10,83 Mk. Darunter waren direkte Steuern: 1908: 9,65, 1907: 8,81 Mk. und indirekte Steuern: 1908: 3,07, 1907: 2,90 Mk. An Reichssteuern kamen auf den Kopf 1908: 23,46, 1907: 22,28, 1906: 19,88, 1903: 18,53 Mk. Rechnet man Reichs- und Staatssteuern einschließlich der Zölle zusammen, so kommt auf den Kopf eine Steuerlast 1908: 36,18, 1907: 34,12, 1906: 31,05, 1905: 30,72 und 1903: 29,36 Mk. Es ist dies in 5 Jahren eine Zunahme um 6,82 Mk. oder 23,2 Proz. Die Reichssteuern allein haben um 26,6 Proz. zugenommen. Durch die sog. Reichsfinanzreform ist eine weitere Steigerung der Kopfsteuer um rund 7,00 Mk. erfolgt, so daß für das Jahr 1909 eine Steuerlast von etwa 43 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung herauskommen wird. In dieser Zahl sind aber die Extrapreisaufschläge der Brauer und Gastwirte, Schnapsbrenner, Zündholzfabrikanten usw. noch nicht enthalten. Rechnet man diese hinzu, so ergibt sich durch die neueste — leider nicht die letzte! — „Finanzreform“ eine weitere Mehrbelastung um mindestens 8 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Aber auch damit ist die Gesamtsteuerbelastung noch nicht erschöpft. Das deutsche Schutzollsystem verschafft den Agrariern und Großindustriellen eine jährliche Liebesgabe von mehr als einer Milliarde, auf den Kopf berechnet also von rund 16 Mk. Alles in allem beträgt also die direkte und indirekte Belastung für jeden deutschen Staatsbürger, ganz gleich ob jung oder alt, erwerbstätig oder nicht, rund 67 bis 68 Mk., für eine fünfköpfige Durchschnittsfamilie rund 340 Mk. Die Arbeiterschaft hat, wie man sieht, alle Ursache, die Schönheiten des kapitalistischen Staats zu preisen.

Ergänzend seien nachfolgende Ziffern angeführt: Der gesamte Ertrag an Steuern und Zöllen ist nach der amtlichen Finanzstatistik in den Voranschlägen für 1908 auf 2194 Millionen Mk. angenommen gegen 2070 im Jahre 1907, 1883 im Jahre 1906, 1731 im Jahre 1905 und 1655 im Jahre 1903. Von der Summe entfallen 1423 (1907 1351) Millionen Mark auf das Reich und 771 (710) Millionen Mark auf die Bundesstaaten. Die Zölle und Aufwandssteuern machten 1310 (1007 1231), die direkten Steuern 585 (534), die Verkehrssteuern 239 (248), die Erbschafts- und Schenkungssteuern 61 (57) Millionen Mark aus. Von den Zöllen und Steuererträgen des Reichs brachten die Zölle 53,03 Proz. des Gesamtertrages, ferner die Zudersteuer 10,40, die Reichsstempelabgaben 9,14 und die Branntweinverbrauchsabgaben 9 Proz. Von den Steuererträgen der Bundesstaaten entfallen 75,87 Prozent auf die direkten Steuern, 11,12 auf die Verkehrssteuern, 10,60 auf die Aufwandssteuern und 2,41 auf die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Absolut machten die direkten Steuern im Jahre 1908 585 (1907 534,5 Millionen Mark., die indirekten usw. 186,1 (184,4) Millionen Mark. aus. Unter den direkten Steuern in den Bundesstaaten steht die Einkommensteuer mit 408,3 Millionen Mark. oder 52,95 Proz. aller Steuern obenan; dann folgen die Ergänzungssteuer mit 62,6 Millionen Mk., die Grundsteuer mit 42,3, die Gewerbesteuer mit 21,3, die Kapitalrentensteuer mit 14,1, die Wohn- (Miets-) Steuer mit 10,7 und die Gebäudesteuer mit 9,5. Unter den Aufwandssteuern hat die größten Erträge die Biersteuer mit 62,7 Millionen Mark. Von den Verkehrssteuern bringt die Stempelsteuer 65,3 und die Umsatzsteuer 20,4 Millionen Mark. Der Ertrag der Erbschaftssteuer ist auf 18,6 Millionen Mark. angenommen.

Der Schwindel am Ende.

Die Shares der South African Territories Limited haben in den letzten Tagen einen erheblichen Kursrückgang erlitten und vermochten sich gestern kaum mehr über dem Nominalwert zu halten. Die Veruhigungsmanöver des Herrn Schlutius haben das massenhafte Ausgebot der Papiere nicht verhindert, er selbst hat gestern erklären lassen, daß er von einem weiteren Ankauf der Papiere absehe, also den Rückzug angetreten habe. Knapp vor dem völligen Zusammenbruch dient Herr Schlutius den Geprellten heute mit neueren Erklärungen, die sicher nicht geeignet sind, die betrübten Sharesbesitzer zu beruhigen. Er erklärt:

Auf den Einwand, daß die Rhazas-Company überkapitalisiert sei, erwidere ich, daß die Höhe des Kapitals für das Publikum belanglos ist, da die Shares nicht emittiert werden. Die Shares der South African Territories sind um so wertvoller, je günstiger sie ihre Minenrechte abgetreten haben.

Sharesbesitzer heißt Teilhaber. Der stärkste Teilhaber, dem durch seinen Besitz die Führung von selbst zugefallen ist, will seine Teilhaber teilnehmen lassen an dem, was er weiß über das gemeinsame Unternehmen, was er getan hat und tun wird, wie es einem guten Teilhaber geziemt. In Rücksicht auf die erteigte öffentliche Meinung kann aber die Versammlung erst stattfinden, wenn eine ruhige und objektive Behandlung gesichert erscheint.

Herr Schlutius weiß seinen guten Humor zu bewahren. Wie wir bereits feststellten, versuchte seinerzeit die South African Territories ihre völlig wertlosen Minenrechte zum vierfachen Preise an die Rhazascompany zu verkaufen, die sie selbst gegründet hatte. Die South African Territories Limited erhielt den Kaufpreis für diese Minenrechte in Anteilscheinen der Rhazascompany. Nachdem nun offenkundig wurde, daß die Rhazascompany für ihre Anteilscheine ein Viertel der wertlosen Minenrechte der Territories zum vierfachen Preise als Sicherheit biete, mußten die Herren von einem Verkauf, also von der Bewertung der Rhazasanteile notgedrungen absehen, die Territories kamen nicht in die Lage, die übernommenen Anteile der Rhazascompany zu realisieren, sie sind also so bettelarm als wie zuvor. Wie tragikomisch muß nun Herr Schlutius wirken, wenn er auf die mit den unverwertbaren Anteilscheinen der Rhazascompany gefüllte Briefstafel der Territories Kopfen austritt, die Territories hätten ihre Minenrechte an die Rhazascompany so günstig verkauft, daß man die Shares ruhig weiter behalten könne, während es bereits die Spahen pfeifen, daß die Rhazasanteile niemals in Geld umgewandelt werden. Herr Schlutius hat wahrlich allen Grund, die Versammlung der Anteilbesitzer erst zusammentreten zu lassen, „wenn eine ruhige und objektive Behandlung gesichert erscheint“!

Bemerkenswert ist, daß die Regierung diesen höchst verdächtigen Manipulationen noch weiteren Schutz gewährt. In dem am 23. August in London verkündeten Bericht des Vorsitzenden der Rhazascompany erklärte Herr Schlutius, daß der Generaldirektor Seine Excellenz den Herrn Staatssekretär Dernburg besuchte und den Gegenstand der neuen Unternehmung darlegte. Seine Excellenz habe seine höchste Zufriedenheit mit allem, was bisher unternommen wurde, ausgesprochen und versprach der neuen Gesellschaft jede Unterstützung bei der Erforschung der Kolonie. Ob wohl die Sharesbesitzer der Territories auch „höchst zufrieden“ sind?

Schemata F gegen die Leipziger Volkszeitung.

Zur Erheiterung unserer Leser wollen wir hier hersehen, was sich der Pester Lloyd über den bevorstehenden Parteitag von seinem Berliner Mitarbeiter schreiben läßt:

Es geht an Novitäten. So müssen die alten Stücke wieder hervorgeholt werden, um in neuen Kostümen und mit veränderter Szene sich nochmals zu bewähren. Die Komödie Die ruhige Hofsängerin ist bekanntlich auch schon vorher dagewesen. Einmal spielte sie vor dem Großherzog von Hessen, diesmal stehen im Mittelpunkt der Handlung der König von Württemberg und sieben schwäbische Genossen, die sich erkühnten, an das Hoflager zu gehen und einer Einladung des Königs Bescheid zu tun. Selbstverständlich sind die wahren Gläubigen darüber völlig aus dem Häuschen und die Leipziger Volkszeitung, die zur guten Stunde an dem Tage des diesjährigen Kongresses erscheint, schleudert schon jetzt ihre massiven Geschosse gegen die Verbrecher, denen es, wenn sie recht behält, bestimmt an den Krügen gehen soll.

Die Leipziger Volkszeitung hatte bekanntlich über die Hofsängerin nur eine einzige kurze kritische Notiz gebracht. Der Kuli aber, der von Berlin aus für Budapest berufsmäßig die deutsche Partei beschimpfen muß, hat nie einen Blick in unsere Zeitung geworfen und plappert wie Papagen im Kadubukfing seine auswendig gelernten Phrasen herunter.

Im Interesse der Landwirtschaft.

Die Kösliner Regierung verfügt, daß der Schulunterricht in der Sommerpause nicht wie bisher um 6 Uhr, sondern um 7 Uhr morgens beginne. Dagegen protestierten einige Kreis- und Schulinspektoren mit der vom pädagogischen Standpunkt sicher gleichgültigen Einwendung, daß durch den späteren Schulbeginn die Landwirtschaft geschädigt werde. Nun liegt ein zweites Beispiel aus der junkerlichen Schulpraxis vor. Im Regierungsbezirk Gumbinnen wird über den Hüttenbesitz (1) Kinder verfügt, daß die Hüttenbesitzer für die wirkliche Hüttenzeit, vom 15. Mai bis 1. November gewährt werde. Nur an Knaben, nicht an Mädchen darf die Hüttenbesitzer erteilt werden, und zwar nur solchen Knaben, die am 15. Mai das elfte Lebensjahr vollendet haben, aber noch nicht älter als 13 Jahre sind. Hieraus folgt, daß ein Knabe während zweier Sommer zum Hüttenbesitz verwendet werden darf. Jeder Knabe hat beim Nachsuchen des Hüttenbesitzes ein von dem Amtsvorsteher auszufertigendes Zeugnis über die Armut der Eltern beizubringen. Die Hüttenbesitzer haben sechs Stunden wöchentlich am Schulunterricht teilzunehmen, und zwar an zwei Tagen der Woche in den ersten Unterrichtsstunden. Die Dienstherren haben den Hüttenbesitzern die zur Inanspruchnahme der Schularbeiten nötige Zeit zu gewähren.

Es ist bezeichnend, daß die Herren vor der Verabschiedung der Hüttenbesitzer eine behördliche Bescheinigung der Armut der Hüttenbesitzer fordern. So ist es ausgeschlossen, daß auch der Schulunterricht preussischer Junkerkinder während zwei Jahren auf eine Unterrichtszeit von sechs Stunden wöchentlich beschränkt wird. Dazu sind im Reiche Immanuel Kant's nur Professorkinder schlecht genug.

Konkurrenzkämpfe.

Der Breslauer Katholikentag wird durch einen „unmütigen“ Grad im christlich-katholischen Lager Oberschlesiens eingeleitet. Das Zentrum sucht die günstige Gelegenheit auszunutzen, um sein Parteiführer am Feuer des Katholikentages zu tochen und unter den Voten verstärkten Einfluß zu gewinnen. Davon befristeten die Nationalpolen nicht mit Unrecht eine Beeinträchtigung ihrer Parteinteressen. Sie warnen deshalb ihre Parteifreunde vor der Beteiligung am Katholikentag und nützen für ihre Zwecke das Verbot des Regierungspräsidenten, auf der Zentrumsparade polnisch zu reden, kräftig aus. Am heftigsten gebärdet sich dabei der „Demokrat“ Korsantj. Er rät von dem Besuch der „heuschreckischen Zentrumsversammlung“ dringend ab und erklärt, das Zentrum sei noch schlimmer als die alten Volksparteien. Es lade die nicht aufgeführten, polnischen Schlesier mit christlichem Wein auf die Zentrumsbruten. Die Eingabe um Gestattung der polnischen Sprache sei nur ein nichts-nütziges Manöver gewesen, um Einfältige in die Wirbel der Wölfe im Schafskleide einzufangen. Und auf das Anerbieten einiger Zentrumsparter, die ihre Reichskinder mit dem Verprechen freier Fahrt und freien Bieres für die Breslauer Statistenvolle überu wollen, antwortet Korsantj mit der Mahnung:

Warnen müssen wir aber unsere Nationalgenossen, derartige Geschenke anzunehmen, denn die Zentrumsbesitzer sind

Silberlinge des Jadas. Wir wissen, warum es dem Zentrum geht. Durch Geschenke will es die Schiefer vereinigen, um sie dann von neuem zu prügeln, zu pflandern, wie es dies früher getan hat. Darum muß man vor diesen Wölfen in Schaftstellen auf der Hut sein. Die Schiefer werden aber nicht in die Zentrumschlingen gehen, den Judasgroßen zur Reife nach Breslau nicht annehmen und zum deutschen Katholikentag nicht fahren.

Dieser Streit um die Seelen der polnischen Bevölkerung wird dadurch noch besonders interessant, daß dieselben national-polnischen Volksbegeisterer erst vor wenigen Wochen zusammen mit den „Wölfen in Schaftstellen“ bei der sogenannten Reichsfinanzreform dem polnischen wie dem deutschen Volke gleichermaßen das Fell über die Ohren zogen.

Berlin, 28. August. Wie die offiziellen Berliner Politischen Nachrichten mitteilen, beabsichtigt der Bundesrat nicht, eine Aenderung in den Vorschriften über die für die verschiedensten Gewerbegebiete zugelassenen Sonntagsarbeiten einzutreten zu lassen. Zu der beabsichtigten Aenderung der Sonntagsruhebestimmungen für das Handelsgewerbe wird die sehr tröstliche Versicherung abgegeben, daß die Prüfung des darüber vorliegenden Materials noch mehrere Monate dauern wird.

„Geleitete“ Liberale. Bekanntlich ist es im Kreise Landberg-Soldin zwischen den Liberalen aller Schattierungen zu einer Einigung gekommen. Wie das Berliner Tageblatt berichtet, ist die Einigung auf folgender Grundlage erfolgt: Gutsbesitzer Schöppe in Clausdorf wird als gemeinsamer Kandidat der Freisinnigen und Nationalliberalen für die nächste Reichstagswahl aufgestellt. Gutsbesitzer Schöppe untersteht keinem Fraktionszwange, es bleibt ihm überlassen, ob er einer Fraktion beitreten will und welche er event. wählt. (1) Kommt Schöppe nicht in die Stichwahl, wird der Liberale Verein in der allgemeinen Wahl eine von den Nationalliberalen aufgestellte Kandidatur in der gleichen Weise unterstützen. Vorausgesetzt ist dabei, daß die politischen Beziehungen im wesentlichen die gleichen bleiben.

Um dieses Abkommen richtig zu würdigen, muß man wissen, daß der aufgestellte Kandidat bis zu seiner Nominierung Mitglied der freisinnigen Partei war.

Die Münchener Zeitung, das Berliner Tageblatt und tutti quanti hatten neulich mit Entsetzen die angebliche Ausherrschung des Genossen Hoffmann-Kaiserlautern gemeldet. Gott habe die Sozialdemokratie eingesetzt und er wolle, daß sie wachse, blühe und gedeihe. Für jeden Einseitigen war von vorherein klar, daß hier eine grobe Entstellung vorlag. Jetzt berichtet nun Genosse Hoffmann in der Wälzischen Post den plumpen Schwundel der bürgerlichen Presse. Er schreibt:

Diese Berichterstattung ist falsch. Der Gedankengang meiner Ausführungen war folgender: Die Sozialdemokratie könne so schlecht nicht sein, da der Zentrumsabgeordnete Pfarrr Kohl wörtlich gesagt habe: „Wenn die Vorlesung die Sozialdemokraten nicht haben wollte, so wären sie nicht da.“ An dieses Zitat knüpfte ich die Bemerkung: Gott wolle offenbar auch, daß die Sozialdemokratie noch weiter wachse, blühe und gedeihe, wie das der Wahlausfall in Neustadt-Landau erkennen lasse.

Indirekte Fleischsteuer. Da am 1. April des nächsten Jahres die kommunale Besteuerung des Fleisches in Wegfall kommt, gehen immer mehr Städte dazu über, den Ausfall durch Erhöhung der Schlachthofgebühren auszugleichen. So hat der Stadtmagistrat zu München, wie die Korrespondenz des deutschen Fleischerverbandes mitteilt, eine Erhöhung der Gebühren des Schlachthofes und Viehhofes beschlossen, die so gehalten ist, daß sie den Ausfall des Betrages des Fleischzuschlages darstellt. Die Stadt Koblenz hat die zulässige Höchstvereinbarung des Schlachthofes um 3 Proz. beschlossen, wodurch die Schlachthofgebühren um drei Fünftel der bisherigen Höhe erhöht werden. Das Begehren des Magistrats, daß diese Maßregel, die die Verminderung des Volkseinkommens wieder aufhebt, von einer liberalen und einer ultramontanen Stadtverwaltung beschlossen wurde, deren Parteigenossen im Jahre 1902 sich für die Aufhebung des städtischen Oktrois lebhaft ins Zeug legten.

Dem Prügelpastor von Mielischin soll es nun doch an den Krügen gehen. Wie die Berliner Morgenpost meldet, gilt der Befehl in der Zeitung der Erziehungsanstalt Mielischin aus Anlaß der vorgekommenen Ueberschreitungen des Züchtigungsrechts an Zöglingen für bevorstehend. Neuerdings sind wieder drei Zöglinge entwichen, die bisher, zum Glück des Herrn Pastors, der dadurch wieder einige Zeugen seiner erfolgreichen Erziehungsanstalt los wurde, nicht ergriffen werden konnten. Von einer staatsanwaltlichen Aktion gegen den Schüler des Kaiserfreundes Wobelschwing ist in der Meldung mit keinem Worte die Rede. Es sollte uns nicht wundernehmen, wenn dem braven Gottesdiener seine barbarischen Prügellektionen mit einer einträglichen Pfarre gelohnt würden.

Ein „Kulturfortschritt“ in Ossen. Das heftige Ministerium des Innern hat an alle Kreisshuldkommissionen des Landes ein Rundschreiben gerichtet, wodurch verfügt wird, daß die Beteiligung der Schuljugend an Treibjagden, wie sie in einzelnen Gegenden im Großherzogtum noch üblich ist, unzulässig sei und daß den Kindern zu dem angeführten Zweck unter keinen Umständen mehr schulfrei gegeben werden dürfe.

Die Deutsche Tageszeitung wird in dieser unerhörten Maßregel einen neuen Beweis sehen, daß Deutschlands Entwicklung immer mehr dem Abgrunde entgegengeht.

Im 20. Jahrhundert. Auf Ersuchen der Eisenbahndirektion Altona hat vor einiger Zeit auf der Strecke Niebüll-Dölm der bekannte Wundermann Landrat v. Uslar mit der Wünschelrute Wasser gemutet. Nach einem jetzt an ihn eingegangenen Schreiben sollen die Bohrungen von Erfolg gewesen sein, in der angegebenen Tiefe von 13 Metern ist angeblich reichliches und gutes Wasser gefunden worden. Auch bei dem Auffinden der verschwundenen Donauquelle soll Herr v. Uslar in Aktion treten.

Daß sich staatliche Behörden zur Förderung dieses Humbug hergeben, ist auch ein Zeichen der Zeit, das freilich erst dann in vollem Umfange verständlich wird, wenn man weiß, daß Wilhelm II. zu den eifrigsten Protektoren des landräthlichen Wundermannes gehört.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Liebesdienst.

Der deutschfreiherrliche Unterrichtsminister, der „liberale“ Justizminister Graf Stirgk, ist kürzlich am Werk. Vor kurzem ernannte der Stadtrat von Trieste den Professor Candotti zum Direktor des städtischen Mädchenlyceums. Der Statthalter Prinz Hohenlohe bestärkte die Ernennung, Graf Stirgk aber verweigerte auf Betreiben der Ministerien die Bestätigung. Candotti hatte sich nämlich an der Agitation gegen den in der Schul- und Unterrichtsordnung des deutschfreiherrlichen Ministers Parteil statuierten vorkaufungsrechtlichen Zwang der Schulkinder zu religiösen Übungen beteiligt.

Steigerung der Getreidepreise.

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1908 wurden nach Oesterreich 630 170 Metercentner Getreide eingeführt, in

der gleichen Zeit dieses Jahres aber 1 525 645 Metercentner, also das Dreifache. Das Baiernland deckt demnach den Bedarf lange nicht, dennoch bleiben die Wucherhöfe weiter bestehen.

Rußland.

Die Ironie der Geschichte.

Am 28. August tritt Popuschin, der wider seinen Willen die Enthüllung eines Ermordeten hat, die Reise in die Verbannung nach Sibirien an. Zur Eskorte wird ihm nur ein Gendarmerequisit und ein Straßknecht beigegeben; er fährt in der II. Klasse in Zivil, die Strafe wird ihm also nicht zu schwer gemacht. In einer Hinsicht wurde er jedoch nicht geschont: im Gefängnis wurde er in eine feuchte Zelle eingesperrt und holte sich infolgedessen eine schlimme Ohrenkrankheit, die schließlich den völligen Gehörverlust verursachte. Sein Privatarzt, Professor Dobrotworsky, verlangte, daß man seinen Patienten in eine trockene Zelle überführe, doch der Gefängnisarzt, der nach der strengen, zu Zeiten Plechwe-Popuschins ausgearbeiteten und unter Stolypin ergänzten Gefängnisordnung sich zu richten hatte, fand, daß „alles in Ordnung“ sei und keine Gefahr der Gesundheit Popuschins drohe. Popuschin bekam demnach selbst die Gefängnisordnung zu fühlen, die er für seine „Mitbürger“ bereitete.

Die Affäre Harting-Vandesen.

Wie in den führenden Kreisen der Dumasraktion der Oktoberisten behauptet wird, wird eine Interpellation für die erste Sitzung der bald zu eröffnenden Dumasession vorbereitet. Die Oktoberisten betrachten nämlich die Affäre Harting nicht nur in bezug auf die innere Politik, sondern vor allem wegen ihrer weltpolitischen und handelspolitischen Bedeutung als ein im höchsten Grade wichtiges Ereignis. Mit andern Worten, die Vertreter des Großgrundbesitzes und des Großkapitals sehen sich in ihren Interessen geschädigt, weil durch diese Affäre das stark ramponierte „Ansehen“ Rußlands in Europa schwer gelitten habe.

Selbstverständlich werden es nicht die tapferen Oktoberisten sein, die die beabsichtigte Interpellation einreichen. Wir verachten auf die Initiative, bemerkt einer der Führer der Oktoberisten, „da unsers Wissens die Interpellation ganz gewiß von Seiten der Opposition vorbereitet wird.“ Gemeint ist unter „Opposition“ die sozialdemokratische Dumasraktion, nachdem die Rabatten längst nicht mehr zur Opposition gehören, was ja auch ihr Führer Willaew in London feierlich bekundet hat.

Dänemark.

Eine Dörfchensgeschichte.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Zu einem Ausrufen erregenden Antritt kam es gestern am Schluß der Reichstagsitzung. Der Radikalliberale Zahl hatte sich sehr scharf über die Verteidigungsvorlage geäußert und schonte dabei weder die Konservativen, noch das Ministerium. Nach Schluß der Sitzung rief der konservative Abgeordnete Oberstleutnant Ramboch laut, daß es auch die Umstehenden hören konnten: „Gott weiß, was Zahl für seine Landesverräterei bekommen hat!“ Zahl, dem dies sofort mitgeteilt wurde, eilte auf Ramboch zu, sagte ihm beim Gehen, schüttelte ihn heftig und sagte: „Danken Sie es Ihrem Alter, daß ich Sie nicht ohrfeige!“ Abgeordnete brachten die Ringenden auseinander.

Persien.

Das neue Regiment.

Das Berliner Tageblatt meldet aus Petersburg: In Teheran ist jetzt eine Verhütung eingetreten, nachdem die Wahlen zum Reichstag unter völliger Gleichgültigkeit der Bevölkerung verlaufen sind. Von den 300 000 Bewohnern Teherans haben nur 300 an den Wahlen teilgenommen. In den Provinzen lag kein Interesse für die Wahlen vor. Die gewählten Abgeordneten sind sämtlich Nationalisten, von denen die meisten schon im ersten Parlament gesessen haben. Die Lage in der Provinz hat sich etwas gebessert; doch halten die Ränder und Provinzen an. Die in Kaswin stehenden russischen Truppen sind aus sanitären Gründen aus der Stadt zurückgezogen und acht Kilometer entfernt stationiert worden. Die bereits festgesetzte Abreise des Erzherzogs wurde wieder aufgeschoben, da die persische Regierung einzelnen Reaktionen, welche das Exil des Erzherzogs zu teilen wünschten, darunter der Emir Bahdur Dscheng, keine Waffe ausfertigen will, bevor sie ihre nicht unbedeutenden Schulden bezahlt haben.

Marokko.

Duhamara.

Am 27. August. Der Moggi traf heute früh hier ein, eingeschlossen in einem eisernen Käfig, der auf dem Rücken eines Kameels besetzt war. Der Moggi schien gefaßt zu sein und erwiderte die Spottreden der zusammengelassenen Menge. Der Sultan unterzog seinen Gefangenen einem fünf Minuten langen Verhör, worauf er ihn im Palais einschleusen ließ.

Türkei.

Die Albanesen.

Ueskiß, 28. August. Entgegen der Ansicht des Wali bewilligte die Regierung nicht, daß das Ständerecht über Albanien verhängt werde, um den loyalen Albanesen entgegenzukommen. Die Munition- und Truppentransporte dauern fort.

Sächsische Angelegenheiten.

Zur Nachwahl in Stollberg-Schneeberg.

In den bisher ruhig verlaufenen Wahlkampf ist durch das skandalöse Auftreten des Großindustriellen und Führers der bürgerlichen Parteien Wilsch-Oberschlema nicht geringe Erbitterung hineingetragen worden. Wilsch hat schon bei der vorigen Wahl durch seine unfaire und brutale Kampfweise stürmische Auftritte in Versammlungen herbeigeführt. Dieser famosse Parteiführer versucht nun durch eine im ganzen Kreise verbreitete „Erklärung“ seine Rüpelereien in der Stollberger Versammlung zu decken. Damit die Leser der Volkszeitung die unverfälschte Kampfesart der Ordnungsetzter im 19. Kreis und speziell die des Wilsch kennen lernen, geben wir hier die „Erklärung“ im Wortlaut wieder:

Erklärung!

Am 21. August besuchte ich in der Voraussetzung, einen verhältnismäßig anständigen politischen Gegner zu finden, die sozialdemokratische Versammlung im Stollberger Schützenhaus. Mein Gegner war der sozialdemokratische Kandidat Schöpflin, dessen ungefähr zweistündige Rede in der Hauptsache nur aus Lüge und schmügigen Verächtlichkeiten gegen Kaiser und Reich, Staatseinrichtungen und Parteiwesen bestand. Die Leitung der Versammlung gab mir eine Stunde Zeit zur Erwiderung. Abgesehen von Unterbrechungen durch einzelne Schreier im Saale, gab der Sozialdemokrat Schöpflin schließlich selbst das Zeichen zu einem fürchterlichen Tumult.

Nachdem ich vorher darauf hingewiesen hatte, in welcher schamloser Weise die Sozialdemokratie es versteht, ihre Anhänger auszubeten, führte ich gegen das Ende meiner Erwiderung an, ich teile die Hoffnung über die von Schöpflin als sicher hingestellte Ausbreitung der Sozialdemokratie ganz und gar nicht, im Gegenteil, ich sei überzeugt, daß die Zeit nicht allzufern sei,

wo die heutigen Anhänger der Sozialdemokratie, die doch eigentlich gar keine Sozialdemokraten, sondern nur Irregelleitete seien, sich auf sich selbst beschließen würden, und wo der Zusammenbruch dieser Partei sicher eintreten werde.

Wenn das der Fall ist, so fuhr ich fort, dann müßten Leute, wie dieser Schöpflin hier, die jetzt von der sozialdemokratischen Partei bezahlt werden, um weiterhin ihr Leben fristen zu können, ein ehrliches Handwerk ergreifen, denn —

Hier setzte nun der Tumult, zu dem der Sozialdemokrat Schöpflin das Zeichen gab, ein. Der Hinweis, einmal etwas anderes tun zu müssen, als für die sozialdemokratische Partei zu arbeiten, unter Umständen ein ehrliches Handwerk ergreifen zu müssen, war für den Sozialdemokraten Schöpflin mehr als peinlich. Unter Schreien, Töben und Schimpfen entzog man mir das Wort.

Als man mir infolge der begünstigenden Worte des Herrn Dr. Geyer erlaubte, meinen Satz zu vollenden:

„... denn eine Partei, die zusammengebrochen ist, die nicht mehr existiert, kann doch auch niemanden mehr beschäftigen und bezahlen“

erneuerte der Sozialdemokrat Schöpflin sein Schreien, Töben und Schimpfen. Meine Freunde und ich verließen daraufhin den Saal.

Von der Sorge wegen seiner beleidigenden Redensarten zur Verantwortung gezogen zu werden, will ich den Sozialdemokraten Schöpflin befehlen. Solche Leute können wohl schimpfen, aber niemals beleidigen. Der Schmutz ihrer Worte bleibt an ihnen selbst haften.

Oberschlema, 28. August 1908.

Alexander Wilsch.

Gegen den Inhalt der Wilschschen „Rede“ in Stollberg ist keine „Erklärung“ geradezu auf einen milden Ton gestimmt, so daß man die Langmut der Arbeiter nur bewundern konnte, den Wilsch eine Stunde lang anzuhören. Daß für einen solchen Menschen die Bezeichnung „unverschämter Lügner“ die einzig gegebene ist, braucht nicht mehr begründet zu werden. Wilsch verweigert es auch, anzugeben, wie ihm Genosse Schöpflin geantwortet hat; aber am heutigen Sonnabend verteilen unsere Genossen im Kreise ein Flugblatt, das den Wilsch gebührend charakterisiert und den von Schöpflin gebrauchten Ausdruck wiederholt.

Am Mittwoch glaubte Wilsch einen Hauptkampf gegen Schöpflin in Hartenstein auszuspielen zu können. Schöpflin sprach abends im Ratskeller-Saal und Wilsch ließ, weil in Hartenstein das Kleinbürgertum überwiegt, Arbeiterorganisationen nicht vorhanden sind, seine „Erklärung“ kurz vor der Versammlung als Flugblatt in der Stadt verbreiten. Das sei dem Wilsch aufrichtig gedankt, denn nun strömte alles in die Versammlung. Der Saal, die Rednerbühne, der Hausflur und der angrenzende Hof waren dicht mit Menschen besetzt. Schöpfkins Rede über die politischen Zustände und die an den bürgerlichen Parteien geübte Kritik fanden lebhaften Beifall. Natürlich geißelte Schöpflin die Rüpelereien des Wilsch, sprach ihm aber unter stürmischer Heiterkeit der Versammlung den Dank aus für die wirksame agitatorische Unterstützung. Wilsch hatte auch einen jungen Akademiker gegen Schöpflin ins Feld geschickt, aber dem jungen gelehrten Herrn imponierte die Versammlung derart, daß er einfach dem Genossen Schöpflin zustimmte und nur die angebliche geistige Anfeindung der Sozialdemokratie kritisierte. Ein Arbeiter monierte es, daß die Sozialdemokratie es nicht mit dem lieben Herrgott halte. Im Erzgebirge steht das Setkenwesen in vollster Blüte und die Zahl der Arbeiter, die Anhänger der Setken sind, ist sehr groß und in den letzten Jahren stetig gewachsen.

In den nächsten Tagen dürfte der Wahlkampf heftig aufflammen, denn die Gegner planen und bereiten eine „Nebenrauschung“ vor, mit der sie die Wähler zu verblüffen gedenken. Außer in Hartenstein sprach der sozialdemokratische Kandidat in den letzten Tagen noch in Gabeln, Alberoda, Bernsbach, Lannenberg, Gornsdorf und Niederalfalter. Ausnahmslos waren die Versammlungen glänzend besucht. In Gornsdorf, dem Ort, wo vor zwei Jahren der Strumpfwirkerkampf ausgebrochen ist, war der Saal trotz eines wahren Hundewetters dicht gefüllt. Bisher hat Genosse Schöpflin im Kreise 27 Versammlungen abgehalten; in 9 bis 10 Versammlungen wird er noch bis zum Wahltag sprechen. Einzelne Unternehmer im Wirkwarengebiet beginnen bereits den Arbeitern zu drohen, daß die Wahl Schöpfkins Lohnabzüge zur Folge haben werde. Es wird versucht werden, die Arbeiter genau festzustellen, um sie der Wählerschaft zu unterbreiten. Daß die Gegner, die agitatorisch sehr ins Hintertreffen geraten sind, noch einen Hauptschlag versuchen werden, steht fest. Der Kampf kann also noch recht interessant und heftig werden.

Schutz den Arbeitswilligen.

Vor dem Schöffengericht Chemnitz wird seit zwei Wochen fast täglich auf Grund von Anzeigen und Strafanträgen von Leuten, die bei dem Streik bei der Tiefbaufirma Hilsberg u. Sandner Ausreißerdienste leisteten, gegen Arbeiter prozessiert, die die „unbilligen Elemente“ beleidigt und zum Anschluß an den Streik durch Ohrverletzung zu bestimmen versucht haben sollen. Da diese Anklagen im öffentlichen Interesse erhoben werden, treten die direkt Beteiligten, die Anzeigenersteller und Strafantragsteller, auch als Zeugen auf. Selten kommt es vor, daß Unbeteiligte auch als Zeugen vernommen werden, und so kommt es, daß in den meisten Fällen die Strafantragsteller durch ihre Angaben die Grundlage der Anklage, den Beweis der Schuld der Angeklagten und die Urteilsbegründung liefern. In mehreren Fällen, die bereits verhandelt wurden, trat auch der Pandarbeiter Weise auf, der u. a. auch schon einer Frau zu einer gerichtlichen Strafe verurteilt hat, die sich über seine Trägheit während der Arbeitszeit empört und ihn einen Faulenzer geheißen hatte. Weise ist ein Schnapstriker. Weis muß er, wenn er als Zeuge vor Gericht steht, seine früher gemachten Angaben einschränken. Beim geringsten Anlaß macht er von Strafantragsformularen Gebrauch, die er bei sich führt. Kommt er dann als Zeuge vor Gericht, so ist er in der Regel „voll“. Er „undelt sich erst einen an“. Mit verstoffener Stimme erachtet er seine Aussage, die so „klar“ ist, wie seine Stimme.

Auch in der letzten Verhandlung, die sich gegen den Geschäftsführer der Bauhilfsarbeiterorganisation in Chemnitz richtete, war Weise Antragsteller und Zeuge. Wie sonst verbreitete er einen widerlichen Dunstkreis um sich. Auf schwankenden Beinen gab er mit lallender Stimme sein Zeugnis ab und machte auch auf das Gericht einen Eindruck, den später der Vorstehende gebührend kennzeichnete. Der Beschuldigte war in der angenehmen Lage, einen unparteiischen Zeugen stellen zu können. Das war höchst unangenehm für den „braven“ Weise. Durch das Zeugnis des anderen stellte sich heraus, daß Weise bei der Anzeigenerstellung geflunert, die Neben verbreitete hatte, die zwischen ihm und den Beschuldigten eines Sonntags geführt worden waren, und daß weder eine Verleumdung noch ein Vergehen gegen § 183 der Gewerbeordnung vorlag, wessen Ver-

schuldigt angeklagt war. Das Gericht war überzeugt, daß ein erbeidender Zeuge einen Meineid schwöre. Die Sache wurde schließlich vertagt, nachdem der Vorsitzende von Weise gesagt hatte, daß er keinen vertrauensverdienenden Eindruck im Gegenfall zu dem Entlastungszeugen. Vor der Entscheidung aber sagte der Vorsitzende zu Weise: "Sie werden wieder vorgeladen; aber das nächste Mal besaßen Sie sich nicht wieder!"

Weise ist nicht der einzige Schnapsbruder, der Anzeigen erstattet und durch sein Zeugnis ehrliche Arbeiter ins Gefängnis gebracht hat. Wilderich!

In Zwickau ist in der letzten Zeit vor dem Schöffengerichte gegen Arbeiter wegen Verletzung von Arbeitswilligen verhandelt worden, wobei die Staatsanwaltschaft als Anklagebehörde und die Angeklagten als Zeugen fungierten. Eine besondere Eigentümlichkeit in den Zwickauer Fällen ist es aber, daß im Verichte regelmäßig beteiligte Unternehmer als Schöffen fungieren. Die Prozesse sind die Nachwehen vom letzten Maurer- und Zimmererstreik. In der letzten Verhandlung vor dem Schöffengerichte hatten sich zwei Zimmerer und ein Maurer zu verantworten. In der Beweisaufnahme berief sich einer der als Zeuge geladenen Schöffen — die Angeklagten sollen durch Streikpostenstellen die öffentliche Ordnung gestört und sich gegen die Straßensicherungsverordnung verhalten haben — sogar zum Beweise für die Richtigkeit seiner Aussage auf den als Schöffen fungierenden Baumeister Graupner. Natürlich wurden die Angeklagten verurteilt.

Unser Zwickauer Parteiblatt schreibt zu dem Prozesse: "In Wien scheint es fast Usus zu sein, daß bei allen Streitsprossen ein Baunternehmer als Schöffe mitwirkt. Wir haben dies bereits in einer Verhandlung gegen unseren Kollegen Koch gesehen. Dort fungierte der Baumeister Aurich und hier der Baumeister Graupner als Schöffe. Einem Manne, welcher direkt am Streik mit beteiligt war, ist danach gestattet, wider seinen eigenen Recht zu sprechen. Nach den Aussagen des Schöfmanns welcher kann man unwillkürlich folgern, daß der Schöffe Graupner Veranlassung genommen hatte, die Schöffenleute „scharf“ zu machen, denn wie konnte sonst Reiter dazu kommen, vor Gericht zu erscheinen, über den Fall eines Maurers aus Städtigt könne Herr Graupner am „dehnen Aufklärung“ geben.“ Die Angeklagten werden danach bei zukünftigen Fällen gut tun, sich die Schöffen vorher anzusehen und sie event. als befangen abzulehnen.

Veteranenlos.

er. Ein in Laubegast bei Dresden wohnhafter, in den dürftigsten Verhältnissen lebender Invalid und Kriegsveteran richtete vor einiger Zeit ein Gesuch an die Kreisbauernschaft, in dem er die Bitte aussprach, ihn doch mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand in eine Pensionskassette unterzubringen oder ihn auf andere Weise zu helfen. Es mußte aber völlig totenlos geblieben, da er gänzlich mittellos sei und die Kriegswirtschaften von 48 Mk. jährlich für seine Frau und die Wohnung brauche. Die angestellten Erörterungen ergaben, daß der Mann, ein 70-jähriger Greis, sich tatsächlich in schlimmster Not befindet. Schnelle Hilfe tat not, denn der Veteranenlos ist neben vielen anderen Krankheiten und Gebrechen auch mit der Prostatakrankheit, der Lungentuberkulose, behaftet, die sich bereits damals in einem bedenklich vorgeschrittenen Stadium befand. Inzwischen ging — wie es Sanitätsratsratismus bei uns einmal haben will — alles hilfslos hemmlich seinen inhumanen Weg. Die Kreisbauernschaft hielt sich nämlich zur Erledigung der Sache nicht für kompetent und gab das Gesuch an die Amtshauptmannschaft ab. Diese wiederum vermerkte nicht den Zweck des Gesuchs, sondern erkannte und so fragte sie denn erst noch einmal beim Besuchsteller an, was er eigentlich wolle. Die Antwort lautete, er wolle in einer Pensionskassette aufgenommen zu werden. Anstatt nun unverzüglich das Erforderliche zu veranlassen, ehe es zu spät wurde, glaubte die Amtshauptmannschaft es nicht verantworten zu können, wenn sie in diesem Falle selbstständig aus dem ihr zu diesem Zwecke zur Verfügung stehenden Fonds die nötigen Mittel entnommen hätte. So wurde bis zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses gewartet, und als man sich endlich entschloß, dem Kernsten eine Beihilfe von 50 Mk. zu gewähren, wurde das Gutachten eines Arztes bekannt, wonach sich inzwischen der Zustand des Veteranen berart verschlechtert hat, daß dieser nicht mehr transportfähig ist. Sein Erbe steht in absehbarer Zeit zu erwarten. Der Wunsch des alten Kriegers läßt sich also nicht mehr erfüllen. Die Hilfe kommt zu spät. Nun sollen die 50 Mk. zur Aufkaffung von Stärkungsmitteln verwendet werden.

Wird das bisherige Schneidentempo beibehalten, so ist anzunehmen, daß der Mann bereits in Grabe liegt, ehe ihm die Pensions- und Stärkungsmittel zuteil werden.

Eine Abgabe. Die ultramontane Kölnische Volkszeitung hatte dieser Tage den Konservativen in Sachsen ihre Sympathien versichert, weil sie für die konfessionelle Volksschule und die Beibehaltung der geistlichen Ortschul-aufsicht seien. Dazu bemerkt der Vogtländische Anzeiger:

Nicht nur die Konservativen, sondern auch die Mehrheit der Nationalliberalen tritt für die Beibehaltung der konfessionellen Volksschule ein. Oder etwa nicht? Wenn weiter aber die Meritale Beibehaltung der geistlichen Schulaufsicht wünschen, so teilen die Konservativen in erdrückender Mehrheit diesen Wunsch Leineweigs. Auch die protestantische Geistlichkeit wünscht Aufhebung der nicht mehr zeitgemäßen geistlichen Ortschulinspektion zugunsten von Volksschulaufsicht. Endlich gibt es in der nördlichen Lausitz allerdings zahlreiche, namentlich wendische Katholiken, die je und je zur konservativen bzw. reformerischen Bahn gestanden und noch bei den letzten Reichstagswahlen sich für die Beeinflussung durch Zentrumslegitimationen und länglich erwiesen haben. Wo letzteren aber, wie in der südlichen Lausitz, auch Dresden usw., es gelang, die Katholiken in wässrige Ultramontane zu verwandeln, dort haben diese schon längst fast immer mit dem Freisinn, nicht aber mit den Konservativen gestimmt. Die sächsischen Konservativen müßten es als unehrliche Kampfesweise bezeichnen, wollte man sie je des Liebelins mit dem Zentrum beschuldigen.

Wir haben schon gesagt, daß in der Frage der konfessionellen Volksschule und der geistlichen Ortschulaufsicht zwischen den Konservativen und Nationalliberalen in Sachsen kein Unterschied zu entdecken ist. Im übrigen wird es sich keine bürgerliche Partei entgehen lassen, die Zentrumsleute dort zu pössieren, wo ihr Häufchen Stimmen etwa in Frage kommen könnte.

Chemnitz. Der frühere Gemeindevorstand von Pelbersdorf, jetzige Geschäftsführer Robert Becker, hatte sich vor dem Landgericht wegen Verletzung des Sekretärs Döberner, des Kassierers der Amtshauptmannschaft, zu verantworten. Becker wurde wegen Unterschlagung im Amte vom Schwurgericht zu einem Jahr zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verurteilung der Strafe machte er beim Verwaltungsgericht eine Klage gegen die Gemeinde Pelbersdorf auf Gehaltsentschädigung anhängig, mit der er aber abgewiesen wurde. Damals behauptete er in der Verhandlung, daß er unschuldig verurteilt worden sei. Diese Behauptung erhält er hartnäckig aufrecht und er versucht, Material zum Beweise dieser Behauptung zu beschaffen. So machte er am 22. März 1908 eine

Eingabe an das Ministerium des Innern gegen den Kassierer der Amtshauptmannschaft, Sekretär Döberner, mit dem Zweck zur Herbeiführung eines Verhaftungsverfahrens. B. hält nämlich D. für den Urheber seines „Unfalls“. Er behauptet, D. habe die Revision nicht sachgemäß angeführt. In dieser Eingabe hat B. nun D. durch Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen und auch persönlich beleidigt. Dadurch zog er sich die Anklage zu, berentwegen er sich nun zu verantworten hatte. Er bemerkte zu seiner Verteidigung, daß er in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe; er sei eben der Ueberzeugung, daß D. kein einwandfreies Gutachten über die von ihm vorgenommene Revision erstattet habe und daß er es D. zu danken habe, daß er unter Anklage gestellt, verurteilt und von seinem Amte entfernt worden sei. Das Gericht gelangte auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme zur Verurteilung Beckers nach dem Auftragsbeschlusse; es erkannte auf 200 Mk. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß B. das Recht der Wahrnehmung berechtigter Interessen überschritten habe und daß die Absicht, D. zu beleidigen, deutlich zu erkennen sei.

Zwickau. Am 1. Oktober wird die von der Stadt errichtete Feuerbestattungsanlage eingeweiht und dem Betrieb übergeben werden. Das Stadtverordnetenkollegium hat in seiner letzten Sitzung die vom Rat beschlossene Bestattungsordnung genehmigt. — Die Stadtverordneten genehmigten die Maisvorlage, im Westen des Stadtteiles Marienthal eine Waldholzungskassette für Lungenerkrankte einzurichten und bewilligten für den Ankauf des Geländes 63500 und für die Baukosten 30000 Mk. Die Erholungskassette ist zunächst für 50 Personen gedacht.

Burgen. Gestern abend wurden die Verhandlungen mit den Vertretern der Gastwirte und der Würzner und Grimmaer Stadtbrauerei über die Bierpreiserhöhung fortgesetzt. Die Verhandlungen gestalteten sich wieder äußerst schwierig und dauerten fünf volle Stunden. Unter keinen Umständen konnte daran gedacht werden, daß eine unberechtigte Schröpfung der Bevölkerung von den Arbeitervertretern unterstützt oder event. gutgeheißen würde. Die Vertreter der Brauereien zeigten wenig Entgegenkommen, jedoch hielten sie nicht mehr ganz fest an ihrem Aufschlag von 10 Mk. auf 20 Mk. und Deckung der städtischen Biersteuer durch die Birte. Mit 13 gegen 1 Stimme wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Man erkennt eine Erhöhung des Bierpreises von 10 Mk. auf 19 Mk. an, die städtische Biersteuer wird weiter von den Brauereien getragen. Die Konsumenten werden bestrbt sein, dahin zu wirken, daß das Biergeschloß Bier mit 1 Pfg. mehr wie bisher bezahlt wird.“ Die Resolution wird der Arbeiterschaft und ebenso der Versammlung der Gastwirte zur Annahme empfohlen.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Zu dem Selbstmord des Rechtsanwalts Dr. Peißel in Dresden wird nach berichtet: Dr. Peißel hatte eine große Praxis und war mit einer reichen Fabrikantenstochter aus Bischofsberda verheiratet. Er hatte gleichwohl seit längerer Zeit ein Verhältnis mit einem Fräulein Frida Wolf, das er aber jetzt lösen wollte. Es hatten zu diesem Zwecke auch bereits Unterhandlungen stattgefunden. Gestern nachmittag bezog sich Peißel in sein Bureau und schrieb an die Wolf einen Brief, in dem er ihr mitteilte, daß er nicht die Kraft habe, sich von ihr zu trennen, und daß er Selbstmord begehen wolle. Fräulein Wolf eilte nach dem Erhalt des Briefes sofort in das Haus Peißels. Als sie erfuhr, was vorgefallen war, ging sie nach Hause und schloß sich ebenfalls eine Kugel durch den Kopf. Sie wurde durch den Schuß zwar schwer verletzt, eine Lebensgefahr besteht aber nicht. — Einer der Schulknaben, die in den Zwickauer Wäldern mit dem Abkochen von Nahrungsmitteln beschäftigt werden, der 13-jährige Reinhold Weich aus Schanzendorf, erstickte am Montagabend nach Schluß des Sammelns eine Nichte, um Zapfen herunterzuholen. Er stürzte hierbei ab und wurde erst am Dienstag früh bewußtlos aufgefunden. Auf dem Transport an die erste Hilfe Wohnung starb der Knabe. Einige Jungen, die den Sturz gesehen hatten, waren davongelaufen. — Auf dem Wilhelmshöhe 1 bei Zwickau ist der Zimmerling Moritz Paul aus Rosenthal bei einer Übung, die von einer aus sechs Mann bestehenden Rettungstruppe mit Atemungsapparaten in der Grube vorgenommen wurde, tödlich verunglückt. Als Übungsraum wurden eine Strecke und ein Ueberhauen benutzt, in denen matte Wetter standen. Etwa zehn Minuten nach dem Betreten des Übungsraumes brach Paul am Fuße des Ueberhauens plötzlich zusammen. Er konnte trotz angelegter Tätigkeit der Rettungstruppe erst nach längerer Zeit in frisches Wetter gebracht werden. Die sofort mit den neuesten Apparaten und unter ärztlicher Beistand angestellten Wiederbelebungsvorversuche waren leider erfolglos. Der Verunglückte ist 38 Jahre alt und hinterläßt Frau und drei Kinder im Alter von 12, 12 und 3 Jahren. — In Chemnitz ist ein 12-jähriger Knabe während von Fußweg herunter auf die Straße in einen Straßenbahnwagen. Das Kind wurde durch die Schutzvorrichtung, ehe der Wagenführer den Wagen zum Stillstand brachte, etwa zwei Meter weit mit fortgeschoben. Ersterlicherweise ist der Kleine ohne jede Verletzung davongekommen. — In der Teppichfabrik in Zwickau wurde der Schlosserlehrling Höppler von einer Transmission erfasst und herumgeschleudert, wobei ihm die Kleidung vollständig von Körper gerissen wurde. Der Verunglückte klagte über innere Schmerzen, außerdem schmerzte der rechte Arm zweimal gebrochen zu sein. — Vor einem Eisenbahnzuge schenken am Bahnhofsübergang zwischen Klein- und Großbothen die vor einen beladenen Erntewagen gespannten Pferde des Gutsbesizers Fleischer in Kleinbothen und gingen durch, wobei der Bestzer unter den Wagen kam und überfahren wurde. Die Verletzungen, die er dabei erlitten hat, führten zum Tode.

Aus den Nachbargebieten.

Neue Unterschleife in der königlichen Gewerfabrik zu Erfurt.

In unserem Erfurter Parteiorgan lesen wir: Eine der vielgerühmten Volkshausrichtungen der Kgl. Gewerfabrik ist die seit mehreren Jahren bestehende Sparkasse für die Arbeiter. Man wollte den Arbeitern das Sparen erleichtern, darum gab man ihnen Gelegenheit, bei jeder Lohnzahlung einige Spargroschen gleich in der Fabrik anlegen zu können. 50-pennig- und markweise wurden die Spareinlagen von den Arbeitern dem von der Direktion bestimmten Beamten abgeliefert. Der Verwalter oder Kassierer der Sparkasse war der in Hochheim wohnende Oberverwaltungs-schreiber Kurt Reinhold, ein Mann, der das höchste Vertrauen der Direktion genoss. Außerdem war auch eine Revisionskommission eingesetzt, so daß also die ganze Geschichte sowohl das Vertrauen der Arbeiterschaft als auch der Direktion hatte. Es soll aber schon einige Jahre keine Revision vorgenommen worden sein, weil es doch eine Beleidigung des untadeligen Herrn Kassierers gewesen wäre, wenn man von ihm hätte Rechenschaft verlangen wollte. So blieb denn die Revision der Arbeitersparkasse ein auf dem Papier stehender frommer Wunsch, denn die Verwaltung war „unantastbar“. Dieser „idealen“ Geschäftsführung machte es auch keinen Eintrag, daß in letzter Zeit sich öfter falsche Eintragungen in den Sparlistenbüchern herausstellten. Der hätte dem ersten Vertrauensmann der Direktoren misstrauen können, um so weniger, da der Herr Kassierer hervorragendes Mitglied mehrerer Vorstände von Kriegervereinen und auch Kassierer der Kirchenkasse der Gemeinde Hochheim war. Außerdem galt ja der Herr Oberverwaltungs-schreiber Reinhold, durch dessen Hände die gesamte Korrespondenz der Kgl. Gewerfabrik ging, als sehr wohlhabender Mann, denn er bezog monatlich 216 Mk. Gehalt, seine Frau berechtigt einen schmeichhaften Gemischhandel und er selbst vermittelte für die Gewerfabrik

arbeiter und Beamten und vielleicht auch an andere Bekannte Kaffee, Kakao, Zigarren usw. in jedem beliebigen Quantum und lieferte den Teilnehmern an Kurven in der Gewerfabrik die militärischen Instruktionbücher.

Am letzten Montagvormittag hat nun Herr Zughauptmann Sch. die Sparer der Arbeitersparkasse plötzlich zusammenberufen, und da stellte sich zu aller Ueberraschung heraus, daß in der Kasse ganz bedeutende Unterschleife vorgenommen waren. Bei einzelnen der Sparer sollen mehrere hundert Mark nicht in die Sparlistenbücher eingetragen worden sein. Der Herr Oberverwaltungs-schreiber und Kassierpatriot nahm seinen Hut und ging und soll selbst verschwinden sein. Natürlich hat die Fabrikdirektion für die fehlenden Beträge auszukommen, so daß die Arbeiter wohl kaum geschädigt sind. Immerhin befürchten aber viele der beteiligten Sparer, daß nur die nachweisbar dem Vertrauensmann der Direktion abgelieferten Beträge aufgeschrieben werden sollen, weil es den Aufseher hat, als sollte die der Direktion und allen Musterpatrioten unangenehme Sache verlost werden! Für heute mag es an diesen Mitteilungen genügen. Wir wollen nun erst einmal abwarten, was die Direktion zu den neuen Unterschleifen in der Kgl. Gewerfabrik zu sagen hat, bevor wir mit weiterem Material herausrücken.

Meiningen. Weil der 20 Mann starke „Marineverein“ in Steinbach-Hallenberg ein öffentliches Tanzvergnügen unter falscher Flagge abgehalten hatte, wurde er in Strafe genommen. Denunziert hatte ihn der — Artillerieverein. Es lebe die Kameradschaft!

Gera. Wegen Ueberfüllung des städtischen Realgymnasiums hatte die Stadtverwaltung vom Staat einen höheren Staatszuschuß verlangt, damit die 700 Schüler zählende Anstalt vergrößert werden könnte. Die Regierung hat das Gesuch abgelehnt und empfahl, das Schulgeld an der Anstalt um 25 Prozent zu erhöhen und die Vorschule an der Anstalt aufzuheben. Das letztere hat die Stadt abgelehnt, solange der Staat an seinem Gymnasium die Vorschulen beibehält. Es sollen nun die Schulgelber so erhöht werden, daß ein Realgymnasium 35000 Mk., an der höheren Mädterschule 12000 Mk. und an der Mittelschule jährlich 55000 Mk. mehr einkommen. Es bedeutet das für viele Familien eine bedeutende Mehrertragsgabe, die aber aufgebracht werden muß, da die Gehaltsverhöhungen für Lehrer und Beamte jährlich über 80000 Mk. mehr fordern.

Erfurt. Dieser Tage wollte hier eine englische Studienkommission, um die Arbeitsverhältnisse in der Schuhindustrie zu studieren und gleichzeitig die Lebensmittelpreise und die Preise der Bedarfsartikel kennen zu lernen. Unter den Kommissionsmitgliedern befand sich auch der Vorsitzende des englischen Schuhmacherverbandes W. Gongh.

Quittung.

Für den Generalstreik in Schweden sind bei uns eingegangen:

Preis quittiert	2400.26
Fah- und Flaschenbierarbeiter der Firma F. A. Ulrich, durch M.	2.00
De Dumbe	1.14
H. R.	3.—
Ungar, 2. Rate	1.—
H. M.	1.50
Zeppelin Heil!	1.—
Von einem Duellgegner	1.—
Und ein Polate	1.—
Stanzbau R. Krause	14.—
Sängerchor L. West, Extratour vom Sommerfest	18.26
Schafsköpfe Vorwärts, Böhmisch-Ehrenberg	1.40
8 Strohmännchen der Firma Kiehlung u. Co.	5.50
Zigarettenfabrik Laurida (Fürst-Potemkin)	6.—
Ne Gruppe	1.14
Wolfsrudorfer Mögler	20.—
Zeppelinklapp, B. W.	2.20
Kernmacher bei Swidbersky	3.20
„Dischsch“ als reines Deutsch	2.20
Summa:	2552.40

Die Expedition.

Bar gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der beliebigen Volksgeldung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Ausstellers, als auch der Name der Abonnenten bemerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unrichtige Zustellung, die wir direkt an die Expedition richten, wolle man den Namen des Ausstellers mit angeben. Die Expedition.

Orient Tabak- u. Cigarettenfabrik „Yenidze“ Inhaber: Hugo Zietz Dresden.

Deutschlands grösste Fabrik für Handarbeit-Cigaretten.

Neubau.



Spezialmarke: Salem Aleikum-Cigaretten

Keine Ausstattung, nur Qualität

Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10
3/4 4 5 6 8 10 das Stück.

Es gibt viele 100

Betriebe, in denen Malzkaffee hergestellt wird. Jeder sagt, sein Malzkaffee sei der beste. Keiner von all diesen Malzkaffees erfreut sich jedoch einer gleich umfassenden Beliebtheit wie der seit 20 Jahren bewährte Kathreiners Malzkaffee aus der größten Malzkaffee-Fabrik der Welt. Diese Beliebtheit bei Millionen ist aber der beste Beweis für die unerreichte Qualität.



Hochelegante, entzückende Neuheiten in Damen-Handtaschen in allen Farben und Lederarten von einfachster bis zu elegantester Ausführung in reichster Auswahl **schon von 1 Mk. an.**

Damengürtel, Portemonnaie, Toiletten-Etui, Bistets und div. ff. Lederwaren in allen Ausführungen und jeder Preislage empfiehlt

Karl Blaich, Windmühlenstr. 32
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- u. Reiseartikel u. div. ff. Lederwaren.

„Bienenkönigin“

— Echter Bienenhonig. — Zucker- und Kunsthonig. —
Prima Qualitäten. Billigste Preise.
Petersteinweg 15.

Prima Briketts

Warte: „Glückauf“, Bitterfeld
frei Keller 25 Ztr. à —70, 50 Ztr. à —85 Mt. Abschluß billig.
la. Kraft-Briketts, Oelsn. Stein- und Böhm. Braunkohle
offert zu bill. Preisen. Auf Wunsch m. Preisliste gern zu Diensten.
Oswald Freiberg, L.-Co., Pfleifingerstr. 19.
Telephon 6405.

Fritz Grundmann

Mastochsen- und Schweineschlichterei
L.-Kleinzschocher, Dleskaustrasse, Ecke Antonienstrasse
empfiehlt alle feineren Fleisch- und Wurstwaren, ff. rohen und gekochten Schinken, div. Braten, russ. Salat, Aufschnitt, auch auf Platten garniert.
Bitte bei Bedarf um gütige Berücksichtigung. [1188*]



Musikwerke, Automaten, Sprech-
apparate, Schallplattenall. Fabrikate,
Phonographenwalzen, Nadeln etc.
empfiehlt [8772]

Alwin Dietrich, L.-Lindenau 11.
Drei-Linden-Strasse 18, II.
Verlangen Sie Preisverzeichnisse.

H. Apfel- Most

Ia Apfelwein
in bekannter Güte.
Erste Leipziger
Apfelweinkelterei
8 Schützenstrasse 8.
Telephon 10328.

Möbel

kompl. Wohnungs-Einricht.
müßb. lackiert u. furniert.
1 Schrank 30.— 50.—
1 Vertiko 36.— 50.—
1 Sofa 40.— 60.—
1 Sofatisch 12.— 20.—
4 Stühle 14.— 24.—
1 Trum-Spiegel 30.— 40.—
2 Bettstellen 24.— 44.—
2 Matratzen 36.— 36.—
1 Waschtisch 12.— 22.—
1 Wascht-Spiegel 4.— 8.—
1 kompl. Küche 42.— 65.—
Mk. 280.— 420.—

Langj. Gar., Transp. fr. Wghn.
Kpl. Einr. v. 200—5000 Mk. Reis
am Lager. Kataloge gratis.
Leipziger Möbelhallen

Carl Max Raschig
Tauchaer Str. 32 (Battenberg)
part. I, II u. III. Etage.
Anerk. billigste Bezugsquelle
für solide Möbel.
Eig. Tischler- u. Polst.-Werkst.
Pl., Karl-Heine-Str. 61.

Zigarren, Zigaretten, Rauch-
und Kautabak etc.
En gros-Lager für Wiederverkäufer
zu Original-Fabrikpreisen.*
Karl Schulze, Brüderstr. 8

Elektrisches Lichtbad
R. Neugebauer, Klostergasse 2/4.
Geöffnet für Herren: 9-12,
2-8 Uhr, Sonntags 9-1 Uhr;
für Damen: wochentags 10-12,
3-8 Uhr. Fahrstuhl im Hause.

Weltmarke Naether



POPP
Panorama.
neben der Markthalle.
Kinderwagen 18 bis 70 Mk.
Sportwagen 5 bis 48 Mk.
Kinderstühle, Klappstühle.
Auswahl keineswegs auch
nur annähernd erreicht.
Morgen Neust-Sonntag 11-6 Uhr offen.

Kostenlos

werden sämtliche Möbel bis zum Abruf **aufbewahrt**, welche Sie schon jetzt zum bevorstehenden Umzug kaufen, und ist es nur von grossem Vorteil für Sie, wenn Sie schon jetzt die nötigen Möbel, welche Sie brauchen, auswählen. [15280]

Nur die Masseneinkäufe für viele Filialen ermöglichen es mir, meinen Kunden so grosse Vorteile zu bieten.

Beachten Sie folgendes äusserst vorteilhaftes Angebot:

von Mk. 3 Anzahl. an pro Stück	von Mk. 4 Anzahl. an pro Stück	von Mk. 7 Anzahl. an 1 Zimmer
1 Tisch	1 Spiegelschrank	von Mk. 15 Anz. an
1 Bettstelle	1 Küchenschrank	2 Zimmer
1 Matratze m. Kiss.	1 Kleiderschrank	von Mk. 25 Anz. an
1 Spiegel	1 Wäscheschrank	3 Zimmer
3 Stühle	1 Sofa	
1 Waschtiselle	1 Chaiselongue	
1 Unterbett	1 Oberbett	
2 Kopfkissen	1 Kinderwagen	
1 Kommode	4 Stühle.	
1 Regulator.		

Eleganteste Einrichtungen

zu den bequemsten Teilzahlungen nach Ueberreinkunft.

Ferner mache ich Sie aufmerksam auf mein reichsortiertes Lager in

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

1 Anzug von Mk. 2 Anz. an	1 Anzug v. Mk. 10 Anz. an
1 Anzug " " 5 " "	1 Ueberzieher " " 6 " "
1 Anzug " " 7 " "	1 Damenjackett " " 3 " "
1 Kostüm " " 5 Anzahlung an	
1 Kostüm-Rock " " 3 " "	
1 Bluse " " 3 " "	

Manufakturwaren, Schuhwaren etc.

S. Osswald

Königsplatz 7, I.-III. Et., gegenüb. der Markthalle.

☛ Sonntag von 11 bis 7 Uhr geöffnet. ☚

18000 Paar wochentl. Anfertigung
110 pigene Filialen

Marke Turul
PROBIEREN GEHT ÜBER STUDIEREN
Spezial-Marke = Original =
Goodyear Welt
6 50 Mark Jedes Paar
9 50 Mark Jedes Paar

UNÜBERTROFFEN IN ELEGANZ HALTBARKEIT u. PASSFORM
ERSATZ FÜR HANDARBEIT IN GUTEN LEDERSORTEN

ALLEIN-VERKAUF nur

Leipzig = Hainstr. 28

Schuhfabrik „TURUL“
ALFRED FRÄNKEL
COMMAND. GESELLSCH.

Von heute Nachmittag 5 Uhr an
Neu! Gröföffnung Neu!

Neuestes Unternehmen.

Hamburger Fisch-Haus-Stände

Für billigeren Verkauf von Fischwaren zu Engros-Preisen an die Detail-Kundschaft.

Das hier in Leipzig und Vororten fast ausschließlich nur in Hauskuren neugegründete Unternehmen soll den Zweck verfolgen, in Anbetracht der hohen Preise der übrigen Nahrungsmittel,

unser nahrhaftestes und wohlgeschmeckendes
Volksnahrungsmittel: den Fisch

billiger als wie bisher in den Handel zu bringen.

Eigene Einkäufer an den gröfieren Hafenstädten.

Direkter Bezug von den Fangplätzen in Waggonladungen.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Es laufe daher jeder seinen Bedarf an den
Hamburger Fisch-Hausständen!

Heute werden eröffnet:

Bährische Strasse 43	Kenferer Halleische Strasse 47
Gerberstrasse 33	Dredner Strasse 63
Merseburger Strasse 37	Sternwartenstrasse 33
Eisenbahnstrasse 102	Stötterich, Leipziger Strasse 2
Eisenstrasse 59	Windenu, Markt 2, Ede Auf-
	turmstrasse

Weitere Fisch-Hausstände werden in den nächsten Tagen eröffnet und in den Tageszettungen bekanntgegeben.

Angebote von Hauskuren und kleineren Läden in besserer Geschäftslage werden an den Hausständen entgegengenommen.

Curt Arndt, Leipzig

Ranstädter Steinw. 33
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Uhren u. Gold-
waren aller Art
sowie Reparaturen an
Uhren u. Gold-
waren billigst bei
sauberst. Ausführung
Optische Artikel.

Zahn-Atelier

Minna Torton
Blücherstrasse 45, I. Tel. 10875.
Röntg.-Röhre v. 1.25 Mt. an.
Plomben v. 1 Mt. an. Reparatur.
Sofort. Bill. Preise. Schmerzlos.
Schonende Behandlung. Filiale:
Go., Pegauer Str. 5, I. 18637
Teilzahlungen gern gestattet.
Faust I. und II. Teil, in
Goethe. Liebhaber-Einbd. 1 Mk.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen

„Sofort“

Schuhmacher - Werkstätten für alle
Schuh-Reparaturen.

Neu! Grüne Sohlen „Marke Gollath“ Neu!
Alleinige Vertriebs-Werkstatt für Leipzig
14 Kurprinzstrasse 14.

Leipziger Angelegenheiten.

Geschichtskalender. 28. August 1845: Der holländische Gelehrte und Staatsmann Hugo Grotius (eigentlich de Grot) in Rotterdam gestorben. 1749: Johann Wolfgang von Goethe in Frankfurt a. M. geboren. 1802: Der Dichter und Germanist Rari Simrod in Bonn geboren. 1812: Der Aquarellmaler Rudolf Alt in Wien geboren. 1841: Der Humorist Julius Stinde in Kitzbühel (Böhmen) geboren. 1859: Der englische Schriftsteller James Henry Leigh Hunt in Putney gestorben. 1862: Garibaldi gefangen.

Sonnenaufgang: 5,5, Sonnenuntergang: 8,57. Mondaufgang: 6,12 nachm., Monduntergang: 12,34. vorm. Wetter-Prognose für Sonntag, den 29. August: Schwache Südwestwinde, heiter, wärmer, trocken.

Landtags-Wählerlisten.

Nach einer Bekanntmachung des Rates der Stadt Leipzig in der vorliegenden Nummer liegen die Wählerlisten für die Wahl von Abgeordneten für die 7 Landtagswahlkreise der Stadt Leipzig vom 3. bis mit 9. Septembers und zwar an den Wochentagen, mit Ausnahme des Sonnabends, von 8 Uhr vormittags bis 1/2 1 Uhr mittags und von 3 bis 1/2 7 Uhr nachmittags, Sonnabend, den 4. September, ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonntag, den 5. September, ebenfalls ununterbrochen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Wir empfehlen unseren Genossen dringend, in diesen Tagen nachzusehen, ob ihr Name in den Listen enthalten und die Zahl der Stimmen richtig eingetragen ist. Um die ganze Erbärmlichkeit des neuen Systems nachzuweisen, ist es erforderlich, daß jeder Wähler auch sein Wahlrecht ausübt. Wer aber nicht in der Wählerliste steht, geht seines Wahlrechts verlustig.

Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten müssen bis zum 16. September gemacht werden.

Sonntagsspaziergänge in Leipzigs weiterer Umgebung.

XIV.

Wälder im Norden und Nordosten. 2. Die Annaburger Heide.

Schon immer, wenn ich die Karte studierte und Reisepläne schmiedete, hatte mich die große grüne Fläche nördlich von Torgau angezogen. Die Schwierigkeiten, in einem Sonntage dorthin zu kommen, die großen Entfernungen auf Schusters Rappen zu durchmessen und dann auch noch wieder am Abend zu Hause zu sein, schienen unüberwindbar.

Nun gut, dann machen wir es ein klein wenig anders, wir hängen den Sonnabendabend noch daran, übernachten in Torgau, sind dann in aller Herrgottsfröhe schon in „Osteböten“ und dann wird es gehen. Und es ging — wie bei jeder schwierig erscheinenden Sache, wenn man sie nur fest anpackt, dann ist sie schon halb getan. Freilich, von vornherein sei es gesagt, dies Unternehmen: von Torgau aus, durch die Annaburger Heide nach Annaburg und von dort nach Mahdel und Herzberg zu wandern, ist keine Kleinigkeit. Wer das unternimmt, muß Energie besitzen, für die Bequemem und Fußsaulen liegen hier „Fufangeln und Selbstschiffe“.

Es hatten sich zu dieser Tour also auch nur drei Kameraden bereitfinden lassen. Wir fuhren Sonnabend 6 Uhr 30 Minuten vom Eilenburger Bahnhof aus über Taucha-Eilenburg nach Torgau. Kurz nach 8 Uhr langten wir dort an, durchwanderten die Stadt, die in den neu angelegten Vierteln fast großstädtisch anmutet. Wir trachteten natürlich der Elbe zu, sicherten uns zunächst in deren Nähe in einem Gasthose eine Lagerstätte, und dann schlenderten wir, im Dunkel der Nacht, bei prachtvollem Sternenhimmel, gemächlich am Strome hinunter, dann wieder hinauf bis zur großen Elbbrücke. Auf einer Steinbank, auf einem Rondel der Brücke, saßen wir wohl eine Stunde lang. Das war eine echte Erbauungsstunde. Ueber uns der glänzende Sternenhimmel, mit dem glühenden, geheimnisvollen Gürtel der Milchstraße, alles so klar und rein, wie man es in Jahren vielleicht nicht wieder sieht. Unter uns der bedeutende Elbstrom, schwarz und unbeweglich scheint seine Fläche zu sein, nur das Gurgeln an den Brückenpfeilern verrät das ewige Leben des Wassers. So liebe ich mit meine Andachten, zwanglos, hier ein Vertiefen in die unendlichen Gründe von Raum und Zeit, dann wieder einmal das Behagen am freudigen Leuchten eines Kinderauges; ein farbenprächtiges Abendrot und tausenderlei andres. — Was ist dagegen Priestergeplärre und Moralistenpredigerel. —

Wir gingen gegen 11 Uhr nach Hause, still und verschlafen lag die Stadt da. Die Provinzler haben noch die Angewohnheit, fast mit dem Dunkelwerden ins Bett zu gehen, ihr „Nachtleben“ besteht im Schlafen. Deshalb gibt es hier wohl auch weniger Nervöse. Wir Großstädter sind aber sicher die „Fortgeschrittenen“.

Am Sonntag morgen unternahmen wir einen Rundgang durch die Stadt. Sie bietet allerhand Merkwürdiges, ein stattliches Rathaus, alte Bürgerhäuser, vor allem aber, das Stadtbild beherrschend und verschönernd, das Schloß Hartenfels. Dieser stattliche Bau erhebt sich dicht am Ufer der Elbe und spiegelt sich in den Fluten des Stromes. Das Schloß war ehemals Sitz der sächsischen Kurfürsten und ist unter deren Herrschaft auf das prächtigste hergerichtet worden. Hier war oft der Schauplatz höchsten höflichen Glanzes, z. B. berichtet der Chronist, daß im Jahre 1500 bei einer fürstlichen Hochzeit in Torgau 11 000 Menschen

zu speisen und 7000 Pferde zu füttern waren. Bei einer andern Hochzeit im Jahre 1527, an der auch Luther teilnahm, wurden sogar 31 000 Menschen gespeist. Daß dabei auch tüchtig gefessen wurde, versteht sich von selbst. Bei der letztgenannten Hochzeit ermahnte Luther den Herzog von Lüneburg, „die Fürsten sollten dazu tun, daß die Böllerei abnehme“. „Grad weil wir so viel dazu tun, deshalb wird es nicht anders“, antwortete dem Sinne nach der trinkfeste Herzog. Wenn in unsern Tagen davon geredet worden ist, daß ein Student, der Limonade trinkt, nicht voll gift, so kann man von den deutschen Fürsten des Mittelalters sagen: es gab fast keinen, der nicht soff. Heute dient das frühere Fürstenschloß dem Militarismus, es ist eine Kaserne daraus geworden.

Wir trennen uns von Torgau und beginnen um 8 Uhr unsere große Wanderung. Wir gehen durch die Dörfer Zwickau und Rosenfeld nach dem großen Walde zu, der das eigentliche Ziel unserer Reise ist. Die Gegend, die wir durchschreiten, ist ganz und gar „ostelbisch“. Große Rittergüter, hochragende Brennersteinsteine, im Auto dahersausende stierartige, hochschnobliche, notleidende Großgrundbesitzer, ein Heer kümmerlich aussehender ährenlesender Frauen und Kinder auf den Stoppelfeldern; in den Dörfern gewaltige Rittergutsgebäude, daneben der wohlgepflegte Gutspatz, und weiter seitwärts die Arbeiterhäuser. — Es ist die Zeit des sogenannten Gottesdienstes, der jedoch bei den Gutsarbeitern im Dreschen ihres Deputatsgetreides zu bestehen scheint. Im monotonen Flegel-Zwei- oder Dreitakt klingt es aus den Arbeiteranlagen heraus. Kein Wunder, daß die armen, ewig gequälten Lohnklaven des Großgrundbesitzes verlangende Blicke nach uns modernen Reizeunern herüberwerfen. Verlangen nach Freiheit, die ihnen so kärglich bemessen ist, lag in ihren Augen.

Wir hatten im Dorfe Rosenfeld, kurz vor dem Eintritt in den großen Wald, noch unsere Thermosflaschen voll Trinkwasser gefüllt, und so waren wir zu dem Marsche wohlgerüstet. Die Annaburger Heide oder Lothauer Heide, wie sie früher hieß, ist ein respektables Stück Wald, 20 Kilometer lang und 12—15 Kilometer breit. Wir brauchten 4 Stunden, um die 15 Kilometer Waldstrecke von Rosenfeld bis Annaburg zurückzulegen. Der Boden ist durchgängig feiner weißer Sand, und deshalb ist es auch nur die Kiefer, die hier in der Hauptsache fortkommt. Nur in verschwindender Anzahl sind in dem etwas wasserreicheren östlichen Teile Eichen und Buchen vertreten. Dieser Wald ist so still und weltentlegen, daß wir auf unserm Wege nur vier Menschen begegneten, ja, daß wir sogar riskieren konnten, direkt an der Straße im Sande ein Sonnenbad zu nehmen. Es waren ja keine pruden Großstadtmenschen zu gewärtigen, die sich hätten sittlich entrüsten können. Gegen 2 Uhr kamen wir in dem Städtchen Annaburg an. Annaburg, früher Lothau geheißene, ist jetzt ziemlich eintönig, während es in kurzlebigster Zeit ein großes Ansehen und große Lebhaftigkeit aufwies. Der Kurfürst August und seine Frau Anna ließen hier ein bedeutendes Schloß errichten, mit großem Aufwand wurde sogar ein Kanal von der Schwarzen Elster herübergeleitet, damit genügend Wasser in den Garten- und Parkanlagen des Schlosses vorhanden sein sollte. Die Stadt erhielt von da an den Namen Annaburg. Heute dient das Schloß als Unterkunftsraum für eine preußische Unteroffizierschule. — Nicht nur Wälder, wie das Sprichwort sagt, haben oft merkwürdige Schicksale — auch den Gebäuden geht es so.

Wir nahmen auf dem Marktplatz in Annaburg an einem Brunnen coram publico, d. h. vor versammelter Kinderchar: eine große Generalreinigung der verstaubten Füße und des Gesichtes vor. Die kleinen Zuschauer bekamen zum Lohn für ihre Aufmerksamkeit jedes einen Cakes — und waren sehr überrascht davon.

Gegen 1/2 3 Uhr traten wir den zweiten Teil unserer großen Waldwanderung an. Immer durch Wald — Wald und abermals Wald. Von Annaburg nach der Waldkolonie Sphernd, die aus einigen ärmlichen Häusern besteht, an einer Försterei vorüber, kamen wir 1/2 7 Uhr in dem Dorfe Mahdel an. Dieses Heidedorf bietet so sattjam malerische Motive, daß es schade war, das wir gerade heute keine Kodak bei uns hatten. Hier gibt es noch eigentümlich gebaute Fachwerkhäuser, sogar die Kirche ist ein Fachwerkbau. Neben der Kirche steht ein stammhaftes Holzgerüst, das wir anfänglich für ein Feuerwehrturm hielten — es war jedoch eine Art Glockenturm, der zur Kirche gehörte.

Wozu nun diese armen Heidebauern, die mit unsäglichen Mühen dem dürftigen Boden den kümmerlichsten Lebensunterhalt abringen müssen, überhaupt eine Kirche und einen Pfarrer brauchen, ist mir direkt schleierhaft.

Von Mahdel gingen wir nach dem Staatsbahnhof Herzberg und fuhren um 7 Uhr 32 Minuten über Falkenberg-Torgau-Eilenburg-Taucha nach Hause. Ankunft 9 Uhr 58 Minuten abends. Fahrpreis hin und zurück 4. Klasse 2 M. 80 Pfg.

Das Luftschiff Zeppelin III

musste, wie wir gestern bereits mitteilten, der Not gehorchend, bei Ostheim in Mittelfranken zwecks Wasseraufnahme landen. Dann ist es bis Nürnberg gefahren, um dort eine Reparatur an dem defekten Motor vorzunehmen. Erst heute früh 2 Uhr 15 Minuten konnte das Luftschiff wieder aufsteigen. Ueber die Weiterfahrt liegen folgende Meldungen vor:

Nürnberg, 28. August. Der Z. III ist um 2 Uhr 15 Minuten morgens wieder aufgestiegen und über Schwanenbuck in nordöstlicher Richtung abgefahren. Der neue Motor wurde vor der Abfahrt über eine Stunde lang ausprobiert und zeigte durchans befriedigende Resultate. Nach Einnahme des nötigen Proviantes erhob sich das Luftschiff und schlug sofort die angegebene Richtung (nach Bayreuth) ein. Das Wetter ist trocken. — Trotz des schlechten Wetters hatte sich gegen Mitternacht eine große Menschenmenge auf der Landungsstelle eingefunden. Das Luftschiff hob sich vom nächtlichen Himmel noch gewaltiger als bei Tageslicht ab. Als um 12 Uhr 40 Minuten die Motoren angetrieben wurden, begriffte die Volksmenge dies mit lautem Jubelgeschrei. Die Abfahrt verzögerte sich aber noch bis nach 3 Uhr. Die Anwesenden blieben trotz der fühlbar kühlen Witterung auf der Landungsstelle.

Bayreuth, 28. August. Seit ein Viertel 7 Uhr war Z. III in Sicht. Um 7 Uhr war er über der Stadt, wo er längere Zeit manövrierte. Er warf eine Kugel aus, adressiert „An die Kugelfabrik in Friedrichshafen“. Das Luftschiff ist in der Richtung nach Hof in äußerst langsamer Fahrt in den Wolken verschwunden.

Bayreuth 28. August. Oberingenieur Dürr warf eine Karte aus der Gondel mit folgendem Inhalt: 7 Uhr 3 Min. über Bayreuth, alles glatt, an Bord alles wohl. Dürr.

Bayreuth, 28. August. Z. III war schon sehr früh hier und fuhr in der Richtung gegen die Rönigshöhe im Fichtelgebirge. Von dort kehrte es um, wie man hier annimmt, weil es merkte, daß es die Richtung verfehlt hatte. Es erschien wieder über Bayreuth. Hier machte es nochmals eine Wendung, führte dann einige Manöver aus und warf 7 Uhr 3 Min. die Karte herab. Darauf trat es die Weiterfahrt an. Es herrscht starker Gegenwind, die Motore arbeiten gut.

Hof in Bayern, 28. August. In langsamer sicherer Fahrt fuhr Z. III um 10 Uhr 27 Min. in der Richtung nach Plauen. Mit der Aufheiterung des Wetters wand in Hand ging ein heftiger Nordwestwind, welcher das Luftschiff in der Gegend von Mühlberg wiederholt dem Fichtelgebirge zutrieb. Um 10 Uhr gelang es dem Z. III den Kurs auf Hof wieder zu gewinnen und zu behaupten.

Hof in Bayern, 28. August, 10 Uhr 28 Min. Z. III fährt soeben in Hof ein. Er hat kolossalen Gegenwind gehabt.

Plauen im Vogtland. Um 12 Uhr wurde Z. III über Plauen gesichtet.

Bierkrieg.

Der Bierkrieg ist nun nach unerhörten Provocationen und Verschönerungen der Gastwirte durch die Brauereien diesen offiziell erklärt worden. Der Kampf, den zu vermeiden gerade die Gastwirte kein Mittel unversucht gelassen hatten, ist nun doch Wirklichkeit geworden. Die moralische Verantwortung für seine Opfer fällt den starksinuligen Brauereien zu, die sich in ihrer Profitstucht zu keinem Zugeständnis, weniger als 21 Pf. für das Hektoliter Bier zu verlangen, herbeiließen. Damit ist auch die Stellung der Arbeiterschaft gegeben, die alle Mittel anwenden wird, um den Wirten zum Siege zu verhelfen.

Die unsere Leser wissen, hatte die Handelskammer eine Einigungsverhandlung zwischen Brauereien und Wirten abgeseht. Darauf hatten sich die Wirte nochmals an das Gewerkschaftsamt und die Parteileitung gewendet, die aber vorläufig noch ein Eingreifen in den Lauf der Dinge ablehnen wollten. Und nun erniedrigte sich, wie nur zu richtig von dem Referenten in der gestrigen Draehenschloßversammlung selbst gesagt wurde, das Aktionskomitee der beiden Wirtschaftsorganisationen dazu, nochmals Verhandlungen mit den Brauereien anzubahnen. Unter den heftigsten Vorwürfen über „Beunruhigung der Konsumentenkreise“, über „die zwecklosen Versuche in den Versammlungen, alle Erbitterung gegen die Brauereien zu sammeln und zu wecken“, wies der Brauereiverein jede Verhandlung brüsk zurück. Nicht bezeichnend ist in dem Schreiben der folgende Absatz:

„Wir haben von Anfang an versucht, ohne Aufreizung der Öffentlichkeit unter den beteiligten Gewerben eine Verständigung herbeizuführen.“

Damit haben die Brauereien ihre sauberen Pläne bloßgelegt. Sie wollten im Verein mit den Gastwirten die ganze Steuer und einen unerhörten Zuschlag als Profit für die Brauereien, und vielleicht auch für die Gastwirte, auf die Masse der Konsumenten wälzen. Die Gastwirte hatten erkannt, daß das nur den entschiedenen Widerstand der Arbeiterschaft herausfordern mußte und daß es für sie, wenn es schon zum Kampfe kommen sollte, besser war, mit, als gegen die Arbeiter zu kämpfen.

Mit diesem Schreiben der Brauereien wurde den Gastwirten der Beschuldigung vor die Füße geworfen. Die Wirte mußten ihn aufheben, wollten sie nicht jede Selbstachtung verleugnen. Die Aktionskommission der Gastwirte zog diese Konsequenz, sie schlug der gestrigen Versammlung folgende Resolution vor:

Die heute am 27. August 1909 im Saale des Schloß Draehenschloß in Leipzig-Gohlis tagende Gastwirtsversammlung erkläre in dem Abbruche der Verhandlungen in Sachen der Brauenerhöhung durch die Brauereien eine Herausforderung zum Kampfe und erkläre hiermit alle bisher gepflogenen Einigungsverhandlungen für hinfällig.

Die Versammelten erwarten nun von den Kollegen, daß sie nur Bier zu den alten Preisen kaufen und verkaufen. Gleichgültig erwarten die Versammelten von den Konsumenten, daß sie den aufgezweigten Kampfe unterstützen und alle Wirte, die zu neuen Preisen kaufen und verkaufen, oder kleinere Gläser eingeführt haben, meiden.

Nicht interessante Dinge über das Vorgehen der Brauereien wurden in der Debatte bekannt gegeben. So soll die Firma Albeck u. Co. der Maschinenfabrik Rirchner u. Co. einen Abschluß auf 400 Hektoliter zum Preise von 17,80 Mark vorgeschlagen haben. Die Arbeiter bei Rirchner beschloßen aber, Orimmales Bier zu konsumieren. An einer anderen Stelle hat Albeck das Flaschenbier zu 20 Mark für das Hektoliter geliefert. Auch die Brauerei Bauer liefert Flaschenbier an Gartenvereine zu den alten Preisen. In der Stöhrschen Spinnersollte der Preis für die Biersechthelflasche von 10 auf 12 Pfg. erhöht werden. Die Arbeiter kauften deshalb kein Bier mehr. Da erschien dann der Direktor Raumann im Kontor und am folgenden Tage wurde das Bier zu den alten Preisen verkauft. Das sind alles Beweise dafür, daß die Brauereien noch nicht am Rande des Abgrunds stehen, wie sie glauben machen wollen, und daß sie die Vorkämpfer der Gastwirte nur aus Profitstucht abgelehnt haben. Es gibt auch einzelne Brauereien, die jetzt schon Konzessionen gemacht haben.

Allerdings waren sich auch die Gastwirte nicht durchaus einig. Besonders eigentümlich waren zumal die Ausführungen des Gastwirts Heyne in Stötteritz, der da meinte, die Gastwirte dürften diesen Kampf nicht führen, weil durch ihn die Interessen einzelner Wirte geschädigt würden und manche überhaupt ruiniert werden würden. Das sei eine Selbstentmannung, kein Kampf zur Hebung der Lage der Gastwirte. Er werde gegen die Resolution stimmen, sich aber dem Beschlusse der Versammlung fügen. Ihm traten einige andre Redner energisch entgegen.

Schließlich wurde die Resolution des Aktionskomitees in namentlicher Abstimmung mit etwa 1100 gegen 2 Stimmen angenommen.

Öffentlich führen die Gastwirte den so einmütig gefassten Beschluß auch fest und energisch durch. An der Unterstützung durch die Arbeiterschaft wird es ihnen dann nicht fehlen.

Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß einige hiesige Wirte sich an das Bürgerliche Brauhaus in Saalfeld zwecks Bierlieferung wandten und daß diese Brauerei beabsichtige, 40 bis 60 Hektoliter nach Leipzig zu verladen. Die Brauerei wünschte von uns eine Verächtigung, daß sie 40 bis 60 Hektoliter Bier nicht nach Leipzig verfrachtet habe. Unser Gewärdsmann äußert dazu: Es haben Verhandlungen mit Leipziger Wirten geschmeht, auch sind Bierproben nach dort geschickt worden. Wenn die angegebene Menge nicht nach Leipzig abgegangen ist, so werde ich dies nur Ihrem sofortigen Einreise zu.

Auch an zahlreichen andern Orten spitzt sich der Kampf zwischen Brauereien und Wirten immer mehr zu. So in Köln. Die Vereinigung der Brauereien von Köln und Umgebung teilte der Kölner Wirtvereinigung mit, daß die Beschlüsse der Einigungs-Kommission, die unter Vorsitz des Syndikus der Kölner Handelskammer, Professor Wirminghaus, gefaßt wurden, von den Brauereien nicht angenommen wurden. Die Mitteilung der Brauereien rief in der Wirtvereinigung große Entrüstung hervor; man will nunmehr auch von dem bisherigen Angebot zurücktreten und nur die durch die Biersteuer bedingte Erhöhung bezahlen.

Am Rheinlande greift der Bierboykott auch immer weiter um sich. Er ist beschlossen worden, in Duisburg, Opladen, Annen, Düsseldorf, Bottrop und Dortmund. Teilweis hat der Boykott bereits den Erfolg gehabt, daß die Wirte die angekündigte Preiserhöhung wieder zurückgezogen. In Saarbrücken wurden die Wirte ebenfalls genötigt, den Preis wieder um 2 Pf. zu erniedrigen. Auch in Ottweiler haben die Brauereien den Ausschlag zurückgenommen. Ein Boykott wurde endlich verhängt in Osnabrück. In Hamm i. Westf. ist der Bierkrieg beendet. Die Wirte haben sich zum größten Teil veranlaßt gesehen, zu den alten, niedrigen Preisen wieder zurückzukehren, da während der kurzen Zeit, wo die Bierpreiserhöhung in Kraft ist, die meisten Stammgäste ausgeblieben sind.

In Straßburg i. E. ist ebenfalls ein Bierkrieg in Sicht. Dort, wo das Bier nicht weniger als dreimal belastet ist: durch Reichbrausteuer, Landesbrausteuer und städtisches Oktroi, haben die Brauereien beschlossen, auf den Dekoliter Bier 2 Mark aufzuschlagen. Das Flaschenbier soll im Preise nicht erhöht werden. Die beiden Straßburger bürgerlichen Wirtvereine fordern sämtliche Wirte auf, jeden Preisausschlag zu verweigern, der von den Brauereien verlangt wird.

Einen wirksamen Kampf gegen die unverschämte Bierverteuerung führen auch die Braunschweiger Arbeiter. Sie haben das an Fabriken und Arbeitsplätze gelieferte Bier, das verteuert wurde, zurückgewiesen.

Die Firma Krupp in Essen, die sich mit ihren sozialen Taten immer so sehr rühmt, zwingt die Arbeiter zum Alkoholgenuß. Die Firma hatte auf ihrem Werk, in ihren Kantinen und ihren vielen Konsumanstalten den Flaschenbierpreis pro Flasche von 14 auf 17 Pf. erhöht. Dabei spekulierte die Firma auf einen jährlichen Mehrertrag von 75 000 bis 100 000 Mark. Die Sache ist aber anders gekommen. Es wurden im ganzen kaum 30 bis 40 Flaschen täglich verkauft. Als Ersatzmittel kauften die Arbeiter Selterswasser, das für 5 Pfennig pro Flasche zu haben war. Jetzt hat nun die Firma Krupp durch Anschlag verkündet, daß sie den Preis des Selterswassers auf 10 Pf. heraufgesetzt habe, um den „Schaden“, den sie durch den verringerten Bierkonsum erlitten hat, wieder zu decken.

Schlimme Folgen eines ungenügend frankierten Briefes. Der Werkmeister einer Schokoladenfabrik war vom Gewerbeamt Leipzig-Stadt durch Verschämungsurteil zur Zahlung von 150 Mk. Entschädigung an die Firma Schwarz u. Große verurteilt worden, weil er seine Stelle nach 14 Tagen ohne Kündigung wieder verlassen hatte. Der Werkmeister war nach Danzig übergesiedelt, woher er gekommen war. Er legte gegen das Urteil zwar rechtzeitig und schriftlich Revision ein,

aber der Brief war ungenügend frankiert, und beim Rat der Stadt herrscht die Gepflogenheit, kein Strafporto zu zahlen. Der Brief wurde also nicht angenommen und ging zurück. Hierdurch war aber die Berufungsfrist verstrichen und der Berufte hatte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. In einem Schreiben bekannte er sein Unrecht, entschuldigte sich aber damit, daß es ihm unmöglich gewesen sei, zwei Haushalte zu bestreiten. Der Inhaber der klagenden Firma, Herr Richard Thamm, war nicht zu bewegen, im Wege des Vergleichs von seiner Forderung etwas abzulassen. Das Gericht hatte sich daher mit dem Antrage auf Wiedereinsetzung in den früheren Stand zu befassen und kam zur Ablehnung des Antrages. Der Stadtrat sei zur Annahme ungenügend frankierter Briefe nicht verpflichtet. Es liege nach Lage des Falles weder ein unabwendbarer Zufall noch ein Naturereignis vor, wodurch der Antrag begründet gewesen wäre. Der Werkmeister ist also endgültig verurteilt, weil er seinen Brief nicht genügend frankiert hatte.

Nochmals ein prügelnder Bäckermeister. Vom Verband der Bäcker und Konditoren wird uns geschrieben: Noch ist man über die Behandlung des Lehrlings von Bäckermeister Oskar Lindner, Connewitz, Eisteinstr. 35, erregt, als schon wieder eine ähnliche Erziehungsmethode des Bäckermeisters Georg Winkler, Eisenbahnstr. 14, bekannt wird. Der Lehrling wurde ebenfalls von seinem liebevollen Meister demaskiert, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Es waren, durch Stoßschläge in den Nacken verursacht, Wunden entstanden, die vom Arzt verbunden werden mußten. In beiden Fällen hat die Innungskrankenkasse Arzt und Apotheke zu bezahlen, wir möchten uns nun doch die naive Anfrage erlauben, wie sich dazu der Vorstand der Innungskrankenkasse stellt, da doch bei derartigen Fällen auch die Gesellen mit ihren Beiträgen zur Krankenkasse die Leidtragenden sind. Oder ist gerade wegen solcher Fälle die Innungskrankenkasse notwendig?

Kosmos-Theater. Eine recht eigenartige Vorstellung wird in dieser Woche im Kosmos-Theater gegeben. Unter dem Titel „Farbige Künstlerzeichnungen“ wird einmal das Kapitel des Wandschmucks behandelt. Farbige Lichtbilder erläutern die in der neuesten Zeit zutage getretenen Bestrebungen, auch das Heim des Minderbemittelten künstlerisch auszustatten. Außerdem ist das Theater und die an der Straßenseite liegende Schauhalle mit Wandbildern ausgeschmückt, so daß jedermann sich über die neue Art des Zimmer schmucks orientieren kann. Unter den Filmbildern ist es vor allem das Melodrama „Mozarts Tod“, das den Zuschauer interessieren dürfte. Dieses Filmbild schildert so recht die Leiden und Entbehrungen des arm geborenen Künstlers. Mozart, krank und erschöpft, hat noch bis zum letzten Augenblicke um das tägliche Brot sorgen müssen. Ergreifend ist es, wie er noch an seinem berühmten Werke, dem Requiem, arbeitet, bis der Tod seinem Schaffen Halt gebietet. Die künstlerische Musikbegleitung zu diesem Bilde, Rezitationen aus den Werken Mozarts, erhöht die Wirkung des Bildes. Ve-

sonders erwähnenswert sind weiter noch die Bilder „Eine Fahrt in der Schweiz“, „Historische Burgen an der Raire, Rheinhagen und Umgebung“, „Fahrt in einem Luftschiffboot um das Filmbild Juppelins Fahrt nach Berlin wird, soweit ein solches überhaupt zustande kommt, sofort nach Erscheinen vorgelegt.“

Geheimnisvoller Tod. Gestern Abend kurz nach 9 Uhr ließ ein Schuhmann auf einer Bank des Ostplatzes die 35 Jahre alte Schriftsetzerwitwe Anna Maria Rebrich, in E.-Mühlstr. 27 wohnhaft, in anscheinend schwerem Zustande. Der Beamte brachte die Frau, die kaum noch reden konnte, in das Krankenhaus, wo man sah, daß sie eine etwa 18 Millimeter breite Stichwunde in der linken Brustseite hatte. An der Wundöffnung, die anscheinend mit einem Holzgeräten-Instrument ausgeführt worden ist, ist die Frau noch gestern Abend verstorben. Nach den wenigen Angaben, die die Verletzte zu machen noch imstande war, hat ein Mann im Johannistal ihr den Stich beigebracht. Es scheint, als sei die vermeintliche Tat ein Nachakt an der Frau gewesen.

Ueberrfahren wurde heute früh in der Koburger Straße eine Arbeiterin aus Connewitz durch ein zweispänniges Aufschweißgerät. Die Arbeiterin erlitt außer starken Hautabschürfungen anscheinend auch innere Verletzungen. Sie wurde in ihre Wohnung in der Pegauer Straße gebracht und einem Arzt zur Behandlung übergeben.

Verunglückt ist beim Abladen von Brettern im Westen ein Tischlergeselle dadurch, daß ein Stoß Bretter ins Rückenland und er darunter zu liegen kam. Er erlitt außer der Quetschung des Brustkastens einen Armbruch.

Durchgegangene Pferde. Heute vormittag gingen in der Arndtstraße die Pferde eines leichten Geschirrs durch. In der Kaiser-Wilhelm-Straße wurde eine Dame zur Seite geschleudert, wodurch sie Verletzungen erlitt.

Durch Erhängen hat gestern ein 59 Jahre alter Privatsekretär von hier in seiner Wohnung in der Sternwartenstraße seinem Leben ein Ende gemacht. Der Beweggrund ist noch nicht aufgeklärt.

Verstirbt wird seit dem 25. August der 16-jährige Handlungslehrling Arthur Kurt Weber aus Seltzerhausen. In einem an seinen Chef gerichteten Briefe hat der junge Mensch die Kräfte ausgesprochen, sich in der Nähe von Burzen erschließen zu wollen. Weber ist untermittelgroß, schwächlich, hat dunkelbraunes Haar, gefundenes Aussehen, graue Augen und trägt einen grau gemusterten Jacketanzug, rote Schültermütze und Stiefelchen.

Verhaftet wurde wegen zahlreicher Verwilderungen und Unterschlagungen ein 32 Jahre alter Provisionsreisender aus Hameln. Er ist selbst gekleidet hat ein 33 Jahre alter Buchhalter, der in einem hiesigen Geschäft angestellt gewesen ist und nach und nach etwa 3000 Mk. unterschlagen hat.

Nächtliche Einbrüche wurden in einem Laden der Eisenstraße und in einem Lokale der Burgener Straße verübt. Die Einbrecher haben eine Anzahl Geldtäschchen und eine größere Menge Zigaretten, ferner einen Gelbbetrag, Zigaretten und Getränke entwendet. Weiter stahlen Diebe aus einem Lagerraum im Wühlke 4 Dugend schwarze Regenmäntel, 180 Stück Wollwammen, sowie 3 Stück Otterfelle im Gesamtwerte von 400 Mk. aus einer Wohnung in der Fichtestraße eine goldene Damenuhr mit Schlüsselaufzug und langer goldener Kette und ein silbernes Armband, ferner von einem Rollgeschirre eine Kiste mit Zigaretten im Werte von über 300 Mark.

Wir empfehlen in bedeutender Auswahl:

Herren-Jackett-Anzüge	von	12 ¹ / ₄ -48
Herren-Paletots u. Ulsters	von	10 ¹ / ₂ -45
Gehrock-Frack-u.Smoking-Anzüge	„	23 ¹ / ₂ -57
Sport-Anzüge mit langen und kurzen Hosen	v.	14 ¹ / ₄ -38
Loden-Pelerinen, Gummi-Mäntel	v.	8 ¹ / ₄ -24
Ein Posten Herren-Beinkleider	von	1 ¹ / ₄ an
Ein Post. Fantasie u. Seid.-Westen	v.	2 ¹ / ₄ an

Aus letzter Wintersaison:
Winter-Paletots, Winter-Joppen, Kragen-Mäntel mit 20% Rabatt!

Arbeitskleidung für jed. Beruf!

4 spottbillige Ausverkauf-Tage!

Gebr. Rockmann

Inhaber: Gottfried Hühne
L.-Reudnitz, Dresdner Str. 73-75
Strassenbahn-Haltestelle: Reudnitzer Depot

Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch
verkaufen wir, um vor dem Eingange der neuen Herbst- und Winterwaren möglichst zu räumen, zu folgenden ganz enormen Preisermäßigungen:

A. Sämtliche vorhandene Hochsommer-Konfektion mit 25% Rabatt
B. Sämtliche vorjährige Winter-Konfektion 20% „
C. Sämtliche moderne Konfektion aus letzter Saison „ 15% „

Unsere Stoff-Neuheiten für Anfertigung nach Mass sind eingetroffen. Preise bleiben bis 15. Sept. noch reduziert.
Ausnahmetage: Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch ■ Während der Messe Sonntags geöffnet

Wir empfehlen zum **Schulbeginn!**

Schulanzüge in hochgeschl. Joppen- u. Sport-Fasson von 3¹/₄-16 für grössere Knaben 8³/₄ an
Jackett-Anzüge von 8³/₄ an
Knaben-Anzüge in aparten Neuheiten . . . von 4³/₄ an

Ein Posten Knaben - Herbst - Paletots früher Mk. 5.50 bis 18.— jetzt nur Mk. 2.25 bis 7.—
Ein Posten Winter-Paletots und Pyjacks mit 20 Prozent Rabatt.

Knaben-Pelerinen in allen Längen von 4.25 an
Knaben-Joppen und Blusen von 1.40 an
Knaben-Knie- u. Leibchen-Hosen von 0.35 an
Berufs-Kleidung in grösster Auswahl.

Lebensmittel

Vom 28. August bis 31. August billiger!

Brechbohnen 1-Pfd.-Dose	25 ¢	Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.
Erbsen 1 " "	28 ¢	
Kartoffeln 1 " "	28 ¢	
Wachbohnen 1 " "	28 ¢	
Pfefferlinge 1 " "	35 ¢	
Schoten 1 " "	38 ¢	
Birnen 1 " "	38 ¢	
Apfelmus 1 " "	38 ¢	
Leipz. Allerlei 1 " "	42 ¢	
Pflaumen 2 " "	45 ¢	
Heidelbeeren 1 " "	45 ¢	
Kirschen 1 " "	48 ¢	
Kaffee frisch geröst. Pfd.	98 ¢	
Malzkaffee	24 ¢	
Reineoläuden 1-Pfd.-Dose	48 ¢	
Preisselbeeren 1 " "	48 ¢	
Haush.-Marmel. 2 " "	48 ¢	
Brechspargel 1 " "	58 ¢	
Pfefferlinge 2 " "	68 ¢	
Stangensparg. 1 " "	68 ¢	
Melange 1 " "	68 ¢	
Kirschen 2 " "	68 ¢	
Apfelmus 2 " "	68 ¢	
Kakao entölt . . . Pfd.	88 ¢	
Haush.-Schokolade 1/4 " "	24 ¢	
Rels Pfund	18 ¢	
Bohnen	18 ¢	
Erbsen	18 ¢	
Graupen	24 ¢	
Linson	28 ¢	
Kartoffelmehl	18 ¢	
Zucker ff. Raffinade	24 ¢	
Würfelsucker	26 ¢	
Himbeer-Sirup Flasche	48 ¢	
Bienen-Honig . . . Dose	55 ¢	
Blüten-Honig grosse Dose	90 ¢	

Schusters Warenhaus Eisenbahnstrasse 39-43.

PHÖNIX



BRIKETT

Ihre Anzüge w. wie „neu“ gereinigt u. gebügelt, Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zustellung frei. Postkarte genügt an Wäsoherl, „Undine“ Döllitz-Lelpzig.

Karl Pinkau

Photographisches Atelier
— Leipzig —
Tauchaer Strasse 9
— Telephon 981 —

Aufnahmezeit:
Sonntags von 9-5 Uhr
Wochentags von 9-7 Uhr.

Für Nervöse
und leicht empfndl. Patienten ist Ludewigs Zahn-Atelier 24 Dresdner Str. 24
— Eke Gerichtsweg —
das beliebteste und bestrenommierte Institut für **schmerzloses Zahn-ziehen und plombieren**
Spezialität
Anfertigung vorzüglich passender **Zahn-Ersatzstücke**
in allen modernen Ausführungen.
Bitte die Ausstellung in mein. Schaukasten zu besichtigen.
Konsum- und Krankenkassen-Mitgl. erhalten 10 Prozent Ermäßigung.
— Telephon 13991. —

Zahn-Atelier
Willy Schult
Peterssteinweg 10, 1.
Ecke Münzgasse.
Zeilschneidungsvorgestattet.
Fernspr. 10352.

100 Pf.
Dütlingsmarken
Rabattmarken
Kaufstempel,
sowie alle Druckarbeiten in Buch- u. Steindruck liefert sauber u. preiswert
Konrad Müller
Schneidh.-Leipzig
Industrielle Preislisten gratis.

Rohrkörbe aus ganzen Rohrflangen gearbeitet, billiger für jeden Wirtschaftsbetrieb, 5mal länger haltbar als Weidenkörbe; dabei leicht und anfehlend. Kaufe direkt von der Rohrfabrik
Julius Tretbar, Grimma 102

Jeder Herr!!
kauft billig elegante **Monats-Garderobe**
Anzüge, Jacketts, Hosen Herbst- u. Winter-Überzieher Fracks, Mäde (auch leinw.) jede Größe und Weite, Post-, Bahn-, Militär-Mäntel, Uniformen, Reith- u. Stiefelhosen.
Julius Schmerel
Kleine Fleischergasse 10
1. Etage, gegenüber dem Neubau.
Bestes u. größtes Geschäft.
— Begründet 1877. —

Grosser Möbel-Verkauf.
Hoch. vollst. kompl. Wohn-Eintr. m. echt nuss. gef. Schrank u. Vertiko Mk. 450
Gustav Panster
Gohlis, Ragnitzstr. 1, Ecke Wallische Str.

Im Reiche der Freiheit
Briefe über den Sozialismus.
Von Robert Blatchford. 50 Pfg
Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Erklärung.

Nach dem Bericht der Leipziger Volkszeitung hat sich der Dresdner Kommunalpolitiker Gen. Fleißner auf der soeben abgehaltenen Landesversammlung höchlichst mißbilligend und zurechtweisend über die Leipziger sozialdemokratischen Stadtverordneten geäußert, weil sie „nicht einmal klar über das Polizeiwesen“ seien; er führte weiter aus: „wenn verhältnismäßig so einfache Dinge nicht richtig behandelt würden, so liegt das daran, daß die Genossen nicht klar sind.“ Mit diesem Urteil hat Fleißner den Nachweis erbracht, daß er eine Sache mit um so größerer Sicherheit zu beurteilen versteht, je geringer seine Kenntnis der einschlägigen tatsächlichen Verhältnisse ist. Und wenn er gleichwohl — wie geschehen — den Leipziger Stadtverordneten empfiehlt, sich über die Ansichten langjähriger Kommunalpolitiker zu unterrichten, als deren einen er sich uns in derselben Rede vorstellt, so ist das, gelinde gesagt, eine Verhöhnung, die ungefähr im umgekehrten Verhältnis zu seiner Wissenschaft steht.

Die Stellung Fleißners als eines Dresdner Stadtverordneten zur Frage der Bewilligung des Polizeietats mag an sich gewiß „klar“ sein, vielleicht gerade weil er überhaupt keine Gelegenheit hat, darüber etwas durch eine Abstimmung zu bekunden. Denn die Dresdner Polizei ist bekanntlich ein staatliches Institut. Ueber die Organisation der Dresdner Polizei, sowie über ihre Zahl, ihre Besoldung und ihr Verhalten haben die Dresdner Stadtverordneten kein Wort zu sagen, weil eben die Polizei dort ausschließlich ein Instrument des Staates ist. So lange dieser Zustand dauert, ist es auch selbstverständlich, daß sozialdemokratische Stadtverordnete gegen den Kostenbeitrag für die Polizei stimmen, den die Stadt Dresden in die sächsische Staatskasse zahlen muß! Ob aber mit derselben „Klarheit“ Gen. Fleißner in seiner früheren Eigenschaft als ländlicher Gemeindevertreter auch das Gehalt des Gemeindevorstandes, des Trägers der Ortspolizei, ferner das Gehalt des Polizeierpedienten, der Polizeibener und der Nachtwächter seines Dorfes verweigert hat, das steht denn doch wohl noch auf einem andern Blatte?

Jedenfalls darf das Polizeiwesen einer Anzahl sächsischer Städte und zahlreicher Gemeinden nicht durch die „klare“ Dresdner Brille betrachtet, sondern es müssen die tatsächlichen Verhältnisse an den einzelnen Orten berücksichtigt werden. So lange Sozialdemokraten in der Leipziger Gemeindevertretung sitzen — und das ist etwa 10 Jahre länger, als es in Dresden der Fall ist — haben sie mit zu beschließen gehabt über die Organisation, die Zahl und die Höhe der Besoldung der Polizei. Mit den sozialdemokratischen Stimmen sind hier neu geforderte Polizeibeamtenstellen abgelehnt, mit ihnen auch bewilligt worden. Die Leipziger Stadtverordneten haben alljährlich die

Spezialabrechnung über das gesamte Polizeiwesen zu prüfen. Jede Mark Gehaltszulage ist abhängig von der Zustimmung der Stadtverordneten. Die Leipziger Polizei konnte mit Ausnahme der politischen Polizei bei wiederholten Anlässen einer Kritik im Stadtverordnetenjaare unterzogen werden. Die Wahl des Polizeidirektors erfolgt durch beide städtische Kollegien (Rat und Stadtverordnete) in gemeinsamer Sitzung! Von alledem ist in Dresden keine Rede! Die Dresdner Stadtverordneten sind für die Dresdner Polizeidirektion Luft und werden gelegentlich auch dementsprechend behandelt.

Diese Verschiedenheit im verfassungsrechtlichen Verhältnis hat in Leipzig dazu geführt, daß die Sozialdemokraten von Anfang an nicht gegen den gesamten Polizeietat gestimmt haben, wie dies auch in zahlreichen anderen Städten von den Genossen geübt worden ist. Durch all die Jahre hindurch ist dagegen kein Widerspruch laut geworden. Dabei sind jedoch selbstverständlich die Forderungen der Polizei nicht unbesehen angenommen worden. Im einzelnen Falle wurde das Gehalt des Polizeidirektors verweigert, wie auch der ihm zur Verfügung gestellte Dispositionsfonds und ganze neuprojektierte Polizeiwachen von den Sozialdemokraten abgelehnt wurden. Aber eine Ablehnung des gesamten städtischen Etats ist unmöglich, weil darüber eine Abstimmung überhaupt nicht stattfindet.

Bei der vor einigen Monaten eingetretenen Abspaltung einiger Fraktionsmitglieder bei der Abstimmung über die Reform der Leipziger Kriminalpolizei handelte es sich auch nicht um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, sondern lediglich um graduelle Verschiedenheiten der Ansichten darüber, inwieweit zu der allseitig als notwendig anerkannten Verbesserung der Kriminalpolizei neue Stellen zu bewilligen oder nicht zu bewilligen waren. Zu grundsätzlichen Erörterungen über die Stellungnahme der Leipziger Stadtverordneten zur Polizei überhaupt kam es nur, weil diese Frage nach dem Nürnberger Parteitag aus hier nicht zu erörternden parteitaktischen Gründen durch außerhalb der Fraktion befindliche Genossen aufgeworfen worden war. Das Ergebnis dieser Erörterungen war der nachstehende, auf Antrag der Leipziger Parteileitung angenommene Parteibeschluß:

Die Parteigenossen empfehlen der sozialdemokratischen Fraktion, den Polizeietat, unbeschadet ihrer Stellungnahme zu den einzelnen Positionen dieses Etats, die bewilligt werden können, abzulehnen.

Daß mit diesem Beschluß die gewünschte Klarheit herbeigeführt sei, wird kaum behauptet werden können. Die Urheber des Beschlusses werden sich deshalb auch dem Verlangen nicht entziehen können, ihrerseits zunächst zu erklären, was sie vom Leipziger Polizeietat für annehmbar und was sie für unannehmbar halten. Am wenigsten sind aber bei dieser verwickelten Sachlage die durch keiner-

lei Sachkenntnis getriebenen abspredhenden Äußerungen Fleißners geeignet, zu einer Klärung der nach seiner Ansicht allerdings „so einfachen Dinge“ beizutragen.

Im übrigen hat Fleißner auf der Landeskonferenz von seiner Entdeckung Mitteilung gemacht, daß „die Leipziger“ jetzt gegen die Programmforderung seien, an Mitglieder der Gemeindevertretungen Gemeindegeldarbeiten nicht zu übertragen. Diese Behauptung ist unrichtig. Die rein private Ansicht eines ländlichen Gemeindevertreters den Leipziger Stadtverordneten aufs Konto zu kreiden, hat ebensoviel Sinn und Berechtigung wie ein etwaiger Versuch der Leipziger Stadtverordnetenfraktion, die Dresdner Genossen in ihrer Gesamtheit für die — Entgleisungen Fleißners verantwortlich zu machen.

Leipzig, 28. August 1909.

Die sozialdemokratische Fraktion des Leipziger Stadtverordnetenkollegiums.

Bammes, Beyer, Fischer, Frenzel, Gerike, Heyer, Jacob, Klemann, Kressin, Lange, Lehmann, Lüttich, Druth, Pinta, Pollender, Scheib, Schäfer, Schönherr, Seyferth.

Jugendbewegung und Parteitag.

Zur Jugendbewegung wird der Leipziger Parteitag erneut Stellung nehmen müssen. Und zwar schon deswegen, weil eine ganze Reihe von Anträgen zu dieser Frage vorliegt. Das ist gut so. Es ist an der Zeit, daß der erfreulicherweise allerorts einsetzende Organisationsdrang in die rechten Bahnen geleitet und eine einheitliche Organisationsform gefunden wird. Denn so viel ist sicher: kein Genosse kann mit der organisatorischen Regelung der Frage einverstanden sein, die uns keine geschlossene Jugendbewegung, sondern lediglich ein wildes Durcheinander gebracht hat, und die deshalb auch nicht geeignet ist, eine Massenorganisation zu schaffen. Und die brauchen wir unbedingt. Was bedeuten unsere paar tausend Jugendlichen gegenüber den Hunderttausenden der christlichen Organisationen? Es scheint denn auch allenthalben die Erkenntnis Platz gegriffen zu haben, daß es anders werden müsse. Denn allen zum Punkte Jugendagitatorien gestellten Parteitagsanträgen liegt offenbar die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand zugrunde. Aus dem Antrag von Spandau-Dithmarschen sowohl, der mehr Eifer für die Jugendbewegung fordert, als auch aus dem vom gleichen Kreise und Nürnberg gestellten auf Bewilligung der Arbeiter-Jugend geht hervor, daß ein lebhafter Drang zur intensiveren Förderung der Jugendagitatorien vorhanden ist. Der Antrag von Adm.-Stadt und -Land auf Einberufung einer Reichskonferenz der Jugendauschüsse zur einheitlichen Regelung der Frage der Jugendberziehung wiederum beweist, daß auch die organisatorischen Mängel empfunden werden.

Schon die gestellten Anträge zeigen, daß die Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses und des Nürnberger Parteitages bei weitem nicht die gute Wirkung gehabt haben können, die man von ihnen erwartete. Sie haben noch mehr Verwirrung in die Jugendbewegung gebracht, als schon vorher vorhanden war, weil es sich als unmöglich erwies, die gesamte

Ein selten günstiges

Angebot in Seidenstoffen

Nur diese Woche!

Wir hatten Gelegenheit, grosse Posten Seidenstoffe aussergewöhnlich billig einzukaufen und stellen diese in 4 Serien zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

So lange Vorrat!

Serie 1:	Taffet, Chiffon, Louisine, Merveilleux in vielen Farben	Meter Mark	0.80
	Gestreifte Blusenseiden in grosser Auswahl	Meter Mark	
	Gemusterte hellfarbige Alpacca-Seide	Meter Mark	
Serie 2:	Neue Bandstreifen auf hell und dunkel Fonds	Meter Mark	1.15
	Karierte Seidenstoffe in modernen Blockkaros	Meter Mark	
	Messaline Liberty 60 cm breit, in allen Farben	Meter Mark	
Serie 3:	Bastseide Tassor in haltbarer Qualität	Meter Mark	1.45
	Entzückende Streifen in aparten Farbenstellungen	Meter Mark	
	Dunkelfarbige Schotten in reicher Farbauswahl	Meter Mark	
Serie 4:	Satin-Radiouse, weichfliess., äusserst halth. Seide, in sich gestr., in allen Farb.	Meter Mark	1.95
	Gediegene Qualitäten in wundervollen Farben, für Blusen und Kleider	Meter Mark	
	Ganz schwere Damaste, schwarz und farbig	Meter Mark	
	Taffete, griffige Qualitäten, 60 cm breit, in schwarz und weiss	Meter Mark	

Unsere bekannten **95 Pfg.-Tage** ^{beginnen} **Sonntag, den 5. September**
Wir bringen wie stets Hervorragendes.



proletarische Jugendbewegung an die durch die Beschlüsse geschaffenen Jugendauschüsse anzuknüpfen. Schon vor dem Nürnberg-Parteitag wurde darauf hingewiesen, daß es ausgeschlossen sei, im Anschluß an die Jugendauschüsse eine Massenbewegung zu erreichen. Einmal, so wurde betont, verhindert das die lose Organisationsform, dann aber auch das Fehlen der wirtschaftlichen Interessenvertretung. Doch niemand lehrte sich daran. Jetzt aber, nach Ablauf einer kaum halbjährigen Tätigkeit, schreibt selbst der Leiter des Berliner Jugendauschusses, Genosse Dr. Rosenfeld, in Nr. 46 der Neuen Zeit: „Mangels einer Organisation haben die Jugendauschüsse, die eine Massenbewegung entfalten sollen, keinen Stützpunkt in den Reihen der Jugendlichen und daher schweben sie in der Luft.“ Diese Erfahrungen haben sich aus der Praxis heraus ergeben. Daß mit einer in der Luft schwebenden Institution nicht viel zu erreichen ist, daran zweifelt wohl niemand. Wozu also das ganze Experiment mit den Jugendauschüssen, wenn es doch die Sache nicht vorwärts bringt, sondern sie viel eher schädigt? Nun wird vielleicht mancher Genosse unter Hinweis auf seine Erfahrungen sagen, das stimme nicht ganz, in diesem oder jenem Ort arbeite der Jugendauschuss ganz gut. Das mag wohl sein. Aber Hand aufs Herz: wer arbeitet dort wirklich? Die Jugendorganisation oder der Ausschuss? Wir wissen wenigstens, daß in einzelnen Orten die Jugendorganisationen ganz selbständig wirken, die Ausschüsse hingegen nur formale Bedeutung haben und keinerlei Veranstaltungen treffen. In solchen Orten und auch da, wo es auf Anregung von einzelnen Mitgliedern der Jugendauschüsse unmittelbar nach deren Konstituierung zur Gründung von Jugendorganisationen gekommen ist, mag wohl ein gutes Einvernehmen möglich sein. Vielleicht auch dort, wo die Führer von Partei und Gewerkschaften zu rechter Zeit die Bedeutung von besonderen Jugendorganisationen erkannt haben und dafür sorgen, daß Ausschüsse und Organisationen nicht kollidieren.

Anderes liegt das aber in einer ganzen Anzahl größerer Parteiorde, wo die Ausschüsse wirklich darangehen, neben den Veranstaltungen der freien Jugendorganisationen und gewerkschaftlichen Jugendsektionen selbst beschreibende und unterhaltende Veranstaltungen zu treffen. Man denke nur an Berlin, das bekanntlich eine nach Tausenden zählende freie Jugendorganisation, gewerkschaftliche Jugendsektionen und auch einen Jugendauschuss hat, der sich genau nach den Beschlüssen von Hamburg und Nürnberg richtet, also praktisch an die Jugendpropaganda geht und auch Gefälligkeit und Unterhaltung pflegt. Nicht genug damit, daß die freie Jugendorganisation schon seit Jahren im Sommer ihre Ausflüge veranstaltet, jetzt muß auch der Jugendauschuss das gleiche tun. Doch noch schöner wird es voraussichtlich im Winter kommen. An jedem Sonntag soll vom Jugendauschuss eine Versammlung mit Vortrag veranstaltet werden, trotzdem die einzelnen Gruppen der freien Jugendorganisationen sich ebenfalls fast allsonntäglich zusammensuchen. Natürlich haben auch die gewerkschaftlichen Jugendsektionen besondere Veranstaltungen. Ist da nicht jedes friedliche Nebeneinanderwirken ausgeschlossen? Eine solche Zersplitterung der Tätigkeit muß notwendigerweise zu fortgesetzten Reibungen führen.

So müssen eben die Ausschüsse, je gewissenhafter sie es mit den ihnen vom Parteitag und Gewerkschaftskongress auferlegten Pflichten nehmen, ein schädliches Glied in der Jugendbewegung sein und bleiben. Aus diesem Grunde sind sie entweder aufzuheben oder aber ihr Tätigkeitsfeld ist im wesentlichen auf die Ueberwachung der Bildungsbestrebungen in den Jugendorganisationen zu beschränken. Das Recht der Einberufung von Versammlungen, Veranstaltung von Festlichkeiten usw. müßte ihnen entweder ganz genommen oder doch so beschränkt werden, daß sie nur zusammen mit den Jugendorganisationen größere Veranstaltungen für einen ganzen Ort treffen können, die über den Rahmen der einzelnen lokal begrenzten Vereine hinausgehen. Die eigentliche organisatorische und agitatorische Tätigkeit ist, ja doch, wie selbst der Leiter des Berliner Jugendauschusses zugibt, ohne wesentliche propagandistische Wirkung.

Während sich so die Ausschüsse als schädliches Glied der Bewegung erwiesen haben, sind die Jugendorganisationen auch im letzten Jahre rüstig vorwärts geschritten. Das ist kein Wunder. Die von den Jugendlichen selbst verwalteten Organisationen, die an einzelnen Orten auch heute noch neben der Bildungstätigkeit praktischen Jugendschutz und wirtschaftliche Interessenvertretung üben, stellen die gegebenen Sammelstellen für die Masse der jungen Proletarier dar! Nicht Ideale allein sind es, die die Jugendlichen zu Tausenden in diese Vereine

treiben, die gemeinsamen Interessen aller jugendlichen Proletarier bilden den Kitt, der alle fest zusammenhält. Deshalb muß auf den freien Jugendorganisationen weiter gebaut werden, wenn wir eine starke Jugendbewegung schaffen wollen, dann muß aber auch das Interesse der Gewerkschaften an der Organisation der Jugendlichen in der Mitarbeit für diese freien Jugendorganisationen aufgehen, innerhalb deren den speziellen Bedürfnissen der gewerkschaftlichen Organisationen Spielraum genug bleibt. Könnte der Parteitag darauf hinwirken, daß in dieser Richtung eine Verständigung erzielt wird, so wäre die deutsche Jugendbewegung ein gutes Stück vorwärts gebracht. Wir hätten dann eine einheitliche Organisation, die sich zur Massenbewegung auswachsen müßte. Und die brauchen wir, besonders in Hinblick auf die nächste Zukunft, die an die Arbeiterklasse gewaltige Anforderungen stellen wird!

Vereine und Versammlungen.

Die Gärtner

Hielten am 21. August im Hotel Krashch eine Mitglieder-Versammlung ab, um den Bericht ihres Delegierten vom Verbandstag entgegenzunehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Haude in den Generalstreik in Schweden hin und ersuchte, diesen gut zu unterstützen. Dann berichtete E. über den Verlauf der Generalversammlung, über die die Volkszeitung schon im wesentlichen Bericht gegeben hat. Die neue Beitrags- und Unterstützungsordnung entspricht ungefähr den von Leipzig gestellten Anträgen. Dagegen scheidet Leipzig durch die Änderungen im fünften Agitationsbezirk schlecht ab. Die Bezirksleitung wird wieder nach Dresden zurückverlegt, dadurch verliert Leipzig den Gauleiter ein, der hier die Ortsgeschäfte mit erledigt. Die Leipziger Ortsverwaltung muß nun versuchen, daß die Ortsgeschäfte weiter zentral verwaltet werden. In diesem Zweck muß das Bureau weiter bestehen bleiben und ein Kollege gewonnen werden, der in den Abendstunden Arbeitsnachweis, Kassengeschäfte und dergleichen führt. Nach kurzer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die die Verbandstagsbeschlüsse aufhebt, bis auf die organisatorischen Änderungen in Leipzig. Der Hauptvorstand wird ersucht, Leipzig für fernere Erledigung der Ortsgeschäfte einen Zuschuß zu leisten. Dann besprach Haude die Verichterstattung der Volkszeitung über unseren Verbandstag. Der Bericht entspricht bei Punkt Presse nicht den Tatsachen, wodurch mehrere Mitglieder von uns zu einer falschen Auffassung kommen mußten, was wiederum Verwirrungen und dergleichen zur Folge hatte. Nach lebhafter Diskussion wurde ein Antrag angenommen, der die angegriffenen Kollegen beauftragt, sich mit der Pressekommision darüber in Verbindung zu setzen. Im übrigen wird die Angelegenheit als erledigt erklärt. Kollege Fischer erklärte dann die in Aussicht stehenden Wahlen von Beisitzern in der Unfallversicherung und empfiehlt baldige Umschau nach geeigneten Kandidaten. Dies wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiesen.

Anmerkung der Redaktion. Uns wird der Vorwurf gemacht, wir hätten nicht davon Notiz genommen, daß der Leipziger Vertreter auf dem Verbandstage die Resolution der Leipziger Gärtner vertreten hätte. Dazu müssen wir bemerken, daß in der übrigen Parteiliste, soweit wir sie kontrollieren konnten, von einer solchen Stellungnahme nichts berichtet wird, daß im Gegenteil andere Verichterhalter die Rede des Leipziger Delegierten im selben Sinne wiedergeben, wie der unsrige.

Wahlhilfsarbeiter.

Am 24. August hielten die baugewerblichen Hilfsarbeiter von Leipzig und Umgebung eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Lüttich sprach über das Thema: Der Kampf um das tägliche Brot. Er wies an der Hand zahlreicher statistischer Materialien nach, daß durch die wahnwitzige Produktionsweise der Unternehmer und die Einführung der vom Reichstag angenommenen, auf die gesamte Arbeiterchaft drückenden indirekten Steuern der Arbeiter nicht mehr instande ist, sich und seine Familie richtig zu ernähren. Wenn auch zugegeben werden müßte, daß die Löhne in einigen Industrien etwas gestiegen sind, so sei dies doch nicht in dem Maße geschehen, daß die ungeheuren Lasten wieder weit gemacht würden. Darum müsse nun jeder Arbeiter auch für die Folge seine Schuldigkeit tun, auch für die politische Bewegung mit agitieren. Dann würden die gemeinsamen Arbeiten der gesamten Arbeiterchaft von Nutzen sein. Im Gewerkschaftlichen wurde verlangt, daß der Bau des Unternehmers Klubs resp. Winkler, Steinstraße, für organisierte Arbeiter gesperrt bleibe, weil die dort beschäftigt gewesenen Kollegen bis heute den rückständigen Lohn nicht erhalten haben.

Kürschner in Lindenau.

In der Versammlung am 21. August machte zunächst der Kassierer darauf aufmerksam, daß die letzten Verbandsbücher nur noch für den Monat September zu entnehmen sind, da vom 1. Oktober an neue Marken ausgegeben werden. Der Vorherrscher verlas ein Schreiben vom Hauptvorstand wegen der Wahl des Verbandsvorstandes. Einige Redner sind der Meinung, daß der Verbandstag einüberufen sei, was statutenmäßig richtiger sei und auch nicht viel mehr Kosten erfordere als eine Urabstimmung. Dies wurde zum Antrag gestellt und gegen einige Stimmen angenommen. Von Vorschlägen zur Urabstimmung wurde nach dem 15. jeden Monats statt. Zirkulare zu diesen Versammlungen werden nicht mehr herausgegeben.

Erwerb des Bürgerrechts!

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der Reichs-Städteordnung alle Gemeindeglieder berechtigt, die

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;
2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben;
3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch in Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
4. unbescholten sind;
5. ein direkte Staatsinkommensteuer von mindestens 3 Mk. bezahlen;
6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindegeldabgaben vollständig berichtigt haben;
7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
8. in einer andern Stadtgemeinde Sachsens bisher stamm-, berechnete Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. der Geburtschein (event. Familienbuch, Konfirmationschein oder dergleichen);
2. Militärabweis;
3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre.

Bei Nichtsachsen muß zugleich das Ersuchen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreisheimatmannschaft die Aufnahme als sächsischer Staatsangehöriger zu vermitteln. Außer den bereits für Sachse angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates;
2. bei Verheirateten Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtschein von Frau und Kindern.

Die meisten Umstände verursacht die Beibringung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht von guten Willen einer Behörde ab. Im Deutschen Reich besteht ein Inbegriff (Staatsbürgerrecht) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem andern Bundesstaat als Inländer zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerrechts usw. wie der Einzelne zuzulassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von den höheren Verwaltungsbehörden des Heimatlandes ausgestellt werden. Dem Gesuch sind beizufügen: Familienbuch (oder Geburtschein), Militärpapier sowie 1.50 Mk. für Stempelgebühren.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Montag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Stuben mit Rindfleisch.
Speiseanstalt II (Zoostraße 1): Grüne Erbsen und Mören mit Mettwurst.
Speiseanstalt III (Mingasse): Nudeln mit Schwarzwurst.
Speiseanstalt IV (Bürgerstraße): Nudeln mit Rindfleisch.
Speiseanstalt V (Wurzener Str. 55): Weiße Erbsen mit Schwarzwurst.
Speiseanstalt VI (Koch. Gasse Str.): Nudeln mit Schweinefleisch.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgeseht thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Erwerbt das Bürgerrecht!

Das Bürgerrecht kann jeder Leipziger Steuerzahler, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, auf Antrag erlangen, wenn er die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens zwei Jahre in Leipzig Steuern bezahlt hat. Wer die sächsische Staatsangehörigkeit nicht besitzt, muß zuvor diese erwerben.

Wegen Auskunft wurde man sich an einen der nachfolgenden Genossen, die bereit sind, eventuell die erforderlichen schriftlichen Arbeiten unentgeltlich auszuführen, e

Für die Stadt Leipzig.

Alt-Leipzig:

August Gäbler, Südstraße 61, IV.
Germann Friedrich, Arndtstraße 25, II.
Paul Neemann, Schirmfabrik, Gerberstraße 14.
Richard Becker, Berliner Straße 2, III.
Krausgott Kurze, Wödenstraße 15, IV. I.
Hieronymus Oruth, Sebastian-Wach-Str. 18.
W. Zerlitz, Frankfurter Straße 10.
Otto Alehling, Weststraße 36, S. III.
G. Götzig, Sidonienstraße 35, S. III.

Ost-Vorstadt:

Inger:
Otto Vorberger, Wurzener Straße 8.
Karl Werner, Zwickauer Straße 39.
Neuschönefeld:
Germann Seidel, Mechtowstraße 1, II.
Reudnitz:
Karl Gantzer, Helldorfstraße 88, pt.
Sellerhausen:
Friedrich Hammer, Bauhmannstraße 7.
Volkmarisdorf:
Albin Friedemann, Konradstraße 64.
Stütz:
Stollberg, Lagerhäuser.

Löbtau-Neureudnitz:

Eugen Dietze, Helldorfer Straße 33.

Süd-Vorstadt:

Connewitz:
Richard Strobel, Bornalder Straße 81, I.
Franz Müller, Smalldenstr. 9, pt.
Böhlitz:
Dow. Philipp, Coloredorstraße 11.
Gehr. Sachs, Lohndorfstraße 6, II.

West-Vorstadt:

Plagwitz:
Gentschel, Weißenseker Straße 35, III.

Emil Böttiger, Elisabeth-Allee 41, I.
Kunst Arähler, Fiedlerische Straße 44, pt.
G. Reinhold, Schmiedestraße 18, III.
Otto Voigt, Raumburger Straße 8, II.

Lindenau:

M. Eppendorf, Calvinsstraße 15, II. I.
Arthur Stephan, Josephstraße 49.
Friedrich Weiss, Fienmtingstraße 10, II.
Albin Kassebeck, Hebelstraße 28b, II.
G. Beckner, Wiegerstraße 3, I. I.
H. Zuhdrügge, Heinrichstraße 49, pt.
Friedrich Weiss, Hebelstr. 26.

Kleinziechener:

Karl Peter, Dieskaustraße 5, pt.
Richard Krieger, Windorfer Straße 11b.
W. Georgi, Dieskaustraße 31, pt.
G. Albin, Mülliger Straße 1.

Schleußig:

Adolf Vammes, Könnertstraße 57, III.
W. Herrmann, Könnertstraße 68, I.
G. Weichhuhn, Könnertstraße 5, III.
F. Jörn, Brochhausstraße 50, III.

Nord-Vorstadt:

Gohlis:
Oskar Fischer, Garnisonstraße 5, I.
Emil Bösch, Mödernastraße 8, I.
Julius Keller, Eisbehrstraße 36, III.
Germann Voigt, Schleußiger Straße 20, S. II.
Oscar Wolf, Schleußiger Straße 31.
Karl Lause, Vohringer Straße 52.
Robert Schüller, St. Privat-Straße 2a, pt.
Otto Quellmaiz, Breitenfelder Straße 12.
H. Bauer, Dorotheenstraße 20.
Emil Krause, Halleische Straße 130, II.

Entzsch:

Richard Reinhardt, Dellischer Straße 88.
Robert Kurth, Magdalenastraße 2.
Bernhard Werner, Kahbachstraße 35.
Arthur Guenzins, Hamburger Straße 58.
Ganz Braun, Hamburger Straße 62.
Oskar Fiesl, Salzmannstraße 8.

Für die Dörfschaften im Bezirk Leipzig

helfen bei der Erlangung der sächsischen Staatsangehörigkeit:

Schönefeld:

E. Müller, Hauptstraße 42, I.
E. Schulze, Dimpfelstraße 45, II.

Baunsdorf:

Herrn, Paulinenstraße 98 a.

Sommerfeld:

August Vader, Eisenbahnstraße 10, I.

Engelsdorf:

Emil Betac, Bahnhofstraße 28, II.

Baalsdorf:

Robert Karjaska, Lischler, Seitenstraße 9.

Mölkau:

Max Räther, Baunsdorfer Weg 40, I.
Germann Herold.

Stütz:

Wilhelm Bruchardt, Schulstraße 5.

Stötteritz:

Max Böhmig, Arnoldsstraße 22.
Albert Wolf, Mölkauer Straße 28, III.
Aug. Donath, Wasserturmstr. 29, pt.

Probstheida:

Paul Enders, Schulstraße 11.

Böhlitz:

Karl Gehrmann, Probstheider Str. 5, II. I.
Robert Pflüger, Probstheider Str. 13, pt. I.
Albert Heimke, Probstheider Str. 13, pt. r.

Dellitz:

Germann Gerhardt, Mittelstraße 21, III.

Lauter:

Leonhard Rauger, Eilenburger Str. 150.

Großschöcher:

Richard Ohmann, Hauptstraße 45.
Aug. Arnold, Krauthamer Straße 45.

Leutzsch:

F. Stone, Hauptstraße 58.
H. Lubig, Grenzstraße 1.
G. Heilig, Weinbergstraße 5.

Böhlitz-Ghrenberg:

Albert Meckert, Leipziger Straße 94 (Konsum).
Eduard Breslau, Filiale der Leipziger Volkszeitung.

Anauktleberg:

Karl Apelt, Nr. 15a.

Knauthain:

August Otto.

Markranstädt:

Oskar Meiser, Am Markt.
Alexander Tzinger, Am Markt.

Ghthra:

G. Dvitz, Zwenkauer Straße 117.

Zwenkau:

Friedrich, Lagerhäuser, Leipziger Straße.

Möckern:

Max Weber, Halleische Straße 64, III.
Paul Thierbach, Wilhelm-Crullus-Straße 25.
Otto Dertel, Königin-Carola-Straße 7, III. I.
Otto Erdmann, Halleische Straße 58, III. I.
Germ. Heppner, Thielestraße 8, pt.

Mockau:

Moritz Eißler, Leipziger Straße 179.
Max Meier, Leipziger Straße 20.
Paul Schüller, Bahnhofstraße 2.
Paul Dertel, Adolfsstraße 10.

Thelitz:

Richard Wierich, Kreuzstraße.

Kaufhaus Gebr. Joske

95 WOCHEN



Wir bringen zu obigem Einheitspreis nur solche Artikel, die sonst durchgehend einen **weit höheren Verkaufswert** haben.

Besonders heben wir hervor, dass die hier angeführten Artikel nur einen kleinen Teil des reichhaltigen Sortiments bilden.

Kurzwaren	Konfektion	Haushalt	Manufaktur	Schreibwaren
25 m Besenborte schwarz 95	1 Golfbluse weiss gestickt, gute Qualität 95	1 Petroleumkanne 2 Liter emailliert 95	6 m Hemdentuch 95	500 Geschäftskuverts 95
12 St. Tallenverschlüsse prima Qualität 95	1 weiße Batistbluse mit reichhaltiger Stickerei, in Waschstoff und Barchent 95	1 Sand-, Soda-, Seifen-Garnitur emailliert 95	3 m Waschetuch 80 cm breit 95	200 Geschäftsbriefbog. Oktav-Format 95
1/2 Pfd. besten Schafwoll-Strickgarn „Eisenfest“ 95	1 farb. Bluse mit Borten und Knopfgarnitur 95	1 Kaffee- u. 1 Milchtopf emailliert, zusammen 95	3 m Linon prima Qualität 95	100 Geschäftsbriefbog. Quart-Format 95
1 Gros Druckknöpfe rostfrei und 2 Spinn-Religarn 95	1 Kostümrock 95	1 Eimer 25 cm mit schönem Dekor, emailliert 95	1 gbl. Jacqu.-Tischtuch 108x120 cm 95	100 Bogen in eleganter Kasotto 95
Spitzen — Bänder	1 Unterrock 95	1 Schmortopf 22 cm mit Deck., emailliert 95	3 Jacquard-Servietten 60x60 cm 95	1 Spielkarte 6 Spielsteller, 1 Skatblock und 1 Blot zusammen 95
1 Gürtel mit Träger hoch-elegant 95	1 Kinderkleidchen in waschohem Barchent 95	1 Kochtopf 24 cm emailliert 95	3 m gebl. Körperbarchent solide Qualität 95	1 Toilettenhalter 4 Rollen Klosett-papier, 1 Leuchter, 1 Licht und Streichhölzer, zusammen 95
2 schw. Stoffgürt. garniert reichhalt. 95	1 Zuavenjäckchen 95	3 Maschinentöpfe 10, 12, 14 cm gestaut emailliert 95	2 1/2 m Pikee-Barchent griffige Ware 95	Weinwalzer von Gross-Steidl 95
1 Gummi-Gürtel in Qualität Spaehel und Tüll 95	1 Knabenhose mit Leibchen 95	1 Wirtschaftswage mit Tariferschraube 95	3 m gestr. Hemd.-Barch. guter Zephyr 95	Bijouterie
1 Jackett-Garnitur d. h. Krage und Manschetten 95	Putz	1 Kohlenkasten ff. lackiert mit Bild und Dekor 95	1/2 Dtzd. gelbe Poliertücher u. 1/2 Dtzd. Staubtücher zusammen 95	1 Diamantring mit echtem Stein 95
Tüll-Valenciennesstoffe neueste Dessins 95	1 Chiffonschleier alle Farben 95	1 Petroleumkanne 3 Liter extra st. 95	Bettdamast Bettbreite 1 m extra pa. Qualität Kissendr. 1 1/2 m 95	1 Diamantbrosche mit echt. Stein 95
2 m Stickereistoff elegante Durchbruchmuster 95	2 Teller für Mädchen 95	1 Leiter drolstufig mit starken Bohrerlöchern 95	6 gr. Küchenhandtücher 95	1 echt goldner Ring mit Stein, 533 k. gest. 95
2 Stück Stickerei 4 1/2 Meter 95	1 Amazone echt Strauss 95	1 Strausfederwedel 95	3 graue Dreihandtücher extra schwer 95	1 Damen-Kettentasche verallbert 95
4.10 m hochsparte Schweizer Stickerei in elegant. Awführung 95	1 Fantasie echt Strauss 95	1 Gewürzschrank Hartholz 95	Stangenlein. Bettbreite 1 m In Qualität Kissendr. 1 1/2 m 95	1 elegantes Kollier und eine schöne Brosche 95
2 Kinder-Kragen mit Einsatz und Spitze 95	2 m Chinéband Reinselbe 11 cm breit 95	1 Ofenschirm mit bunter Malerei 95	3 weisse Dreihandtücher rot gestreift 95	Seifen
1 eleg. Matr.-Kind.-Garnit. mit Einsatz und Spitze 95	3 m Taffetband Reinselbe 95	1 Paneelbrett 60 cm poliert 95	1 weisse Kaffeedecke mit bl. Kante u. Franse 95	1 Markt Tasche enthaltend 1/2 Pfd. Borax, 1/2 Pfd. Weizenstärke, 1 Riegel Oranienb. Kernseife, 1 Bleichseife, 1 Salm.-Terpentin-Pulver, zusammen 95
3 Jabots zum Anstecken, in Batist und Tüll 95	2 m Molréband Reinselbe, grosses Farbensortiment 95	1 hochf. Alpakabesteck 95	Schürzen-Gingham in modernen Strofen 95	12 Stück feinste Fettseife im Karton 95
6 sehr eleg. Rüschen im Karton 95	Tapiserie	1 Waschbrett mit Kunststein-einlage 95	Blusenseide in modernen Strofen 95	1 Stellspiegel 1 Frisierkamm, 1 Staubkamm, 1 Kammreiniger, 1 Haarbürste zus. 95
1 Haarschmuckgarnitur in hell und dunkel, 3 oder 6teilig 95	1 Waschtischgarnitur reichlich besetzt, 3teilig 95	1 Kaffee- u. 1 Zuckerdose fein. Dekor. 95	Herren-Artikel	1 Fensterleder 1 Fenster-schwamm, 1 Schenertuch, zus. 95
3 1/2 m Taffetband 85 cm breit 95	1 mod. Sofakissen mit Applikation und Satinvolant 95	1 Dejeuner Porzellan fein dek. 95	2 bunte Garnituren 2 Paar Manschetten u. 2 Chemisotten 95	3 Fl. ff. Eau de Cologne im Kästchen 95
12 od. 6 Haarbänder Reinselbe alle Farb. u. 1 Idealhaarschleifht. 95	1 Waschtischschoner und 2 Nachttischdecken mit Hohlsaum in guter Qualität 95	1 Zitronen-Service best. aus 1 Zitronenpresse Zuckererschale mit Untersatz u. 6 Gläs. m. 1 Tablett 95	1 bunte Garnitur u. 1 seid. Selbstbinder gute Qualität, 2 weiss, 1 bunt 95	3 Stück franz. Seife im Karton von Maubert-Paris 95
1 Coupon Seidenband zirka 4 Meter, 15 cm breit 95	1 russ. Leinenkissen mit Franse 95	12 Paar w. Porz.-Tass. 95	3 Serviteurs 2 weiss, 1 bunt 95	1 Riesenbadeschwamm 95
Wäsche	1 Leitungsschoner 1 Lampenputzer und 1 Topf-lappentasche, rot eingef. 95	6 Paar Porz.-Tassen mit feinstem Dekor 95	6 Herrenkragen 4fach 95	1 Fl. Lilienmilch 1 Fl. Zimm.-Parfüm und 1 Fl. ff. Parfüm, zus. 95
1 Dam.-Hemd m. Stickereikoller u. Banddurchzug 95	1 mod. Sofakissen mit Applikation und durchbrochen 95	1 Waschständer m. Waschkrug 95	3 Paar Manschetten weiss, 4fach 95	24 Stück Damenbinden mit Gürtel 95
1 Knie-Beinkleid mit breiter und Banddurchzug 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	Strümpfe etc.	3 seid. Selbstbinder hochmoderne Farben zum Auswaschen 95	Lebensmittel
1 Barchentanstandsrock mit Languette 95	1 Paradedhandtuch mit Applikation und durchbrochen 95	Kinderstrümpfe schw. lederfärb. und gemustert Grösse 1-5 3 Paar 95	3 Krawatten 1 Regatt., 1 Diplomat, 1 breiter od. schm. Selbstbinder guter Qualität 95	1 grosse Flasche Berliner Getreidekummel 95
1 Nachjacke mit Spitze u. Umlegekragen 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	2 Paar Damenstrümpfe durchbroch., schwarz u. lederfarbig 95	3 Paar Hosenträger guter Gummi 95	1 Flasche Portwein garantiert rein 95
1 Stickerei-Untertaille mit Seidenbanddurchzug 95	1 russ. Leinenkissen mit Franse 95	2 Paar Damenstrümpfe deutsch u. engl., lang, Ia. Qualität 95	1 Post. reinseid. Cachenez Serie I Serie II 2 Stück 95 1 Stück 95 95	1 Flasche Malaga garantiert rein 95
1 Herrenhemd starkfädige Qualität 95	1 Leitungsschoner 1 Lampenputzer und 1 Topf-lappentasche, rot eingef. 95	1 Paar Damen-Strümpfe Flor, Jacquard u. durchbrochen bewährte Qualität 95	1 Sportmütze u. 1 Spazierstock 95	4 Pfund Maccaroni 95
1 Frottierrhandtuch gute Qualität und 2 Waschlappen zusammen 95	1 Besenvorhang extra gross 95	3 Paar Schweißsocken ohne Naht 95	1 Prinz Heinrich-Mütze od. 1 Teller mütze In Qualität mit Schrift 95	1 Pfd. gar. rein. Kakao 95
4 Erstlings-Hemden mit Spitze 95	1 Paradedhandtuch mit Applikation und durchbrochen 95	6 Batist-Taschentücher mit bunt. Kante 95	1 mod. Filzhut alle Farben 95	1 Pfd. Paket Tee, zusammen 95
1 Korsett mit 8 Spiralfedern, guter Sitz 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	12 St. Linontücher weiss 95	1 Regenschirm für Herren, Damen und Kinder 95	1/2 Pfd. Kaffee 2 Pck. Zichorie, 1 Pfd. Malzkaffee unserer Spezialmarke, zusammen 95
6 Kinderlätzchen mit Spitze u. Sticker. mit Volant, Tasche und Besatz 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	6 St. Seidenbatisttücher mit bunter Kante 95	3 P. eleg. Herr.-Socken geringelt 95	1 Block Schokolade und 1/2 Pfund Kakao, zusammen 95
1 Miederschürze 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	6 St. Buchstabentücher mit seidenen Buchstaben 95	Lederwaren	1 Pfd. Blut- u. 1 Pfd. Leberwurst zusammen 95
1 Teeschürze mit Stickerei und Einsatz 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	Galanterie	1 Verlagerungstasche in Segeltuch 95	3 Fl. prima Aepfelwein 95
1 Hausschürze Blaudruck oder Gingham m. Schleifen garniert 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Britannia-Menage 5teilig 95	1 Markttasche Kunstleder mit Wachs-tuchfutter 95	Erfrischungsraum
1 Kinderschürze 45-70 cm 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Tablett mit Einlage 95	1 Frühstückstasche mit Blochensatz u. 1 Rolle Butter-brotpapier 95	1 ganze Torte mit guten Füll-ungen, nach Wahl, Torte 95
1 w. Stickerei-Unterrock weiss mit Languette. 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Salatière mit Nickelrand 95	1 Damenperlhändtasche reich besetzt 95	1 Aufschnittplatte Butter-Brötchen und 1 Getränk nach Wahl 95
Handschuhe	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Tortenplatte mit Nickelrand und Griffen 95	1 eleg. Schreibmappe 95	1 Schinkenplatte Butter-Brötchen und 1 Getränk nach Wahl 95
3 Paar Dam.-Handschuhe 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Gemüseschneider mit Schneidobrot 95	Optik	1 Schwedische Platte 95
3 Paar kurze Damen-handschuhe mit und ohne Finger 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Messergarnitur auf Brett 95	1 Grammophonplatte doppelseitig, mit 200 Stiff., 25 cm 95	1 Tasse Kaffee 10
1 Paar seid. Damenhand-schuhe mit Spitze, hoch-feine Farben 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Tischlampe mit Metallfuss 95	12 Phonographenwalzen zum Ausschleifen 95	1 Torte m. Schlagsahne 15
1 Paar Herren-Glacé-handschuhe kohl. schwarz und weiss 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Küchenlampe mit dekor. Vase u. 1 Armlampe zusammen 95	1 elektr. Taschenlampe und 1 Platinfeuerzeug 95	
1 Paar Damen-Glacé-handschuhe kohl. schw. und hell 95	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Sturmlaterne m. 7" Brenner 95	2 Platinfeuerzeuge und 1 Ersatzzündpille 95	
	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	Zoologische Abteilung	1 Zimmerthermometer etüch geschlitzt 95	
	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Kanarienvogel mit Bauer 95		
	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Tigerfink oder Nonne oder 1 Reisfink mit Drahtbauer 95		
	1 Garnit. Tablettdeckchen bestehend aus 3-7 Stück, mit und ohne dazu passendem Stickgarn 95	1 Zwergpapagei 95		